

UNIVERSITÄTSLEHRGANG
INTERNATIONAL RELATIONS

**Entspricht die LehrerInnenaus- und LehrerInnenfortbildung in
Österreich zum Thema EU-Basiswissen im Unterrichtsfach
Geographie und Wirtschaftskunde den aktuellen Anforderungen?**

Master-Thesis
zur Erlangung des akademischen Grades
Master of Arts (International Relations) (M.A.)
im Universitätslehrgang „International Relations“

eingereicht von

Mag.^a Friederike Seiringer, M.E.S.

am Department für Rechtswissenschaften und Internationale Beziehungen
an der Donau-Universität Krems

Betreuer: Ao. Univ.-Prof. Dr. Siegfried Fina

Krems, im August 2018

EIDESSTATTLICHE ERKLÄRUNG

Ich, Mag. ^a, Friederike, Seiringer, M.E.S. geboren am 23.08.1975 in Gmunden
erkläre,

1. dass ich meine Master-Thesis selbstständig verfasst, andere als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel nicht benutzt und mich auch sonst keiner unerlaubten Hilfen bedient habe,
2. dass ich meine Master-Thesis bisher weder im In- noch im Ausland in irgendeiner Form als Prüfungsarbeit vorgelegt habe,
3. dass ich, falls die Arbeit mein Unternehmen oder einen externen Kooperationspartner betrifft, meinen Arbeitgeber über Titel, Form und Inhalt der Master-Thesis unterrichtet und sein Einverständnis eingeholt habe.

1. Einleitung	5
2. Europabildung an der Schule.....	8
2.1. Europa-bezogenes Lernen	8
2.2. EU-Basiswissen und die EU-Dimension im Bildungswesen.....	12
3. Bedeutung von Wissen in der Kompetenzorientierung im Schulwesen.....	14
3.1. Wissen – Kompetenzen: Begriffsklärung.....	14
3.2. Kompetenzmodelle.....	15
3.3. Bedeutung von Wissen in der Kompetenzorientierung der Politikdidaktik.....	16
3.3.1. Modell der Politikkompetenz von Detjen, Massing, Richter, Weißeno.....	17
3.3.2. Das österreichische Kompetenz-Strukturmodell für politische Bildung.....	18
3.3.3. Kompetenzmodell Fachwissen	20
3.4. Hermeneutik als Wissenschaftliche Grundlage der politischen Bildung	22
4. EU als inhaltsbezogenes Aufgabenfeld der Politischen Bildung	23
4.1. Historischer Rückblick einer europazentrierten Politikdidaktik	23
4.2. Unionsbürgerschaft im Rahmen der politischen Bildung	27
5. Rechtsakte der EU zum Thema	32
5.1. Historischer Rückblick: Bildungsprogramme der EU.....	32
5.2. Entschließung 2015/2138/INI des Europäischen Parlaments vom 12.4.2016 zum Erwerb von Kenntnissen über die EU an Schulen	36
6. Image der EU bei Jugendlichen in der EU und in Österreich.....	40
6.1. Beteiligung bei EU-Wahlen.....	40
6.2. Interesse und Wissensdurst von SchülerInnen innerhalb der EU an EU-Themen	42
7. EU-Themen und Schule	46
7.1. EU und Schulgesetze	46
7.2. EU-Themen in den Lehrplänen.....	47
7.2.1. Allgemein und im EU-Vergleich	47
7.2.2. EU-Themen in den österreichischen Lehrplänen für die	
Sekundarstufe Allgemein	50
7.2.3. EU-Themen in den Lehrplänen des Unterrichtsfachs Geographie und WK	51
7.2.3.1. EU-Themen in den Geographie und WK Lehrplänen der AHS Unterstufe und	
der „Neuen Mittelschule“	52
7.2.3.2. EU-Themen in den Geographie und WK Lehrplänen der AHS- Oberstufe	54
7.3. EU-Themen in Unterrichtsfach Geografie und Wirtschaftskunde	59
7.3.1. Definition und innere Gliederung der Geographie	60

7.3.1.1. Humangeographie	61
7.3.1.2. Politische Geographie.....	63
7.3.2. Stellung der Politischen Bildung im Rahmen der aktuellen Entwicklungen der „Neuen Kulturgeographie“	64
7.3.3. Politische Bildung in Österreich Allgemein und im Rahmen des GWK-Unterrichts.....	69
7.3.3.1. Geschichte der Politischen Bildung in Österreich.....	69
7.3.3.2. Politische Bildung im Geographie- und Wirtschaftskundeunterricht	72
7.3.4. EU-Themen im Geographie- und Wirtschaftskundeunterricht	73
8. LehrerInnenaus- und LehrerInnenfortbildung zum Thema EU	75
8.1. LehrerInnenaus- und LehrerInnenfortbildung zu EU-Themen im EU- Vergleich .	75
8.2. LehrerInnenausbilung für Politische Bildung in Österreich	81
8.2.1. Historischer Rückblick: LehrerInnenausbildung für Politische Bildung in Österreich.....	82
8.3. Ausbildungsangebote zum Thema EU-Wissen im Rahmen des Lehramtsstudiums GWK.....	85
8.3.1. Alpen-Adria-Universität Klagenfurt.....	86
8.3.2. Vorarlberg	88
8.3.4. Universität Wien	89
8.3.5. Karl-Franzens-Universität Graz	91
8.3.6. Paris-Lordon-Universität Salzburg	93
8.4. LehrerInnenfortbildungen zum Thema EU-Wissen an den Pädagogische Hochschulen in den Bundesländern	95
8.4.1. Ergebnisse	96
9. Conclusio	99
10. Literaturverzeichnis	102
11. Abbildungsverzeichnis	113
12. Tabellenverzeichnis	113
13. Abkürzungsverzeichnis	114
14. Anhang	115

1. Einleitung

Die Europäische Union durchläuft derzeit eine Identitätskrise. Die Organe sowie die gemeinsamen Werte der Union werden in Frage gestellt. Wenn über die Zukunft der Europäischen Union gesprochen wird, sollte jedoch das positive Ergebnis des bisherigen Integrationsprozesses nicht vergessen werden: 70 Jahre Friedenssicherung innerhalb der EU.

Das europäische Projekt weist aber auch viele Unzulänglichkeiten und Fehler auf. Hinzu kommt, dass der aufkeimende Nationalismus sich diese Unzulänglichkeiten und Fehler aber auch das Wissensdefizit der Unionsbürger zu Nutze macht. Um sinnhafte Reformen am Projekt Europa durchführen zu können, ist eine verstärkte BürgerInnenbeteiligung notwendig. Die Akteure müssen dabei nicht unbedingt von den Vorteilen der europäischen Integration überzeugt werden. Sie müssen jedoch davon überzeugt werden, dass die europäische Integration ein wichtiges Thema ist, welches das Leben eines jeden Europäers beeinflusst.

Da Schulen die einzigen Institutionen darstellen, die alle europäischen BürgerInnen erreichen, ist die Europabildung in der Schule entscheidend, um auf eine aktive Beteiligung an der EU vorzubereiten, und somit das Funktionieren der Demokratie in der EU zu ermöglichen.¹ Diese Arbeit versucht zu klären, ob die LehrerInnenaus- und LehrerInnenfortbildung in Österreich im Unterrichtsfach „Geographie und Wirtschaftskunde“ den aktuellen Anforderungen entspricht und somit einen Beitrag leistet, um die SchülerInnen auf ihre wichtige Aufgabe vorzubereiten.

Im Kapitel 2 dieser Arbeit wird der Begriff „Europa-bezogenes Lernen“ im Rahmen der Europabildung näher beleuchtet und ein Überblick über unterschiedliche Europabildungskonzepte gegeben, um die Vielfalt in der Terminologie zu veranschaulichen. Die Bedeutung des EU-Basiswissens im Rahmen der Europabildung wird dargestellt. Hierbei sei erwähnt, dass die Aufgabe dieser Arbeit nicht die Benennung konkreter Inhalte im Sinne eines Grundwissens der EU ist. Eine mögliche inhaltliche Abgrenzung wird jedoch angeführt. Der Schwerpunkt der Arbeit bezieht sich in Anlehnung an die Definition der EU-Dimension des Europäischen

¹ Hüttemann, EU-in-Brief, Ausgabe 07.2017, 1.

Parlaments auf das EU-Kernwissen als Basis für eine gelungene europazentrierte Politische Bildung.

Im Rahmen der Begriffsklärung „EU-Basiswissen“ muss nicht nur eine Definition des Begriffs „Wissen“ gefunden werden, sondern auch die Stellung von Wissen in der aktuellen Kompetenzorientierung anhand unterschiedlicher Kompetenzmodelle diskutiert werden.

Im Kapitel 4 wird die EU als inhaltsbezogenes Aufgabenfeld der Politischen Bildung erörtert. Es wird ein Überblick über vergangene und aktuelle Diskussionen im Rahmen der europazentrierten Politischen Bildung gegeben. Um die Bedeutung der Unionsbürgerschaft zu beleuchten, wird erklärt, wie es in Österreich um die Kenntnisse dieser Unionsbürgerschaft steht, und welche Gründe es für ein europaweites Demokratiedefizit gibt?

In den folgenden Kapiteln wird analysiert, welche rechtlichen - aber auch gesellschaftlichen Anforderungen bei der Vermittlung von EU-Wissen gestellt werden. Nachdem die rechtlichen Anforderungen durch das Europarecht in Kapitel 5 aufgezeigt werden, wird im Kapitel 6 die Einstellung der österreichischen Jugend zur Europäischen Union im EU-Vergleich anhand der Indikatoren: Wahlverhalten, Mobilitätsbereitschaft, EU-Kenntnisse und Einstellungen über die Notwenigkeit der Wissenserweiterung untersucht. Die Arbeit versucht zu klären, ob es einen Zusammenhang zwischen dem EU-Wissensstand und dem Interesse für die EU gibt, und ob LehrerInnen und deren Aus- und Fortbildungsinstitutionen einen Beitrag zur Verbesserung der Situation leisten können bzw. könnten.

Außerdem werden das österreichische Schulgesetz und im Speziellen die Lehrpläne des Unterrichtsfachs GWK (Kapitel 7) auf das Vorhandensein von EU-Themen analysiert, um die Anforderungen seitens des österreichischen Rechts, aber auch die Umsetzung der gemeinschaftsrechtlichen Empfehlung im österreichischen Gesetzestext zu beleuchten.

Bevor die Stellung der EU-Themen im GWK Unterricht diskutiert werden kann, muss eine generelle Definition für Geographie und die Wirtschaftskunde gefunden und die Bedeutung der Politischen Bildung im GWK-Unterricht beleuchtet werden. Erst dann kann die Frage beantwortet werden, ob das Unterrichtsfach Geographie und Wirtschaftskunde für die Vermittlung von EU-Wissen überhaupt geeignet ist?

Nach der Begriffsklärung und -eingrenzung im ersten Teil der Arbeit, die Erörterung der aktuellen rechtlichen und gesellschaftlichen Anforderungen im zweiten Teil, werden im dritten Teil (Kapitel 8) die angebotenen Ausbildungen an österreichischen Universitäten und Fortbildungen an österreichischen Pädagogischen Hochschulen für GWK-LehrerInnen analysiert, um im Anschluss die Frage beantworten zu können:

„Entspricht die LehrerInnenaus- und LehrerInnenfortbildung in Österreich zum Thema EU-Basiswissen im Unterrichtsfach Geographie und Wirtschaftskunde den aktuellen Anforderungen?“

2. Europabildung an der Schule

2.1. Europa-bezogenes Lernen

Der Aufstieg der Europabildung - europäische Bildung - entwickelte sich parallel zur globalen Bildung insbesondere in Deutschland. Mit dem Begriff „Europabildung“ wird das Lernen in Europa in soziokulturell determinierten Kontext gestellt. Typische „Ausbildungen“ der Europabildung sind interkulturelle Bildung, staatsbürgerliche Bildung, aber auch Fremdsprachenerwerb und Begegnungslernen.²

Eine allumfassende „europäische Bildung“ kann jedoch nach Mickel nicht existieren. Dies wird auch als Ursache für die Vielfalt in der Terminologie gesehen. Der Begriff „Europa-bezogenes Lernen“ wurde erstmals 1997 von Mickel verwendet. Mickel sieht dabei Europa als geographischen oder politischen und kulturellen Bezugsrahmen.³

Görsdorf-Lechévin vergleicht Publikationen zum Thema „Europa-bezogenes Lernen“. In der Tabelle 1 werden die Konzepte hinsichtlich Lerndimension, Referenzniveau und Lernkontext unterschieden.

² Görsdorf-Lechévin, The Case for Europe-related learning: A Single Case Study of a European Summer University (2013) 1.

³ Mickel, „Politische Bildung in der Europäischen Union“, In: Sander, Wolfgang, Handbuch politische Bildung (2004) 639.

Europe-related learning – key concepts				
Author	Key term	Learning dimension	Reference level	Level
Williams (1991)	European dimension	education	EU	school
Mickel (1993)	<i>Europäische Erziehung</i>	<i>Erziehung, Didaktik</i>	European integration	school
Field (1998)	European dimension	education, training	EU	policy
Demorgon (2001)	<i>Europakompetenz</i>	education, learning, intercultural	Europe	school extracurricular
Mickel (2002)	<i>Europa in Unterricht und Bildung</i>	<i>Unterricht, Bildung Didaktik</i>	European integration	school extracurricular
Rappenglück (2004)	<i>Europabezogenes Lernen</i>	learning	European integration	school extracurricular
Weißeno (2004) (ed.)	<i>Europa im Politikunterricht</i>	citizenship education	Europe	school
Müller (2006)	<i>Policy-didaktik</i>	citizenship education	EU	school
Du Bois-Reymond (2007)	<i>Europakompetenz</i>	encounter-based learning	Europe/EU	school
Herzig (2007)	<i>Europakompetenz</i>	competence	Europe/EU	school
Ross (2008)	European education	identity building citizenship education	Europe	school
Oberle (2012)	Political knowledge about the EU	knowledge	EU	school

Tabelle 1: Europe-related learning in the literature⁴

Die meisten in der Tabelle angeführten Autoren sehen den schulischen Kontext als bevorzugte Ebene des Wissenserwerbs. Görsdorf-Lechévin fasst basierend auf den Literaturvergleich **drei Referenzniveaus** zusammen: Europa, die EU und die europäische Integration.

- Bildung in Europa/Europäische Erziehung – Die Analyse und der Vergleich unterschiedlicher Bildungssysteme in europäischen Ländern.
- Bildung über bzw. von Europa/Erziehung über Europa – Bildung: Geographisch-historische und politische Aspekte als Inhalte von Bildungsaktivitäten, vor allem in Schulfächern.
- Bildung für Europa/ Erziehung zu Europa:
Vorbereitung von (vor allem jungen) Menschen auf das Leben in Europa und in einer weiteren Welt.

⁴ Görsdorf-Lechévin, The Case for Europe-related learning: A Single Case Study of a European Summer University (2013) 152.

Außerdem unterscheidet Görsdorf-Lechévin, in ihrer Arbeit **drei Europa-bezogene Lerndimensionen**:

a) Die kognitive Ebene

Die Kenntnisse über die europäische Integration mit allen relevanten historischen Auswirkungen, das Wissen über die Mitgliedsstaaten und insbesondere ihre institutionelle Architektur wird als kognitive Lerndimension verstanden.

Görsdorf-Lechévin⁵ bezieht sich auf die empirische Analyse von Oberle (2012). Diese untersucht dabei das Wissen von Sekundarschülern in Bezug auf politische Systeme und auch in Bezug zur EU. Sie verweist dabei auf die Bedeutung von Wissen in einer Demokratie:

„Politische Kenntnisse der Bürgerinnen und Bürger sind aus normativer Sicht und angesichts empirischer Befunde für eine funktionierende und ihrem Namen gerecht werdende Demokratie von großer Bedeutung.“⁶

Oberles' Studie stellt einen Zusammenhang zwischen dem frühen Wissenserwerb und einem positiven Einfluss auf den Umgang mit Politik als Erwachsener, her. Sie unterscheidet dabei zwischen dem objektiven Wissen der Schulausbildung und dem subjektiven Wissen, das stark von Medien beeinflusst wird. Die formale Bildung und der Wissenserwerb kann nach Oberle nicht durch die Medien ersetzt werden:

„Dass der Nachrichtenkonsum stärker auf die Selbsteinschätzung des EU-Wissens wirkt als auf die tatsächlich vorhandenen Kenntnisse über die EU, kann als Hinweis interpretiert werden, dass ein Verfolgen von Qualitätsmedien allein eine gezielte politische EU-Grundausbildung nicht ersetzen kann.“⁷

b) Kompetenzebene: Orientierung an Europäische Kompetenzen

Bildungstheorie und –praxis, sowie Forschung sind in den letzten Jahren stark von der Kompetenzorientierung geprägt und haben damit das Europa-bezogene Lernen erreicht. Basierend auf die folgenden Aussagen stellt Görsdorf-Lechévin ihrer Arbeit einen Zusammenhang zwischen den Begriffen „Europakompetenzen“ und „interkulturellem Lernen“ her:

⁵ Görsdorf-Lechévin, European-related learning (2013) 160.

⁶ Oberle, Politisches Wissen über die EU, Kindle Reader (2012) 2384.

⁷ Oberle, Politisches Wissen über die EU, Kindle Reader (2012) 2407f.

“Lebenslanges Lernen ist im Kern kulturelles Lernen und Europakompetenz ist interkulturelle Kompetenz”⁸

c) Affektive Ebene: Begegnungsbasiertes Lernen

Da die wirtschaftliche Orientierung seit mehreren Jahrzehnten eine Priorität in der europäischen Integration ist, hat sich der Fokus auf die Bürger und die Relevanz von Begegnungen⁹ entwickelt. Nicht nur der Erwerb von Wissen ist notwendig, um das Interesse an der europäischen Integration zu fördern, sondern auch praktische Erfahrungen. Darunter fallen Lehrer- und Schüleraustausch, Besuche bei den europäischen Institutionen, Teilnahme an europäischen Wettbewerben.¹⁰

Die affektive Ebene hat in den letzten Jahren durch die Notwendigkeit „emotionaler Identifizierungsmöglichkeiten“ an Bedeutung gewonnen. Das „Wissensdefizit“ in der europabezogenen Bildung stellt eine große Herausforderung für die EU dar. Das Ziel des europabezogenen Lernens ist keinesfalls eine Legitimationsförderung der EU durch die Reduzierung des Wissensdefizits. Anzustreben ist viel mehr die Unterstützung der Kontroversität bei der individuellen Bewertung von politischen Realitäten.¹¹

Ein weiterer Ansatz „doing european“ versucht die europäische Integration auf den praktischen Alltag der BürgerInnen zu erfassen. Die politische Bildung verlangt dabei ergänzend zum kognitiven Lernen, Einstellungen, Verhaltensweisen und Verantwortungsentwicklung miteinzubeziehen.¹² Wissen stellt somit nur einen Aspekt des Lernens dar und ist mit der Entwicklung von Fähigkeiten verbunden. Die ursprünglich sehr engen Ansichten des Lernens werden auf breitere Bereiche ausgedehnt und schließen neue Formen ein. Görsdorf-Lechévin spricht von einer Fokusveränderung, die jedoch die alten Merkmale nicht wirklich verschwinden lässt.¹³

⁸ *Du Bois-Reymond* (2009) 56. zitiert nach *Görsdorf-Lechévin*, European-related learning (2013) 164.

⁹ Kulturministerkonferenz 1987

¹⁰ *Görsdorf-Lechévin*, European-related learning (2013) 164.

¹¹ *Mickel*, Lernfeld Europa. Didaktische Grundlagen einer europäischen Erziehung (1993) 39.

¹² *Richter*, ‘Doing European’ statt ‘Europäische Identität’ als Ziel politischer Bildung” in *Weißeno* (Hrsg), Europa verstehen lernen (2004) 72.

¹³ *Görsdorf-Lechévin*, European-related learning (2013) 125.

2.2. EU-Basiswissen und die EU-Dimension im Bildungswesen

Der „Bericht des Europäischen Parlaments über den Erwerb von Kenntnissen über die EU an der Schule“ unterscheidet zwischen dem komplexen Konzept der **europäischen Dimension im Bildungswesen im weiteren Sinne** – insbesondere durch Unterrichten und Verbreitung der Sprache und Förderung der Mobilität sowie die Zusammenarbeit zwischen Bildungseinrichtungen - und der **EU-Dimension im Bildungswesen** – nämlich die Vermittlung von Grundkenntnissen über die EU an Schulen.¹⁴

Die Idee der **EU-Dimension im Bildungswesen** umfasst - laut dem Bericht - wiederum zwei grundlegende und miteinander verbundene Aspekte: Als erster Aspekt wird der Erwerb von **Kenntnissen** über Geographie, Geschichte und Kultur der EU sowie Kenntnisse über die EU selbst und die Funktionsweisen ihrer Organe genannt. Der zweite Aspekt wird als „**staatsbürgerliche Bildung**“ bezeichnet und zielt auf das Aneignen von Kompetenzen ab, die junge Menschen für ein aktives Engagement im pluralistischen demokratischen Gesellschaften benötigt.¹⁵

Die Aufgabe dieser Arbeit ist nicht, die unterschiedlichen Lerndimensionen zu bewerten. Sicher ist, dass alle angeführten Lerndimensionen für das Gelingen eines Europa-bezogenen Lernens von großer Bedeutung sind.

Die Arbeit bezieht sich in Anlehnung an das Schema von Görsdorf-Lechévin an die kognitive Lerndimension mit den beiden Referenzrahmen EU und europäische Integration. Entsprechend der Definition der EU-Dimension im Bildungswese des Europäischen Parlaments ist der Schwerpunkt der Arbeit: **Kenntnisse/Wissen über die EU als Basis für europazentrierte Politische Bildung.**

¹⁴ Entschließung 2015/2138/INI, Kenntnisse über die EU, A8-0021/2016, 3f.

¹⁵ Entschließung 2015/2138/INI, Kenntnisse über die EU, A8-0021/2016, 4.

EU-Basiswissen

Die inhaltliche Bestimmung eines für mündige BürgerInnen wünschenswerten politischen „Basiswissens“ wurde bisher von Demokratietheorie und Politikdidaktik vermieden.

Für Oberle ist ein EU- Grundwissen Voraussetzung für das Verständnis der EU-Politik und der aktuellen EU-politischen Streitfragen aber auch für ein Verständnis der täglichen Medienberichte über die EU. Das Wissen um relevante Strukturen, Prozesse, Akteure und Inhalte (Policy-Fragen) ist für EU-BürgerInnen bedeutsam.¹⁶

Das Grundwissen umfasst nach Oberle folgende Aspekte der EU:

Tabelle 2: Thematische Aspekte des EU-Basiswissens¹⁷

Themenfeld	Inhaltsbeispiele
Generelles Ortungswissen	Zweck, Mitglieder, Standorte, Symbole
Institutionenengefüge und Gesetzgebungsprozesse	EU-Organen, Kommission, Rat Parlament; Aufgaben, Besetzung, Entscheidungsmodi
Kompetenzen der EU	Außenhandel, Arbeitsschutz, Verbraucher- Schutz; Grenzen: z.B. äußere Sicherheit
Partizipation der Bürger- Innen	Wahl-, Klage- und Demonstrationsrecht Grenzen: z.B. Präsidentenwahl, Referenda

¹⁶ Oberle, Politisches Wissen über die EU, Kindle Reader (2012) 1778ff.

¹⁷ Oberle, Politisches Wissen über die EU, Kindle Reader (2012) 1815.

3. Bedeutung von Wissen in der Kompetenzorientierung im Schulwesen

3.1. Wissen – Kompetenzen: Begriffsklärung

Im Rahmen der Begriffsklärung „EU-Wissen“ muss nicht nur eine Definition des Begriffs „Wissen“ gefunden werden, sondern auch die Stellung von Wissen in der aktuellen Kompetenzorientierung diskutiert werden. In den letzten Jahrzehnten tritt ein verstärktes Interesse an einem handlungsorientierten und erfahrungsgrundeten Wissen, auch als „Kompetenzen“ bezeichnet, auf. Das an dem System der Wissenschaft orientierte und geordnet Wissen, das in curricularer Form Gegenstand der Bildung ist, verliert an Bedeutung.¹⁸

Hier wird eine Begriffsklärung der beiden Begriffe „Wissen“ und „Kompetenzen“ notwendig. Kirchhöfer definiert Wissen wie folgt:

„Unter Wissen soll in der Gesellschaft gespeicherte, kumulierte und überlieferte Erkenntnis verstanden werden, die durch Vermittlungsglieder (Institutionen, Gruppen, Medien, Personen) übertragen oder weitergegeben oder selbständig in der verändernden Tätigkeit angeeignet wird.“¹⁹

Das explizite Wissen wird vom implizitem Wissen unterschieden. Explizites Wissen ist wertfreies Wissen von Sachverhalten in Form von Aussagen, Fakten und Daten. Unter implizitem Wissen wird Wissen, das in Orientierungen, Erfahrungen und Gefühlen eingebettet ist, also ruhende aber erfolgsrelevante Verhaltens- und Handlungsdispositionen, verstanden.

Der Begriff „Kompetenz“ verbindet rein theoretisches Wissen mit Handlungsfähigkeit und Situationsbezug. Die Kompetenzperspektive bringt die Wissensform eines praktischen Wissens zum Ausdruck. Der bloße Wissenserwerb wird durch die Analyse nach Handlungsrelevanz und Brauchbarkeit eingegrenzt. Somit werden Wissenserwerb und Wissensanwendung durch Handeln und Können miteinander verbunden. Kompetenzen bestehen also in ihrer Gesamtheit aus aktiven und ruhenden Wissensbeständen. Neben den Lernresultaten: Können, Fertigkeiten und

¹⁸ Kirchhöfer, Lernkultur Kompetenzentwicklung. Begriffliche Grundlage, Berlin (2004) 60.

¹⁹ Kirchhöfer, Lernkultur Kompetenzentwicklung. Begriffliche Grundlage, Berlin (2004) 60.

Fähigkeiten bringt Kompetenz, die als Disposition vorhanden Selbstorganisation zum Ausdruck.²⁰

3.2. Kompetenzmodelle

Mit 1.Jänner 2009 ist die neue Verordnung der Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur über Bildungsstandards im Schulwesen (BGBL. II Nr.1/2009) in Kraft getreten. Unter §2 werden Bildungsstandards als konkret formulierte Lernergebnisse bezeichnet. Die SchülerInnen sollen am Ende der jeweiligen Schulstufe in der Regel über Lernergebnisse basierend auf grundlegende Kompetenzen verfügen. Kompetenzen werden in der Verordnung wie folgt definiert:

„Kompetenzen sind längerfristig verfügbare kognitive Fähigkeiten und Fertigkeiten, die von Lernenden entwickelt werden und die sie befähigen, Aufgaben in variablen Situationen erfolgreich und verantwortungsbewusst zu lösen und die damit verbundene motivationale und soziale Bereitschaft zu zeigen.“²¹

Die Verordnung beschreibt ein Kompetenzmodell als prozessorientierte Modellvorstellung über den Erwerb von fachbezogenen oder fächerübergreifenden Kompetenzen mit dem Ziel der Strukturierung der Bildungsstandards innerhalb eines Gegenstandes.²²

Durch die Einführung neuer Lehrpläne und der neuen Reifeprüfung wurde der Kompetenzorientierung in Österreich eine hohe Bedeutung zugewiesen. Die Kompetenzorientierung (das Erlernen von Fähigkeiten und Fertigkeiten) steht in den letzten Jahren im Fokus der Bildungsdiskussion im deutschsprachigen Raum. Parallel zu dieser Entwicklung werden aber auch kritische Stimmen laut, die die Kompetenzorientierung als Fehlentwicklung darstellen. Häufig formulierte Vorwürfe sind, dass Kompetenzen Wissen ersetzen sollen oder dass Kompetenz und Wissen voneinander getrennt werden.²³

²⁰ Brödler, Relationierung zur Kompetenzdebatte, in Nissl/Schiersmann/Siebert (Hrsg), Literatur- und Forschungsbericht Weiterbildung (2002) 39.

²¹ Verordnung der Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur über Bildungsstandards im Schulwesen BGBL. II Nr. 1/2009

²² Verordnung BGBL. II Nr.1/2009

²³ Mitnik, Plädoyer für die Kompetenzorientierung! Geschichts- und politikdidaktische Perspektiven eines Lehr- und Lernkonzepts (2017) 4.

Liessmann kritisiert in der aktuellen Bildungsdiskussion die undifferenzierte Verwendung des Begriffs „Bildung“ und stellt die aktuelle „Kompetenzorientierungskompetenz“ mit folgenden Worten in Frage:

„Bildung, dass macht ihren Stachel aus, lässt sich nicht auf formale Fähigkeiten und Anwendungsorientierungen reduzieren. Bildung hat immer auch mit konkreten Inhalten und (...) abstrakten Wissen zu tun, damit auch mit Einsicht und Haltungen, die ihre Werte vorab in sich tragen und es den Menschen erlauben sich und der Welt in einer Weise Stellung zu beziehen, die nicht nur dem Diktat der Zeit und ihrer Moden gehorcht.“²⁴

Lersch widerspricht dieser Kritik in seiner Formulierung, dass Kompetenzen kognitiv verankert sind. Wissensbasierte Fähigkeiten sind zur Bewältigung bestimmter Anforderungen notwendig. Wissen und Können fallen also im Kompetenzbereich zusammen.²⁵ Von entscheidender Bedeutung ist hierbei auch, dass im Rahmen der Entwicklungen im 21. Jahrhundert fachbezogene Kompetenzmodelle, die sich von der Allgemeindidaktik und der Pädagogik abgrenzen, entwickelt wurden. Ein für die Politikdidaktik zugeschnittenes Modell von Detjen, Massing, Richter, Weißeno wird im folgenden Kapitel 3.3.1. beschrieben.

3.3. Bedeutung von Wissen in der Kompetenzorientierung der Politikdidaktik

Das Wort „Kompetenz“ stammt aus dem spätrömischen Wort „competentia“ und bedeutet Eignung, Vermögen, Fähigkeit. Politikkompetent ist ein Mensch, der politische Anforderungen erfolgreich bewältigen kann. In der Erziehungswissenschaft wird der Begriff „Kompetenz“ nicht nur auf die kognitive Leistung reduziert, sondern mehrere Kompetenzbereiche werden miteinbezogen, mit dem Ziel einer umfassenden Handlungsfähigkeit. Kompetenzbeschreibungen in der Politikdidaktik folgen diesem Verständnis, in dem Kompetenz und Bildung oft den selben Sachverhalt beschreiben.

Um das Ziel der politischen Mündigkeit genauer zu fassen und die Unbestimmtheit aufzulösen, werden von der bildungstheoretischen Politikdidaktik neben der Sach-, Selbst-, Methoden- und Sozialkompetenz eine Vielzahl weiterer Kompetenzdimensionen - wie Identitätskompetenz, Gerechtigkeitskompetenz,

²⁴ Liessmann, Bildung als Provokation (2017) 9.

²⁵ Lersch, Didaktik und Praxis im kompetenzfördernden Unterricht, in Schulpädagogik heute (2010) 6.

historische Kompetenz usw. - miteinbezogen. Es wird also festgelegt, was aus **bildungstheoretisch-politikdidaktischer Sicht** als Lernergebnis erwünscht ist aber nicht was der Schüler können muss.²⁶ Eine **kognitionspychologische Herangehensweise** ist hier viel konkreter indem die zu erreichenden Fähigkeiten beschrieben werden. Die kognitive Psychologie beschäftigt sich mit allen Denk- und Wahrnehmungsvorgängen und deren mentalen Ergebnissen (Wissen, Einstellung, Überzeugung, Erwartung). Kompetenzen unterscheiden sich deutlich vom traditionellen „Stoffwissen“. Kompetenzen verbinden vielmehr Fähigkeiten, Wissen, Verstehen, Können, Handeln, Erfahrung und Motivation.²⁷

3.3.1. Modell der Politikkompetenz von Detjen, Massing, Richter, Weißeno

Detjen, Massing, Richter und Weißeno haben auf der Basis dieser Diskussion vier Dimensionen der Politikkompetenz zusammengefasst: Fachwissen, politische Urteilsfähigkeit, politische Handlungsfähigkeit sowie politische Einstellung und Motivation. Die Kompetenzdimensionen sind jeweils weiter ausdifferenziert. Die Kompetenzdimension Fachwissen wird in Fachkonzepte (siehe dazu Kapitel 3.3.3.), die anderen Kompetenzdimensionen in Kompetenzfacetten unterteilt. Im Modell der Politikkompetenz (siehe Abbildung 2) wird Demokratie und Europäische Integration als Beispiele für den Kompetenzbereich Fachwissen angeführt. Die Autorengruppe betont, dass die vier Kompetenzdimensionen sich wechselseitig aufeinander beziehen und keineswegs isoliert nebeneinanderstehen. Dies wird dadurch veranschaulicht, dass das Fachwissen die politische Urteilsbildung beeinflusst und damit verbunden, eine politische Einstellung an sich, fördert.²⁸

„Das Fachwissen fördert auch die politische Einstellung. Vertieftes Fachwissen stärkt die Motivation und schließlich ist kaum zu bestreiten, dass das Fachwissen für erfolgreiches politisches Handeln notwendig ist. Eine vorhandene politische Einstellung und Motivation fördert zudem die weitere Aneignung von Fachwissen. Sie ermutigt politische Urteile.“²⁹

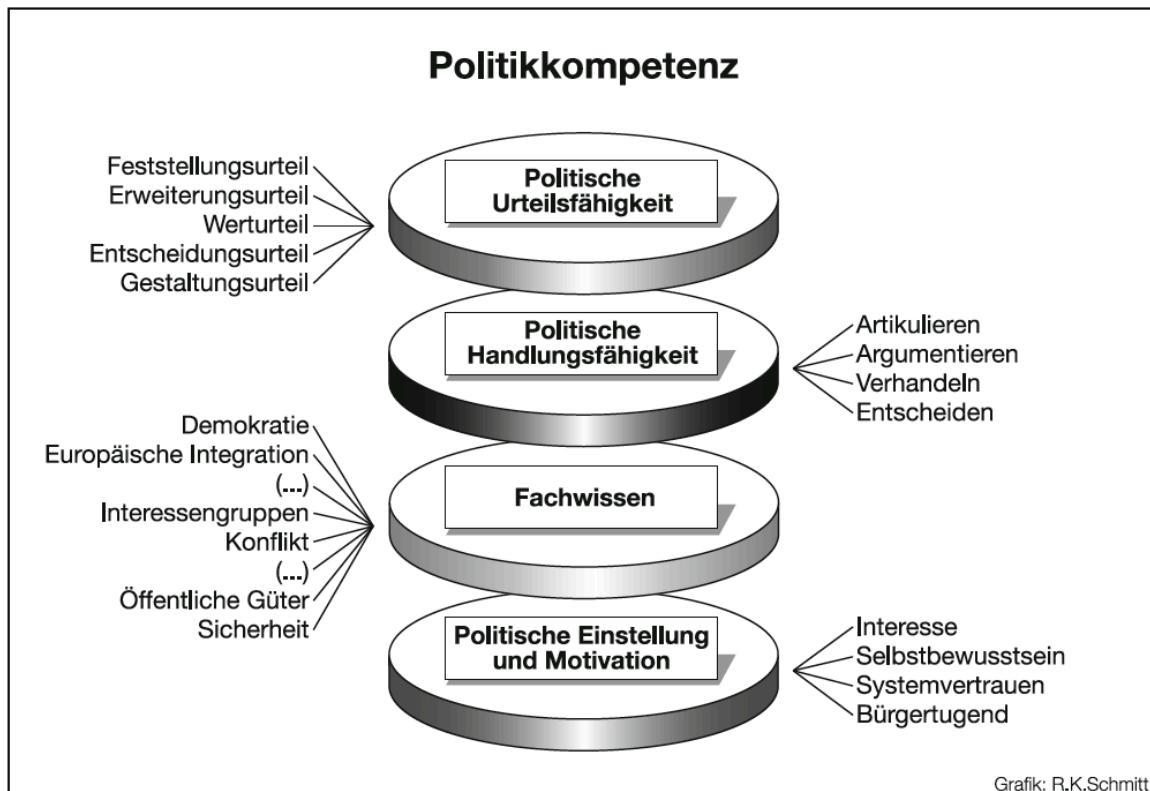
²⁶ Detjen/Massing/Richter/Weißeno, Politikkompetenz- ein Modell (2012) 10.

²⁷ Sander, Kompetenzen in der Politischen Bildung – eine Zwischenbilanz, in Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (2009) 296.

²⁸ Detjen/Massing/Richter/Weißeno, Politikkompetenz (2012) 12ff.

²⁹ Detjen/Massing/Richter/Weißeno, Politikkompetenz (2012) 12.

Abbildung 1: Modell der Politikkompetenz³⁰



Das Autorenteam betont außerdem, dass lediglich das Fachwissen und die politische Urteilsbildung in der Schule für die Benotung geeignet sind. Die politische Handlungsfähigkeit sowie die Einstellung und Motivation kann durch den Politikunterricht nur simuliert und darüber kommuniziert werden. Das reale politische Handeln findet außerhalb der Schule statt.³¹

3.3.2. Das österreichische Kompetenz-Strukturmodell für politische Bildung

Die problematische Stellung von „Wissen“ in der deutschsprachigen Diskussion über die Kompetenzorientierung in der Bildung wird auch im österreichischen Kompetenzstrukturmodell für politische Bildung aufgezeigt. Im Zuge der auch im Kapitel 7.4.3. angeführten Demokratieinitiative 2008 wurde ein österreichisches Kompetenz-Strukturmodell für politische Bildung entwickelt. In diesem Modell wird das

³⁰ Detjen/Massing/Richter/Weißeno, Politikkompetenz (2012) 15.

³¹ Detjen/Massing/Richter/Weißeno, Politikkompetenz (2012) 15.

Arbeitswissen vom Sachwissen unterschieden. Für das Fach bedeutende Wissen wird nach diesem Modell als „politisches Sachkompetenz“ bezeichnet:

„Die politische Sachkompetenz beinhaltet jene Fähigkeiten, Fertigkeiten und Bereitschaften, die es ermöglicht, Kategorien und die ihnen innewohnenden Konzepte des Politischen zu verstehen, über die zu verfügen sowie sie kritisch weiterentwickeln zu können. (...) Basiskonzepte sind Leitideen bzw. Grundvorstellungen mit deren Hilfe SchülerInnen politisches Wissen strukturieren und einordnen können.“³²

Als Arbeitswissen wird im österreichischen Modell das anlassbezogene Wissen verstanden. Diesem fehlt der Wissenskanon, da es nur den instrumentellen Charakter repräsentiert.

Sander kritisiert an dem österreichischen Modell, die Integration der Wissensdimension. Die Verwendung der Bezeichnung „Sachkompetenz“ steht im Widerspruch zu den gängigen fachspezifischen Kompetenzmodellen. Sanders stellt die Bezeichnung „Sachkompetenz“ inhaltlich dem Begriff „Wissen“ gleich. Im komplexen Kompetenzbegriff werden hingegen Fähigkeit und Wissen miteinander verbunden. Wissen stellt zwar eine notwendige Kompetenzdimension aber keinen eigenen Kompetenzbereich dar.³³

Hellmuth verweist darauf, dass „politische Sachkompetenz“ im österreichischen Modell immer wieder mit „Wissen“ verwechselt wird, sich aber vielmehr auf das „Verfügen können von Wissen“ bezieht. Das relativ abstrakte Kompetenzmodell muss auf die Unterrichtspraxis übertragen werden und führt im deutschsprachigen aber auch anglophonen Raum zu einer Diskussion über „Konzepte“. Jeder Mensch besitzt Vorstellungen, d.h. „Konzepte“, die von subjektiven Erfahrungen geprägt werden (siehe dazu das Kompetenzmodell Fachwissen im folgenden Kapitel 3.3.3).

Hellmuth wirft die Frage der Brauchbarkeit eines politischen Kompetenzmodells für die Praxis auf, bedingt durch die geforderte künstliche Trennung von „Wissen“ und „Kompetenzen“.³⁴ In der Politikdidaktik genauso wie in der Geschichtsdidaktik drohen die Zusammenhänge von „Wissen“ und „Kompetenzen“ durch deren strikte Trennung verloren zu gehen. Als Folge der Kompetenzvermittlung gerät die

³² Sander, Kompetenzen in der Politischen Bildung – eine Zwischenbilanz, in Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (2009) 302.

³³ Sander, Kompetenzen in der Politischen Bildung – eine Zwischenbilanz, in Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (2009) 302-303.

³⁴ Hellmuth, Politische Bildung in Österreich, in Sander, Wolfgang (Hrsg.), Politische Bildung (2014) 546- 547.

Wissensvermittlung in ein schiefes Licht. Der Unterricht ist nach Hellmuth gefährdet an der Oberfläche zu verhaften.³⁵

Die Lernpsychologie greift hingegen auf einen breiteren Wissensbegriff zurück. Diese versteht unter Lernen die Aufnahme von Informationen, deren Verarbeitung und Speicherung im Gedächtnis sowie deren Nutzung. Die Gesamtheit dieser komplexen Lernprozesse wird als „Wissen“ bezeichnet.³⁶

Hellmuth fordert außerdem die Notwendigkeit der Verbindung von Politischer Bildung mit anderen Fächern aber auch die Synthese der Politischen Bildung mit anderen Didaktiken, um dem seit 1978 geltenden Unterrichtsprinzip „Politische Bildung“ gerecht zu werden.³⁷

3.3.3. Kompetenzmodell Fachwissen

Im Kompetenzmodell Fachwissen von Weißeno, Detjen, Juchler, Massing und Richter wird zwischen Faktenwissen und **konzeptionellem Wissen** unterschieden. Das Faktenwissen bestehend aus Daten und Fakten ist jederzeit abrufbar und kann zu einem späteren Zeitpunkt in das konzeptionelle Wissen einfließen. Konzeptionelles Wissen kategorisiert Merkmale und Kennzeichen von konkreten Erfahrungen. SchülerInnen können mit ihrem konzeptuellen Politikwissen ohne konkret Erfahrungen dazu gemacht zu haben, zu kontextadäquaten Lösungen kommen.³⁸ Das Autorenteam führt hierzu folgendes Beispiel an: Wenn über ein Fachkonzept Wahlen verfügt wird, kann die demokratische Vorgehensweise, trotz mangelndem Faktenwissen zum konkreten Fall, eingeschätzt werden. Die abstrakten Konzepte können in der Folge durch passende Fakten konkretisiert werden.

„Konzepte erlauben das Abrufen von bedeutungs- und wahrnehmungsbezogenen Wissensinhalten aus dem Gedächtnis. Ihr Erwerb ist das eigentliche Ziel der Wissensvermittlung im Unterricht.“³⁹

³⁵ Hellmuth, Eine „liaison dangereuse“? Der Unterricht in Geschichte und Politische Bildung als historisch-politische Sinnbildung in Hellmuth, Politische Bildung in Fächerverbund (2017) 31-32.

³⁶ Arbinger, Psychologie des Problemlösens. Eine anwendungsorientierte Einführung (1997) 17-45.

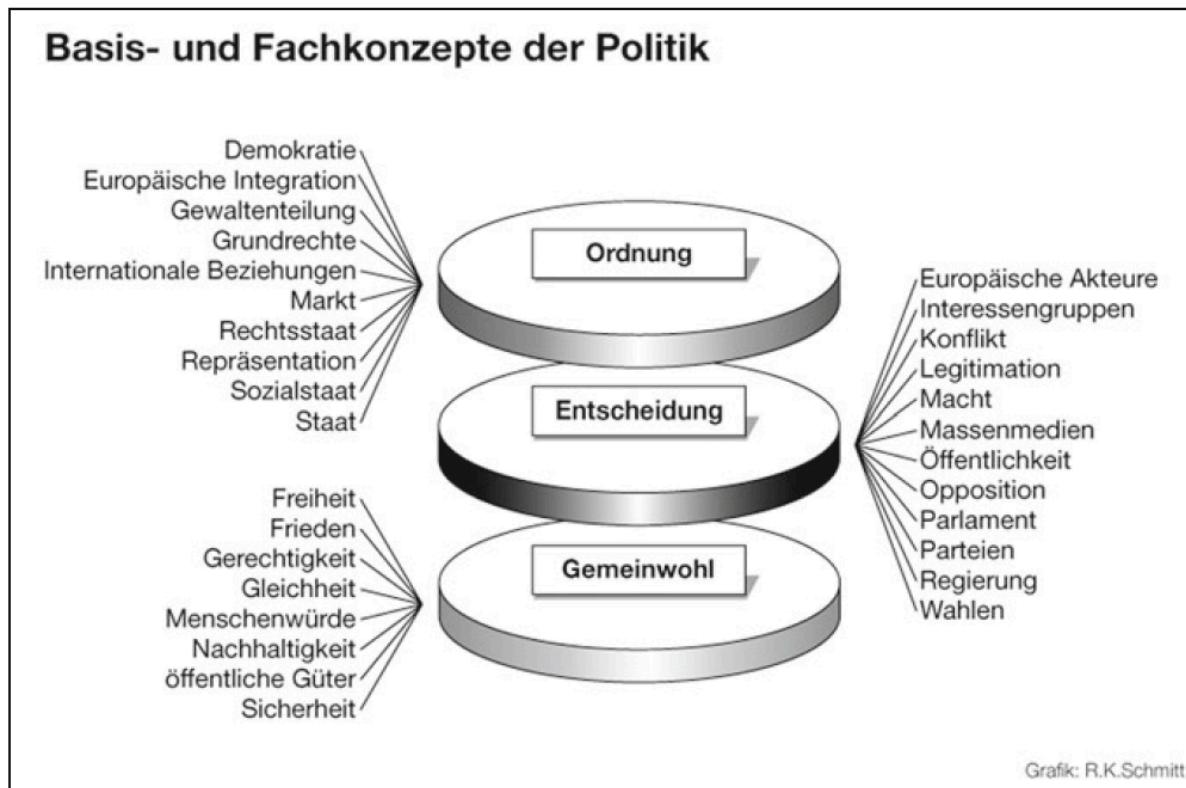
³⁷ Hellmuth, Eine „liaison dangereuse“?, in Hellmuth, Politische Bildung in Fächerverbund (2017) 31f.

³⁸ Detjen/Massing/Richter/Weißeno, Politikkompetenz (2012) 29f.

³⁹ Detjen/Massing/Richter/Weißeno, Politikkompetenz (2012) 29.

Das **konzeptuelle Strukturwissen** wird von Weißeno als Voraussetzung für das Verstehen politischer Phänomene gesehen. Ziel des Unterrichts sollte demnach die Förderung und Strukturierung konzeptuellen Wissens der Lernenden sein.

Abbildung 2: Basis- und Fachkompetenz der Politik⁴⁰



Im Kompetenzmodell Fachwissen werden Ordnung, Entscheidung und Gemeinwohl als die drei Basiskonzepte dargestellt. Die Definition des Wissens wird durch Fachkonzepte vorgenommen. Sie beschreiben in ihrer Gesamtheit das Grundlagenwissen. Fachkonzepte lassen sich den Basiskompetenzen zuordnen. Für das Basiskonzept Ordnung werden im Modell u.a. die Fachkonzepte Demokratie und Europäische Integration, internationale Beziehungen, für das Basiskonzept Entscheidung die Fachkonzepte Europäische Akteure angeführt (siehe Abbildung 3). Die Basiskonzepte entwickeln sich nach dem Autorenteam in der Vorstellung des Lernenden, wenn die einschlägigen Fachkonzepte erworben wurden. Eine Vorstellung des Basiskonzeptes Entscheidung kann der Lernende zum Beispiel durch den Erwerb von den Fachkonzepten Konflikt, Macht, Regierung und

⁴⁰ Weißeno/Detjen/Juchler/Massing/Richter, Konzepte der Politik – ein Kompetenzmodell (2010) 12.

Opposition entwickeln. In den unterschiedlichen Schulstufen sollten unterschiedliche viele und unterschiedlich abstrakte konstituierende Begriffe gefördert werden.⁴¹

3.4. Hermeneutik als Wissenschaftliche Grundlage der politischen Bildung

Die hermeneutische Praxis kann nicht auf den wissenschaftlichen Bereich beschränkt werden. Neben ihrer Handhabung als primär geisteswissenschaftliche Methodologie wirkt sie in die lebensweltlichen Erfahrungen der Menschen. Die Hermeneutik als Lehre vom Verstehen und Auslegen von Texten reicht in den Alltag der Menschen hinein. Im hermeneutischen Prozess des Verstehens nimmt das Vorverständnis eine zentrale Bedeutung ein. Wissenserzeugendes Denken wird nur möglich, wenn Wissen vorhanden ist, auf den der erweiternde Denkprozess aufbauen kann. Das Vorwissen hat eine entscheidende Funktion für die Informationsverarbeitung und die Konstruktion von neuem Wissen.

Auf der Basis dieser kognitionspsychologischen Erkenntnisse stellt sich der Politikdidaktik die Aufgabe, einen didaktisch zu begründenden Bestand an verbindlichem Kernwissen für die unterschiedlichen Inhaltsbereiche der Politik zu definieren.⁴²

Dieser Kernwissensbestand von Inhalten ermöglicht den Schülerinnen und Schülern den Aufbau eines mentalen Netzwerkes mit Knotenpunkten von Vorwissen, an welche zukünftige neue Informationen angeknüpft werden und somit ein Verständnis der neuen politischen Sachlage entwickelt werden kann.⁴³

Vor diesem Hintergrund ist es in der Politikdidaktik zu einem **positiven Diskurs hinsichtlich der Bedeutung von Wissen für die kompetenzorientierte politische Bildung gekommen.**⁴⁴

⁴¹ Detjen/Massing/Richter/Weißeno, Politikkompetenz (2012) 30f.

⁴² Juchler, Wissenschaftstheoretische Grundlagen politischer Bildung: Hermeneutik, in Sander (Hrsg.), Handbuch Politische Bildung (2014) 53ff.

⁴³ Juchler, Wissenschaftstheoretische Grundlagen politischer Bildung: Hermeneutik, in Sander (Hrsg.), Handbuch Politische Bildung (2014) 60.

⁴⁴ Juchler, Wissenschaftstheoretische Grundlagen politischer Bildung: Hermeneutik, in Sander (Hrsg.), Handbuch Politische Bildung (2014) 61.

4. EU als inhaltsbezogenes Aufgabenfeld der Politischen Bildung

Aufgabe dieser Arbeit ist es nicht konkrete Inhalte im Sinne eines Grundwissens der EU zu benennen. Im Kapitel 2.2. wird dazu nur eine Auflistung von möglichen Inhalten genannt. Es wird jedoch versucht, einen Überblick über vergangene und aktuelle Diskussionen im Rahmen der europazentrierten Politischen Bildung zu geben.

„Die Kritik an der EU und die Skepsis der Unionsbürgerschaft haben gute Gründe; Dies darf jedoch nicht den historischen Erfolg der Europäischen Integration in Frage stellen.“⁴⁵

Der Erfolg der europäischen Einigung liegt in der Erreichung von Integrationszielen. Beispiele hierfür sind: Sicherung des Friedens in dem durch Kriege und Feindschaften geprägten Kontinent, Steigerung des wirtschaftlichen Wohlstands, Bildung und Weiterentwicklung einer Wertegemeinschaft und Lösung grenzüberschreitende Probleme. Vor allem aber die Friedenssicherung, die durch die wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeiten der Mitgliedstaaten gesichert ist, wird von der Öffentlichkeit immer seltener wahrgenommen. Yenal führt dies auf bestehende Vermittlungsprobleme der europäischen Politik zurück.⁴⁶

4.1. Historischer Rückblick einer europazentrierten Politikdidaktik

Die Politikdidaktik hat ihren Blickwinkel auf Europa in den letzten drei Jahrzehnten immer wieder verändert. In den 70er-Jahren formierte sich der Trend, eine europäische Dimension in die unterschiedlichen Schulfächer wie Geschichte, Geographie und Fremdsprachen einzubringen. Die nationale Sichtweise und Begrenztheit sollen überwunden werden und Verständnis für historische Zusammenhänge oder aktuelle Probleme, mit der Hoffnung eine europäische Identität zu entwickeln, geweckt werden. Das Europa-Thema besitzt eine integrative Funktion, weil seine sozialen, ökonomischen, historischen, politische und geographischen Bestandteile nur erfassbar sind, wenn auf ihre Verflechtung und wechselseitige Abhängigkeit eingegangen wird. In der Folge wurde das

⁴⁵Yenal, Europäische Integration: Ein problemorientierter Überblick, in Weißeno (Hrsg.), Europa verstehen lernen. Eine Aufgabe des Politikunterrichts (2004) 18.

⁴⁶Yenal, Europäische Integration (2004) 19.

Unterrichtsfach Politik/Sozial- oder Gemeinschaftskunde in Deutschland und in Österreich Geschichte und Politische Bildung und Geographie und Wirtschaftskunde, als besonders geeignet betrachtet, die Ausrichtung auf eine europäische Dimension umzusetzen. Weißeno verknüpft diese Zuordnung der zentralen Inhalte der EU zu bestimmten Schulfächern, um damit verbunden die oft diffus wirkende europäische Dimension wieder einzuengen, mit der Forderung, dass fächerübergreifende Ansprüche bestehen bleiben.

In den 80er-Jahren wird versucht, eine fachliche Auslegung der europäischen Dimension an geeigneten aktuellen Gegenständen wie den Einigungsproblemen oder Problemfelder wie der Agrarmarkt zu koppeln. Zeitgleich wird gefordert, die Kontroversität als fachdidaktisches Konzept auch bei europäischen Themen zu berücksichtigen. Damit hat sich aber auch der politikdidaktische Grundsatz gefestigt, dass Europa ein wichtiger Gegenstand des Politikunterrichts ist, mit dem jeder Lernende konfrontiert werden muss.⁴⁷ In den 90er-Jahren greift Mickel den Begriff der europäischen Dimension erneut auf und rückt unterschiedliche Einzelprobleme in den Vordergrund. Er unterstreicht die Bedeutung der persönlichen Betroffenheit.⁴⁸

Schmuck stellt Partizipation und das politische Wissen mit dem Ziel einer kritischen europäischen Einstellung als Schwerpunkt dar. Dadurch entstehen zwei Blickrichtungen, zum einen auf die europäischen Institutionen zum anderen auf Problemfelder der Einigungspolitik.⁴⁹

Europa wird in den 80er und 90er-Jahren primär als Anwendungsfall der Politikdidaktik behandelt ohne Rückwirkung auf ihre theoretischen Einsichten. Über die Auswirkungen der Veränderungen im politischen Bereich auf die Politikdidaktik wird nicht nachgedacht. Immer mehr nationale Politikfelder werden jedoch von Brüssel beeinflusst.⁵⁰

In der jüngsten Zeit wird Europa weiterhin als eigenständiger Fachbereich behandelt. Es kommt jedoch zu einer Neuorientierung der aktuellen Politikdidaktik auf unterschiedliche Felder. Der europäische Bürger gelangt in den Fokus der normativ-empirischen Politikdidaktik. Als Erweiterung des demokratiekompetenten Bürgers

⁴⁷ Weißeno, Konturen einer europazentrierten Politikdidaktik- Europäische Zusammenhänge verstehen lernen, in Weißeno (Hrsg.), Europa verstehen lernen. Eine Aufgabe des Politikunterrichts (2004) 108f.

⁴⁸ Mickel, Lernfeld Europa. Didaktische Grundlagen einer europäischen Erziehung (1993) 76.

⁴⁹ Schmuck, Politische Bildung (1991) 319.

⁵⁰ Weißeno, Europazentrierte Politikdidaktik (2004) 110f.

wird von Juchler eine „**Europa-Kompetenz**“ gefordert. Er sieht in der normativen Politikdidaktik die Aufgabe Zusammenhänge einer europäischen Identität zu berücksichtigen ohne dabei das Ziel einer Europabegeisterung vor Augen zu haben. Der Prozess der Identitätsbildung soll durch den Unterricht begleitet und angeregt werden.⁵¹

PolitikdidaktikerInnen der postmodernen Schule wollen den Unterricht zum Thema Europa also nicht normativ aufladen sondern stellen die Selbsterarbeitung des Themas durch Lernende sowie die politische Zukunft Europas in den Mittelpunkt des Fachunterrichts. Die europäische Dimension wird außerdem von postmodernen argumentierenden Didaktikern wieder allen Schulfächern als Aufgabe zugeordnet. Für Weißeno bleibt der Begriff „Europäische Dimension“ ein Diffusum und ist deshalb als Kategorie für die Politikdidaktik ungeeignet.

Alle modernen Ansätze stellen zunehmend in Frage, dass Europa ein eigenständiger Fachbereich sei. Politikwissenschaftliche Überlegungen sehen die Betrachtung Europas als außenpolitischen Gegenstand unzureichend. Europa wird zunehmend zu einem innenpolitischen Thema aller Mitgliedstaaten.

„Die traditionellen Unterrichtssequenzen über die Europäische Union sind eigentlich obsolet geworden, denn die europäischen Themen sind zugleich nationale. (...) Auch wenn nicht alle Politikfelder europäisch durchdrungen sind, muss sich der Politikunterricht gleichwohl dieser Perspektiven annehmen.“⁵²

Mit dem „**Konzept einer europazentrierten Politikdidaktik**“ sieht Weißeno eine Möglichkeit das bisher nur isolierte Fachgebiet Europa, in alle relevanten Gegenstände zu verlagern. Ebenso fordert er, dass die Bürgerrolle als Zielvorstellung um die europäische Ebene erweitert werden muss. Als normative Begründung für den Politikunterricht muss er sich nicht nur an den nationalstaatlichen Interpretationen, sondern zusätzlich an den normativen Grundlagen der Verträge der EU orientieren. Eine europazentrierte Politikdidaktik fordert von den politikdidaktischen Schulen kein umfassend neues Konzept, sondern eine Fokuserweiterung und zu neuem Denken bei der Auswahl von Inhalten.⁵³

Als Aufgabe des Politikunterrichts sieht Weißeno „das Gestrüpp an Normen, Regeln und Verfahrensweisen“ verstehbar zu machen. Die EU ist ein vielschichtiges

⁵¹ Juchler, Die Osterweiterung der EU, in Politische Bildung (2002) 71ff.

⁵² Weißeno, Europazentrierte Politikdidaktik (2004) 112f.

⁵³ Weißeno, Europazentrierte Politikdidaktik (2004) 111ff.

politisches System, das durch zwischenstaatlichen Kooperationen und gemeinschaftlicher Politik geprägt ist. Staatliche, nichtstaatliche und regionale Akteure treffen in diesem Mehrebenensystem zusammen. Weißeno sieht ein großes Defizit bei den Schulbüchern, welche es verabsäumen das Mehrebenensystem zu integrieren. Er kritisiert hier die häufige Ausrichtung der Schulbücher auf europäische Projekte und Visionen. Der Fokus wird auf die letztlich unpolitische traditionelle Institutionenkunde gelegt.⁵⁴

Ziel des Politikunterrichts ist es, den politischen Alltag auf nationaler, europäischer und multinationaler Ebene in den Unterricht zu holen. Als Voraussetzung für die Entwicklung eines europäischen Bewusstseins sieht er aber das Wissen um die vorhandene Wechselwirkung zwischen politischem Handeln auf nationaler und politischer Ebene.

„Ohne ein Verständnis des politischen Handels auf der europäischen Ebene bleibt die Betrachtung der Vorschläge der Fortentwicklung der Gemeinschaft ohne Fundament.(..) Nur so kann der nationale Blickwinkel auf diese Diskussion aufgebrochen und der Grundstein für eine zu entwickelnde europäische Identität gelegt werden.“⁵⁵

Wege zur europazentrierten Politikdidaktik

Die Aufgabe des Politikunterrichts ist nach Weißeno, den Prozess der Integration auf Basis des Handels in und mit Institutionen bewusst zu machen. **Der Zusammenhang von politischen Institutionen (polity), politischen Prozessen (policy) und Politikinhalten (politics) muss geklärt werden.** Er hebt dabei hervor, dass die politische Wirklichkeit nicht ohne den institutionellen Rahmen dargestellt werden kann. Dieser Rahmen sollte nicht traditionell, sondern modern sein, d.h. die Sinnhaftigkeit der Institutionen und ihr wandelnder Herrschaftscharakter sollen hinterfragt werden. Eine moderne Institutionenkunde verlangt demnach, die Berücksichtigung der europäischen Ebene bei vielen noch „national“ abgehaltenen Themen. Die Behandlung des Fachbereichs „Europäische Union“ lediglich als eigenständiges Thema im Politikunterricht zu behandeln, ist nicht mehr zeitgerecht.

⁵⁴ Weißeno, Europazentrierte Politikdidaktik (2004) 116ff.

⁵⁵ Weißeno, Europazentrierte Politikdidaktik (2004) 116f.

„Die postmoderne und die normativ-empirische Schule müssen auf die veränderten fachlichen Grundlagen reagieren und sie in ihr theoretisches Gerüst integrieren. Für den Politikunterricht und die Politikdidaktik bedeutet dies, dass sie traditionelle Pfade verlässt.“⁵⁶

Das Konzept eines europazentrierten Politikunterrichts erfüllt nach Weißeno die angeführten Forderungen.⁵⁷

4.2. Unionsbürgerschaft im Rahmen der politischen Bildung

„Civil Education“ (Bürgerschaftliche Erziehung) ist ein pädagogisches Modell, das aus dem angloamerikanischen Sprachraum stammt. Ihr Ziel ist das Funktionieren einer Demokratie und der Zivilgesellschaft abzusichern durch das soziale und multikulturelle Lernen zu demokratischen Denken und Handeln.⁵⁸ Politische Bildung wird neben demokratischer Erziehung und demokratischem Handeln in der Fachliteratur als Teilespekt der Civic Education bzw. Demokratiepädagogik gesehen. Civic Education stellt also die übergreifende Kategorie dar.

Die Politische Bildung beschäftigt sich primär mit dem kognitiven Lernen, mit zeitgeschichtlichem und institutionskundlichem Wissen, um die Demokratiefähigkeit zu verbessern. Der Demokratiebegriff erfährt in der Civic Education eine Erweiterung. Neben der Politik, Geschichte, Wirtschaft und Recht steht der Mensch und seine Umwelt, seine Herkunft und Zukunft, seine Biologie und Kultur im Fokus.⁵⁹

Sämtliche Mitglieder der EU haben im Jahr 2010 die Charta des Europarates zur Demokratie- und Menschenrechtsbildung „Charta on Education for Democratic Citizenship and Human Rights Education“ angenommen. Die deutschsprachige Übersetzung des Titels im Jahre 2010 lautete „Charta des Europarates zur Demokratie- und Menschenrechtsbildung“.⁶⁰ In der deutschen Übersetzung der Charta von 2012 wurde der Begriff „Demokratiebildung“ durch „Politische Bildung“

⁵⁶ Weißeno, Europazentrierte Politikdidaktik (2004) 124.

⁵⁷ Weißeno, Europazentrierte Politikdidaktik (2004) 122-124.

⁵⁸ Frank, Demokratiebaustein: „Civic education“ – was ist das? Berlin (2005) 11.

⁵⁹ civic edu wordpress: <https://civicedu.wordpress.com/civiceducation/> (abgefragt am 4.3.2018)

⁶⁰ Empfehlung CM/Rec (2010)7 des Ministerkomitees des Europarats an die Mitgliedstaaten, Europarats-Charta zur Demokratie- und Menschenrechtsbildung vom 11.5.2010

ersetzt und heißt nunmehr „Charta des Europarates zur Politischen Bildung und Menschenrechtsbildung“⁶¹

Im Eurydice Bericht vom Jahr 2012 „Bürgererziehung in Europa“⁶² wird veranschaulicht, dass junge Menschen zunehmend umfangreiches Wissen benötigen, um ihre Rolle als Bürger in vollem Umfang wahrnehmen zu können. Im Rahmen des Berichts wurden folgende Wissensbereiche bzw. –themen in den nationalen Lehrplänen für staatsbürgerliche Bildung in den Mitgliedsstaaten zusammengefasst und auf Vollständigkeit untersucht:

- **Europäische Dimension:** wichtige wirtschaftliche /politische/ soziale Themen
- Funktionsweise der Institutionen und Perspektiven der **Europäischen Union**
- Internationale Dimension: Geschichte, Kultur und Literatur
- Internationale Dimension: wichtige wirtschaftliche/politische/ soziale Themen
- Internationale Beziehungen, Funktionsweise internationaler Organisationen

In der überwiegenden Zahl der untersuchten Länder wird ein großer Teil der hier behandelten Themen in den Lehrplänen empfohlen. Je höher die Bildungsstufe, desto größer ist die Zahl der behandelten Themen.⁶³

Aus rechtlicher Sicht teilt die Unionsbürgerschaft die Europäer in zwei Typen: EU-Bürger, welche die Staatsbürgerschaft eines einzelnen Mitgliedsstaates der Europäischen Union haben und Bürger anderer Länder in Europa, wie Norwegen, der Schweiz oder der Ukraine, die sich vielleicht auch als Europäer sehen. Die EU will sich jedoch nicht allein an die rechtliche Ebene halten und befasst sich auch mit der politisch-psychologischen Ebene der europäischen Bürgerschaft, sowie mit den Einstellungen und Orientierungen ihrer Bürger.

⁶¹ Pirker, Die politischen Optionen des Europarats-Charta für politische Bildung und Menschenrechte, http://www.politiklernen.at/dl/lnqlJKJKokOOLJqx4kJK/Geog_Pirker_Die_politischen_Optionen_der_Charta.pdf (abgefragt am 6.3.2018)

⁶² Diese Studie enthält Informationen zu 31 der am Eurydice-Netz beteiligten Länder, und zwar zu den EU-Mitgliedstaaten sowie Island, Norwegen, Kroatien und die Türkei. Sämtliche für die nächsten Jahre geplanten Reformen wurden, soweit relevant, ebenfalls berücksichtigt. Dabei wurde der Schulunterricht in der Primarstufe und in der Sekundarstufe I und II einbezogen (ISCED-Stufen 1, 2 und 3). Als Referenzjahr gilt 2010/11. Das Referat Eurydice innerhalb der EACEA ist für die Erstellung dieses Berichts verantwortlich, der von sämtlichen an der Studie beteiligten Nationalen Stellen gegengeprüft wurde.

⁶³ Delhaye, Bürgererziehung in Europa (EACEA P9 Eurydice), Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur, Brüssel (2012) 35-36.

Der Begriff "Unionsbürgerschaft" wurde durch den Art. 17 Vertrag von Maastricht 1992 eingeführt. Im Vertrag von Lissabon Art.20 über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) ist die Unionsbürgerschaft wie folgend geregelt:

Art 20 (ex-Artikel 17 EGV)

„(1) Es wird eine Unionsbürgerschaft eingeführt. Unionsbürger ist, wer die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats besitzt. Die Unionsbürgerschaft tritt zur nationalen Staatsbürgerschaft hinzu, ersetzt sie aber nicht.

(2) Die Unionsbürgerinnen und Unionsbürger haben die in den Verträgen vorgesehenen Rechte und Pflichten. Sie haben unter anderem das Recht, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten;

a) in dem Mitgliedstaat, in dem sie ihren Wohnsitz haben, das aktive und passive Wahlrecht bei den Wahlen zum Europäischen Parlament und bei den Kommunalwahlen, wobei für sie dieselben Bedingungen gelten wie für die Angehörigen des betreffenden Mitgliedstaats;

b) im Hoheitsgebiet eines Drittlands, in dem der Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzen, nicht vertreten ist, Recht auf Schutz durch die diplomatischen und konsularischen Behörden eines jeden Mitgliedstaats unter denselben Bedingungen wie Staatsangehörige dieses Staates;

c) das Recht, Petitionen an das Europäische Parlament zu richten und sich an den Europäischen Bürgerbeauftragten zu wenden, sowie das Recht, sich in einer der Sprachen der Verträge an die Organe und die beratenden Einrichtungen der Union zu wenden und eine Antwort in derselben Sprache zu erhalten.

*Diese Rechte werden unter den Bedingungen und innerhalb der Grenzen ausgeübt, die in den Verträgen und durch die in Anwendung der Verträge erlassenen Maßnahmen festgelegt sind.*⁶⁴

Die praktische Umsetzung der Unionsbürgerschaft wurde durch aufeinanderfolgende Rechtsakte verbessert, die die Lesbarkeit der EU-Bürgerschaft in der jetzigen Form verdeutlichten und vereinfachten. Dennoch bleiben praktische Hindernisse bestehen und viele der Rechte liegen den Bedingungen zugrunde, die die EU-Bürger kennen müssen.⁶⁵

⁶⁴ Eur-lex: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:12012E/TXT> (abgerufen am 13.11.2017)

⁶⁵ Görsdorf-Lechévin, European-related learning (2013) 85.

Im Jahre 2012 wurde eine Flash-Eurobarometer-Umfrage zur Unionsbürgerschaft in 27 Mitgliedstaaten durchgeführt. Eine zunehmende Zahl der Befragten weiß mit dem Begriff „Unionsbürgerschaft“ umzugehen. Im Jahre 2010 waren 79% der Befragten mit dem Begriff vertraut. Im Jahre 2012 ist dieser Anteil auf 81% leicht gestiegen. Allerdings wussten weniger als die Hälfte der Befragten (46%), was der Begriff bedeutet. In Österreich gaben überhaupt nur 31% an, zu wissen was der Begriff bedeutet und 30% (19% europaweit) der Österreicher gaben an den Begriff noch nie gehört zu haben.⁶⁶

Görsdorf-Lechévin fasst in ihrer Dissertation fünf Gründe für ein Demokratiedefizit in der Europäischen Union zusammen:

- (1) Neben einem komplexen mehrstufigen Entscheidungsprozess sorgen auch die Namen der Institutionen oft für Verwirrung. Der Rat der Europäischen Union, der Europäische Rat und der Europarat – sind drei „Räte“ mit unterschiedlichen Aufgaben, letzterer ist nicht einmal eine EU - Institution. Aber auch die Distanz (geografisch und mental) zwischen europäischen politischen Entscheidungsträgern und den Bürgern verstärkt Missverständnisse zwischen der öffentlichen Meinung und dem politischen Geschehen.⁶⁷
- (2) Als zweiter Grund wird die mangelnde Information durch nationale Politiker, europäische Institutionen, Medien und akademisch Institution und deren Vertreter angeführt. Dieses Informationsdefizit wird vom Unionsbürger als mangelnde Transparenz interpretiert und wirkt sich negativ auf die Beteiligung an Europawahlen aus.
- (3) Ein dritter Grund betrifft die Dynamik und Geschwindigkeit der europäischen Integration. Die nationale Verwaltung und die Bürger müssen sich an die stetigen Veränderungen anpassen, die durch den Integrationsprozess entstehen. Für viele Bürger ist die Erweiterung zu schnell erfolgt. Da die europäische Integration von Offenheit gegenüber der Zukunft und dem Fehlen eines festen Ziels einen negativen Eindruck.⁶⁸
- (4) Viertens ist die EU ein einzigartiges Projekt, das in der Geschichte keinen Präzedenzfall hatte und weltweit zunehmend an Bedeutung gewinnt. Diese neue

⁶⁶ Flash Eurobarometer Umfrage zur Unionsbürgerschaft Nr. 365, TNS Opinion&Social-Netzwerk, Brüssel (2012) 9.

⁶⁷ McCormick (2005) 133. zit. nach Görsdorf-Lechévin, European-related learning (2013) 160.

⁶⁸ Dehove (2004) 7. zit. nach Görsdorf-Lechévin, European-related learning, (2013) 93.

Form der Regierungsführung und die Werte, die die EU repräsentiert stellen eine einzigartige Chance für die Welt dar. Er sieht den Hauptgrund darin, dass "Europäer global eingebunden sein wollen, ohne ihre kulturelle Identität aufzugeben zu müssen."⁶⁹

(5) Dies führt zum fünften Aspekt der Auswirkung von nationalen Fragen und Interessen. Die Entscheidungen auf EU-Ebene werden von den Meinungen und Entscheidungen der nationalen politischen Führer beeinflusst, die den Wählern nicht immer bewusst sind. Die Medien unterstützen dieses Bild, indem sie über Entscheidungen von "Brüssel" oder "der EU" berichten, auch wenn diese Ergebnisse unter den Ministern oder Staatsoberhäuptern der Mitgliedstaaten erzielt werden und wurden.

Neben allen Versuchen eine stärkere Bindung zwischen der EU und ihren Bürgern zu schaffen, sei es durch die Einführung der Unionsbürgerschaft oder die Förderung der europäischen Identität, werden das Demokratiedefizit und das Wissensdefizit der EU-Bürger als die größten Probleme angesehen. Es wird für die Unionsbürger schwierig sein, ein Gefühl der Zugehörigkeit zur Europäischen Union zu entwickeln, wenn sie weiterhin so wenig informiert sind.⁷⁰

Die Bildung spielt eine entscheidende Rolle bei der Verbesserung des Verständnisses und der Akzeptanz der EU bei den Bürgern. Rappenglück verweist auch auf den Wissenstransfer als Hauptanspruch der europäischen Dimension des Lernens.⁷¹ Es geht aber auch darum, wie das Wissen vor allem an junge Menschen weitergegeben wird. Das Wissen über Europa ist nicht alleine die Lösung für das Defizitproblem. Es geht auch um die Frage, welche Art von Wissen verlangt wird und welche Art von Wissen für die Erfüllung der Staatsangehörigkeit als notwendig erachtet wird. Eine Aufgabe der Bildung und insbesondere der Bildungsarbeit besteht darin, Informationen auszuwählen und zu reduzieren.⁷²

Die EU ist bemüht Informationen für die Unionsbürger zur Verfügung zu stellen. Dies reicht jedoch nicht aus. Nach Brenner müssen alle Akteure in den europäischeren Integrationsprozess miteinbezogen werden, vom Durchschnittsbürger bis zu

⁶⁹ Rifkin (2005) 38. zit. nach Görsdorf-Lechévin, European-related learning (2013) 93.

⁷⁰ McCormick (2005) 133-136. zit. nach Görsdorf-Lechévin, European-related learning (2013) 93.

⁷¹ Rappenglück, „Europabezogen lernen“ in Sander Wolfgang Handbuch politischer Bildung (2014) 76f.

⁷² Görsdorf-Lechévin, European-related learning (2013) 102.

politischen Entscheidungsträgern, vor allem aber auch von Bildungseinrichtungen und deren Erziehern.

„Es liegt auf der Hand, dass der weitreichende und vielschichtige Integrationsprozess ohne Mitwirkung der Bildungspolitik und aller im Bildungswesen Tätigen nicht gelingen kann. Letztlich kann er nicht von Regierungen und Parlamenten allein geleistet werden, sondern muss von den Bürgern der Gemeinschaft mitgetragen und mitgestaltet werden: Von den Arbeitnehmern wie den Selbständigen, von Lehrern, Ausbildern und Wissenschaftlern wie von den jungen Menschen, die noch in der Ausbildung stehen - von allen Gemeinschaftsbürgern also, die doch zugleich (Briten), Deutsche, Franzosen oder Spanier bleiben werden.“⁷³

Die Akteure müssen dabei nach Brenner nicht unbedingt von den Vorteilen der europäischen Integration überzeugt werden. Sie müssen jedoch davon überzeugt werden, dass die europäische Integration ein wichtiges Thema ist, welches das Leben jedes Europäers, jeder Europäerin beeinflusst.⁷⁴

5. Rechtsakte der EU zum Thema

5.1. Historischer Rückblick: Bildungsprogramme der EU

Am Anfang des europäischen Einigungsprozesses spielte die Bildung eine untergeordnete Rolle. Das erste „Aktionsprogramm“⁷⁵ im Bildungsbereich wurde 1976 ins Leben gerufen. Neben der Linderung von nachteiligen Auswirkungen von Migranten auf die Bildungschancen war die gegenseitige Anerkennung von Qualifikationen Inhalt dieses Programms.⁷⁶

In der Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Bildungswesen zur europäischen Dimension im Bildungswesen 1988⁷⁷ wurde versucht, die Europäischen Dimension sowohl in die Lehrpläne als auch die Lehrerausbildung der Mitgliedstaaten zu integrieren. Im Zeitraum zwischen 1988 und

⁷³ Brenner, Herausforderungen der europäischen Integration an das Bildungswesen und Rolle bildungspolitischer Zusammenarbeit in der EG (1994) 44.

⁷⁴ Brenner, Herausforderungen der europäischen Integration an das Bildungswesen (1994) 43ff.

⁷⁵ Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister für Bildungswesen vom 9. Februar 1976 mit einem Aktionsprogramm im Bildungsbereich

⁷⁶ Entschließung 2015/2138/INI, Kenntnisse über die EU, A8-0021/2016, 7.

⁷⁷ Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Bildungswesen zur europäischen Dimension im Bildungswesen vom 24. Mai 1988

1992 sollte durch gezielte Maßnahmen eine verstärkte Berücksichtigung der europäischen Dimension im Bildungsbereich herbeigeführt werden.

„Lehrpläne und Unterricht“

Ausdrückliche Einbeziehung der europäischen Dimension in die Lehrpläne aller dafür geeigneten Fächer, beispielsweise im Literatur- und Fremdsprachenunterricht, in Geschichte, Erdkunde, Sozialkunde, Wirtschaftskunde und in den künstlerischen Fächern;

Pädagogisches Material

Vorkehrungen dafür, dass das Lehrmaterial der gemeinsamen Zielsetzung, die europäische Dimension im Bildungswesen zu fördern, Rechnung trägt;

Lehrerausbildung

Stärkere Betonung der europäischen Dimension in der Erstausbildung und in der Fortbildung der Lehrer (...)

- besondere Aktivitäten im Rahmen der Fortbildung, die die Lehrer für die Bedeutung der europäischen Dimension im Bildungswesen sensibilisiert und ihnen Gelegenheit geben, ihre Kenntnisse über die Entwicklung der Gemeinschaft laufend zu erneuern; (...)"⁷⁸

Der Vertrag von Maastricht hat 1992 mit dem Artikel 149 (heute Artikel 165 AEUV) die Rechtsgrundlage für das Tätigwerden der EU in der Bildungspolitik geschaffen. Die Union soll eine Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten fördern und die Tätigkeiten im Bereich der Bildungspolitik unterstützen und ergänzen. Die Lerninhalte und die Gestaltung der Bildungssysteme liegt jedoch ausschließlich im Verantwortungsbereich der Mitgliedstaaten, mit dem ausdrücklichen Ausschluss einer Harmonisierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften.⁷⁹

„Artikel 149 (AEUV)“

Die Union trägt zur Entwicklung einer qualitativ hochstehenden Bildung dadurch bei, dass sie die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten fördert und die Tätigkeit der Mitgliedstaaten unter strikter Beachtung der Verantwortung der Mitgliedstaaten für die Lehrinhalte und die Gestaltung des Bildungssystems sowie der Vielfalt ihrer Kulturen und Sprachen erforderlichenfalls unterstützt und ergänzt. (...)

⁷⁸ Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Bildungswesen zur europäischen Dimension im Bildungswesen vom 24. Mai 1988

⁷⁹ Entschließung 2015/2138/INI, Kenntnisse über die EU, A8-0021/2016, 7.

Als Beitrag zur Verwirklichung der Ziele dieses Artikels

- erlassen das Europäische Parlament und der Rat gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen **Fördermaßnahmen unter Ausschluss jeglicher Harmonisierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten;**
- erlässt der Rat auf Vorschlag der Kommission Empfehlungen.⁸⁰

Die Lissabon-Strategie war ein von europäischen Staats- und Regierungschefs 2000 in Lissabon verabschiedetes Programm mit dem Ziel, die EU bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensgeschützten Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Im Mittelpunkt des Lissabon-Prozesses stehen politische Ziele, die auf eine aktive Staatsbürgerschaft abzielen.⁸¹

Die Rolle der Bildungssysteme war für die Förderung der europäischen Staatsbürgerschaft und Integration nach der Osterweiterung der EU 2004 von zentraler Bedeutung. Der gemeinsame Zwischenbericht des Rates und der Europäischen Kommission im Jahr 2004 haben hervorgehoben, dass die Schule eine grundlegende Rolle zu spielen hat, damit jeder informiert ist und die Bedeutung der europäischen Integration verstehen kann.

Die „Entschließung des Europäischen Parlaments vom 1. September 2006 über Initiativen für geeignete Maßnahmen, mit denen die Einbeziehung der europäischen Dimension in die Lehrpläne gefördert werden soll“ forderte alle Bildungssysteme auf, **sicherzustellen, dass ihre Schüler bis zum Ende ihrer Sekundarstufe das Wissen und die Kompetenzen haben, die sie brauchen um sie für ihre Rollen als Bürger und als Mitglieder der Europäischen Union vorzubereiten.**⁸² In der Entschließung wurde festgehalten, dass die drei Unterrichtsfächer Geographie, Geschichte und Fremdsprache besonders geeignet sind, der europäischen Dimension im Bildungsbereich Bedeutung beizumessen.

⁸⁰ Artikel 149 AEUV

⁸¹ Wikipedia: <https://de.wikipedia.org/wiki/Lissabon-Strategie>

⁸² Entschließung 2006/2041/INI des Europäischen Parlaments vom 1. September 2006 über Initiativen für geeignete Maßnahmen, mit denen die Einbeziehung der europäischen Dimension in die Lehrpläne gefördert werden soll, ABI C 2006/306 E, 1ff.

Außerdem wird empfohlen die Lehrkräfte bei der Annäherung an die europäische Dimension zu unterstützen.⁸³

Obwohl die EU-Dimension in der Bildung nicht spezifisch identifiziert wurde, umfasst der im Jahr 2009 verabschiedete Strategischer Rahmen 2020 - allgemeine und berufliche Bildung (ET 2020) auch „die Förderung der Gerechtigkeit, des sozialen Zusammenhalts und des aktiven Bürgersinns“ als drittes strategisches Ziel. Im zweiten strategischen Ziel „Verbesserung der Qualität und Effizienz der allgemeinen und beruflichen Bildung“ wird gefordert, **eine angemessene Grundausbildung und Fortbildungsmöglichkeiten von LehrerInnen und AusbildnerInnen zu schaffen**, um einen Unterricht von hoher Qualität sicherzustellen.⁸⁴

Zahlreiche Entschlüsse und Programme folgten, um die im europäischen Primärrecht verankerten Ziele der EU-Bildungspolitik zu erreichen. Am 1. Jänner 2014 wurden durch die Einführung von Erasmus+ alle EU-Bildungsinitiativen durch ein vereinheitlichtes Programm zusammengefasst.⁸⁵

Die EU-Bildungspolitik hat als vorrangiges Ziel, die europäische Dimension in der Bildung, die Mobilität der Studierenden und Lehrkräften, Zusammenarbeit zwischen den Bildungseinrichtungen und die Teilhabe junger Menschen am demokratischen Leben zu fördern.⁸⁶

Bisher ist es Aufgabe der Mitgliedstaaten welche Inhalte und in welchen Altersgruppen über die EU gelehrt werden soll, zu bestimmen. Dies erschwert den Vergleich der Inhalte zwischen den unterschiedlichen Mitgliedstaaten.⁸⁷

⁸³ Entschließung 2006/2041/INI Einbeziehung der europäischen Dimension in die Lehrpläne, ABI C 2006/306 E, 1ff.

⁸⁴ Schlussfolgerungen des Rates vom 12. Mai 2009 zu einem strategischen Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung („ET 2020“)

⁸⁵ Verordnung (EU) Nr. 1288/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Einrichtung von "Erasmus+", dem Programm der Union für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport, und zur Aufhebung der Beschlüsse Nr. 1719/2006/E, ABI L347/50

⁸⁶ Hüttemann, EU-in-Brief, Ausgabe 07.2017, 3.

⁸⁷ Hüttemann, EU-in-Brief, Ausgabe 07.2017, 3.

5.2. Entschließung 2015/2138/INI des Europäischen Parlaments vom 12.4.2016 zum Erwerb von Kenntnissen über die EU an Schulen

Nachdem in der Entschließung die Gründe für die Notwendigkeit der Verbesserung der Situation der EU Kenntnisse in der Schule aufgezählt werden, werden die Ziele der Europäischen Dimension im Bildungswesen, die Rolle der EU und die Rolle der Mitgliedsstaaten beschrieben.⁸⁸

Folgende Absätze der Empfehlung sind für diese Arbeit von Bedeutung:

Europäische Dimension im Bildungswesen

„(1) Das Europäische Parlament (...) betont die zunehmende Bedeutung einer europäischen Dimension im Bildungswesen in den verschiedenen Unterrichtsfächern (.....)

(2) unterstreicht, dass eine EU-Dimension im Bildungswesen einen wichtigen Beitrag dazu leistet, dass die Bürger die EU besser verstehen und ihr wieder nähergebracht werden, und die Rolle der in Artikel 2 EUV⁸⁹ verankerten Werte stärken und der Union in einer vernetzten Welt zusätzliches Gewicht verleihen kann;“

In der Empfehlung wird zwischen Europäischer Dimension und EU-Dimension unterschieden (siehe dazu Kapitel 2.2. dieser Arbeit). Die zunehmende Bedeutung der Europäischen Dimension für verschiedene Unterrichtsfächer aber auch der wichtige Beitrag, den eine EU-Dimension im Bildungswesen leisten kann wird betont, damit die Mechanismen der EU besser verstanden und ihre Werte gestärkt werden.

„(6)... betont, dass die Lernenden mit einer EU – Dimension im Bildungswesen nicht nur in die Lage versetzt werden sollt, sich Kenntnisse anzueignen und ein Zugehörigkeitsgefühl und Kompetenzen für die europäische Bürgerschaft heranzubilden, sondern auch dazu, sich kritisch mit der EU auseinanderzusetzen, indem unter anderem Kenntnisse über die auf der Rechtsstaatlichkeit und den Menschenrechten aufbauenden Grundwerte der EU, die Steuerungs- und Beschlussfassungsverfahren in der EU und ihren Einfluss auf den jeweiligen Mitgliedstaat und die demokratische Teilhabe des Lernenden vermittelt werden; (...)“

In der Empfehlung wird betont, dass die Voraussetzung für einen kritischen Umgang mit der EU das Aneignen von Kenntnissen über die EU sein soll, nämlich:

⁸⁸ Entschließung 2015/2138/INI, Kenntnisse über die EU, A8-0021/2016, 3.

⁸⁹ Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte, einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. (...)

- Kenntnisse von Grundwerten der EU,
- Steuerungs- und Beschlussfassungsverfahren und deren Einfluss auf die Mitgliedstaaten
- die demokratische Beteiligung durch Lernende;

„(10) erinnert daran, dass die Möglichkeiten der beruflichen und lebensbegleitenden Entwicklung von Lehrkräften und Pädagogen sowohl zu Beginn als auch während ihrer Berufsausübung sichergestellt, gestärkt und erweitert werden müssen und dass ihnen angemessene Unterstützung und Ressourcen zuteilwerden müssen, damit sie in die Lage versetzt werden, insbesondere mit Blick auf die geschichtliche und die staatsbürgerliche Bildung eine EU-Dimension in ihre Lehrtätigkeit aufzunehmen (...)“

Im Absatz 10 wird daran erinnert, dass für die Aufnahme einer EU-Dimension in geschichtlichen aber auch staatsbürgerliche Bildung angemessen unterstützt und mit entsprechenden Ressourcen versorgte werden muss.

(12) betont die Rolle der Universitäten für die Vorbereitung und die Ausbildung hochqualifizierter und motivierter Lehrkräfte und Pädagogen; fordert, dass die Maßnahmen der Mitgliedstaaten unterstützt und gefördert werden, wenn sie darauf abzielen, Möglichkeiten für die spezialisierten Qualifizierungskurse an den Universitäten einzurichten, die allen eingeschriebenen Studenten und bereits im Berufsleben stehenden Lehrkräften und Pädagogen offenstehen;

Das Europäische Parlament fordert die Mitgliedstaaten auf die Vermittlung von EU Kenntnisse spezialisierte Qualifizierungskurse an Universitäten einzurichten, die für die Ausbildung und Fortbildung von LehrerInnen zur Verfügung stehen.

*„(15) fordert, dass die auf die EU bezogene staatsbürgerliche und politische Bildung (...) gestärkt wird, damit die Lernenden (...) über **das einschlägige Wissen**, die Werte, die Fähigkeiten und die Kompetenzen verfügen können und in die Lage versetzt werden, kritisch zu reflektieren, sich eine fundierte und ausgewogene Meinung zu bilden, ihre demokratischen Rechte und Verantwortlichkeiten einschließlich des Wahlrechts wahrzunehmen (...)“*

Das Parlament fordert die Stärkung der, auf die EU bezogene, staatsbürgerliche und politische Bildung und sieht diese als Voraussetzung für eine fundierte Meinungsbildung über die EU aber auch für die Wahrnehmung ihrer demokratischen Rechte und Verantwortlichkeiten sind.

„(17) hält es für geboten, die Motivation und die Möglichkeiten von Lehrkräften und Lernenden, im Wege von unmittelbaren Erfahrungen mehr über die EU zu lernen, auszuweiten, indem Besuche der europäischen Organe, Kontakte mit EU-Beamten und Angebote für Studierende in den Organen der EU organisiert (...) wird.“

In der Empfehlung wird die Bedeutung der unmittelbaren Erfahrungen mit der EU, ihren Organen und deren Vertretern, von LehrerInnen und in Ausbildung stehenden.

„(23) fordert die Kommission auf, einen gemeinsamen Rahmen zu erstellen und Leitlinien mit konkreten Beispielen für die Vermittlung von Kenntnissen über die EU auszuarbeiten, (...).

(24) ersucht die Kommission, weitere Forschungsarbeiten zu den Fragen zu unterstützen, wie derzeit an den Schulen in Europa über die EU unterrichtet wird, inwiefern sie in Lehrplänen und Prüfungen eingeflossen ist, und ob a) Lehrkräfte und Pädagogen über ausreichenden Zugang zu einschlägigen EU-Programmen und EU-Maßnahmen für ihre berufliche Weiterentwicklung (...) verfügen (...).

(30) (...) fordert die Kommission auf, die Maßnahmen der Jean-Monnet-Module Einrichtungen der Lehrerfortbildung zugänglich zu machen und diese Einrichtungen dazu anzuregen, sie in ihre Programme einzubinden;“

In den Absätzen 23, 24 und 30 wird die Kommission aufgefordert die bestehende Forschung zum Thema auszubauen und die durch das „Erasmus+ Bildungsprogramm“⁹⁰ geförderten Maßnahmen der Jean-Monnet-Module auch für die LehrerInnenfortbildung zur Verfügung zu stellen.

„Rolle der Mitgliedstaaten

(39) regt die Mitgliedstaaten dazu an, ihre Bildungssysteme und alle Arten von auf die EU bezogenen Inhalten in den Lehrplänen aller Bildungsstufen (...) zu unterstützen, zu überprüfen und zu aktualisieren, (...)

Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert EU bezogenes Wissen in die Lehrpläne aller Bildungsstufen zu unterstützen und zu aktualisieren. Inwieweit dies in den Lehrplänen der österreichischen Sekundarstufe umgesetzt wurde, wird im Kapitel 7.2. geklärt.

⁹⁰ siehe dazu S.34 dieser Arbeit

„(40) hält die Mitgliedstaaten dazu an sämtliche Möglichkeiten, im Wege der formalen, der nichtformalen und der informellen Bildung Lernenden, Lehrkräften und anderen Pädagogen mehr Information über die EU zu vermitteln, zu fördern und die diesbezüglichen Finanzinstrumente, Programme und Initiativen der EU umfassend auszuschöpfen und zu ergänzen.“

Die Empfehlung hält die Mitgliedstaaten dazu an, Lernenden, Lehrkräften und Pädagogien mehr Information über die EU zukommen zulassen. Vorhanden Programme und Initiativen der EU zu nützen und auch zu ergänzen.

„(45) fordert die Mitgliedstaaten auf, hochwertige Ausbildungsangebote zu EU-Themen für Lehrkräfte, sonstige Pädagogen, Jugendbetreuer und Ausbilder zu fördern und bereitzustellen, (...)“

Im Kapitel 8.3. dieser Arbeit werden die Ausbildungsangebote österreichischer Universitäten auf das Vorhandensein von Lehrveranstaltungen mit EU-Bezug untersucht und geklärt ob Österreich dieser Forderung (Absatz 45) nachgekommen ist.

„(46) vertritt die Ansicht, dass die Mitgliedstaaten im Dialog und gemeinsam mit den Akteuren im Bildungswesen danach streben sollen, Ideen und Modelle bewährter Verfahren für die Integration der EU-Dimension in ihre Bildungsprogramme auszutauschen, damit beispielsweise das Wissen junger Menschen über den Prozess des Aufbaus der EU-Bürgerschaft und die EU-Organe und ihr Verständnis hierfür gestärkt und diese Menschen somit in die Lage versetzt werden, die Union als wesentlichen Bestandteil ihres Lebensumfelds, den sie gestalten können und sollen, wahrzunehmen;“⁹¹

Der Absatz 46 der Empfehlung werden Mitgliedstaaten aufgefordert gemeinsam mit Akteuren im Bildungswesen Erfahrungen mit bewährten Verfahren für die Integration der EU-Dimension untereinander auszutauschen.

Inwieweit die Lehrpläne in der Sekundärbildung 1 und 2 und die GWK LehrerInnen- und LehrerInnenfortbildung diesen gemeinschaftsrechtlichen Forderungen entspricht, wird in den folgenden Kapiteln geklärt.

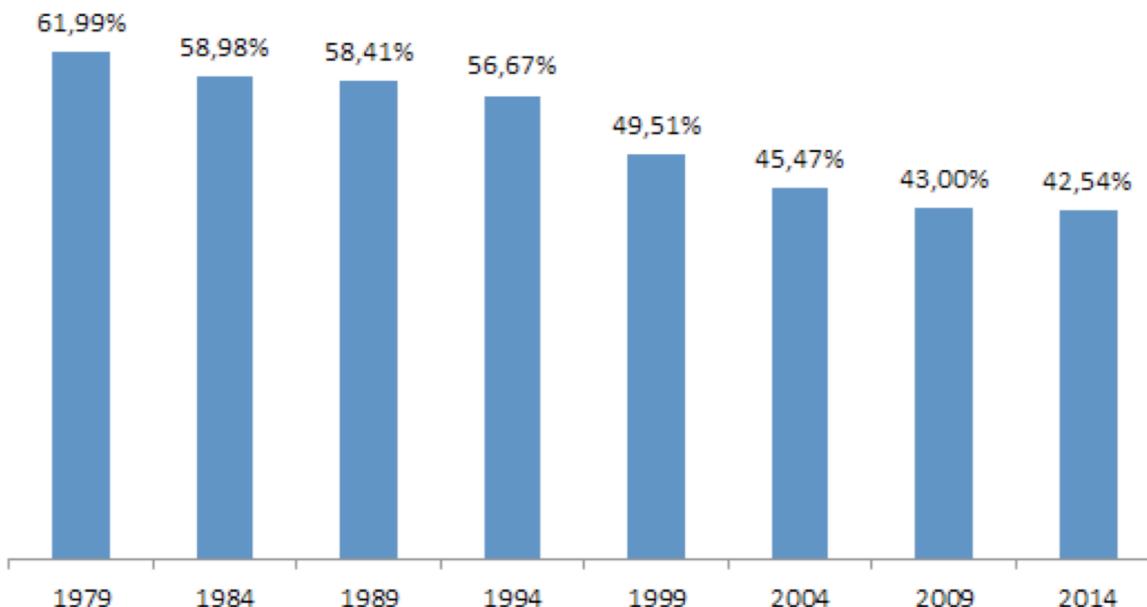
⁹¹ Entschließung 2015/2138/INI, Kenntnisse über die EU, A8-0021/2016, 3.

6. Image der EU bei Jugendlichen in der EU und in Österreich

Nachdem die rechtlichen Anforderungen oder Empfehlungen durch Europarecht aufgezeigt wurden, wird im folgenden Kapitel die Einstellung der europäischen und besonders der österreichischen Jugend zur Europäischen Union anhand der Indikatoren: Wahlverhalten, Mobilitätsbereitschaft, EU- Kenntnisse und Einstellungen über die Notwendigkeit der Wissenserweiterung untersucht.

6.1. Beteiligung bei EU-Wahlen

Abbildung 3: Änderungen der Wahlbeteiligung bei den Europawahlen (%EU)⁹²



⁹² Jacques, Nancy, Nachwahlstudie 2014. Wahl zum Europäischen Parlament 2014. Analytischer Überblick, DG-Communication, Brüssel (2014) 18.
http://www.europarl.europa.eu/pdf/eurobarometre/2014/post/post_2014_survey_analitical_overview_de.pdf

Die Beteiligung an der Wahl zum Europäischen Parlament 2014 betrug 42,54 % (2009: 43 %). Hinter diesem EU-Durchschnitt verbergen sich erhebliche Unterschiede zwischen den 28 Mitgliedstaaten, die bis zu 76,5 Prozentpunkten betragen (89,6 % Wahlbeteiligung in Belgien gegenüber 13,1 % in der Slowakei). So ist eine deutliche Zunahme der Wahlbeteiligung in sieben Ländern, eine mehr oder weniger gleichbleibende Wahlbeteiligung in sechs Ländern (u.a. Österreich) und ein deutlicher Rückgang in 15 Ländern (insbesondere in den meisten der Länder, die der EU 2004, 2007 bzw. 2013 beigetreten sind) zu verzeichnen.⁹³

Tabelle 3: Wählerprofil der EU-Parlamentswahlen 2014 in Altersstufen⁹⁴

Länder	Total	18-24 (AT:16-24)	25-39	40-54	55+
EU 28	42,54%	28%	35%	45%	51%
AT	45,39%	29%	40%	51%	50%

Im Jahr 2014 lag die Beteiligung an der Wahl zum Europäischen Parlament in der Altersgruppe der 18-bis 24-Jährige bzw. 16- bis 24-Jährige in Österreich am niedrigsten, obwohl diese Gruppe die positivste Haltung gegenüber der EU hatte. (siehe Tabelle 4)

Tabelle 4: Anteil der Personen, die 2014 im Allgemeinen der Meinung sind, dass die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU eine gute Sache ist (in unterschiedlichen Altersgruppen).⁹⁵

Länder	Total	18-24 (AT:16-24)	25-39	40-54	55+
EU 28	51%	57%	51%	51%	50%
AT	41%	43%	43%	41%	40%

Auf die Frage, ob die Mitgliedschaft des eigenen Landes in der EU eine gute Sache sei, beantworten in Österreich 2014 nur 41% mit Ja. Österreich liegt dabei unter dem EU Schnitt von 51%.

⁹³ Jacques, Nachwahlstudie 2014. Wahl zum Europäischen Parlament 2014. Analytischer Überblick, DG-Communication, Brüssel (2014) 4.

⁹⁴ Jacques, Nachwahlstudie 2014. Wahl zum Europäischen Parlament 2014. Soziodemografischer Anhang, DG-Communication, Brüssel (2014) 10.

⁹⁵ Jacques, Nachwahlstudie 2014. Soziodemografischer Anhang, DG-Communication, Brüssel (2014) 70.

Die EU wird bei jungen Europäern zwischen 18-24 (AT:16-24) am stärksten als eine gute Sache betrachtet (57%). Bei nachfolgenden Altersstufen sinkt diese positive Meinung gegenüber der EU auf 51% bzw. in der Altersgruppe 55+ auf 50%. In Österreich ist das Image der EU in den Altersstufen 16-24 und 25-39 mit 43% am höchsten, sinkt dann aber auf 40% bei der Altersstufe 55+. Beim Vergleich der Ergebnisse zwischen der EU und Österreich wird ersichtlich, dass auch der Anteil an jungen ÖsterreicherInnen, die die EU als erachtet, mit 43% ebenfalls weit unter dem EU Schnitt von 57% liegt.

Es kann somit zusammengefasst werden, dass die Wahlbeteiligung bei den letzten EU Wahlen europaweit im Durchschnitt zurückgegangen ist. Obwohl das Image der EU bei jugendlichen Europäern besser ist als bei älteren ist die Wahlbeteiligung bei Jüngeren geringer. Österreichs Jugendliche sind verglichen mit anderen europäischen Jugendlichen sowohl bei der Wahlbeteiligung als auch beim positiven Einstellung unter dem EU Durchschnitt.

6.2. Interesse und Wissensdurst von SchülerInnen innerhalb der EU an EU-Themen

Die Umfrage „European Youth in 2016“, die sich auf junge Europäer zwischen 16 und 30 Jahren konzentriert, wurde 2016 in den 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union im Auftrag des Europäischen Parlaments durchgeführt.

Eine große Mehrheit der jungen Europäer (61 %) möchte **nicht** in einem anderen EU-Land studieren, eine Ausbildung absolvieren oder arbeiten, während 32 % dies wünschen. Bei jungen ÖsterreicherInnen ist der Wunsch in einem anderen EU- Land zu studieren, sich fortzubilden oder zu arbeiten weniger häufig als im EU-Schnitt. 64% der jungen ÖsterreicherInnen haben nicht den Wunsch an einer Mobilität teilzunehmen. Nur 28% wünschen sich eine berufsbedingte oder aus- und fortbildungsbedingte Mobilität. Österreich liegt gemeinsam mit den Ländern Großbritannien (67%, 28%), Tschechische Republik (68%, 24%) und Ungarn (69%, 29%) im Schlusslicht der Mobilitätswilligkeit von EU Mitgliedsstaaten.⁹⁶

⁹⁶ Jacques, European Youth in 2016. Special Eurobarometer of the European Parliament, PE 582.005 – May (2016) 16.

14-jährige SchülerInnen wurden im Jahr 2009 in einem regionalen Modul der International Association for the Evaluation of Educational Achievement (IEA) International Civic and Citizenship Survey (ICCS) über ihre Kenntnisse, Einstellungen und Werte über die EU befragt. Die Ergebnisse der Umfrage zeigen, dass es schwierig ist, Unterschiede zwischen den Ländern in Bezug auf ihre zu identifizieren Gesamtniveau der Schülerkenntnisse in der EU festzustellen. Das Wissen über die verschiedenen Elemente der EU ist in den befragten Ländern sehr unterschiedlich. Es konnte nicht festgestellt werden, dass SchülerInnen in einem Land insgesamt bessere Kenntnisse der EU haben als Studenten in einem anderen. Vielmehr sind die Länder stark auf einige Faktoren und schwach auf andere und sind nicht einheitlich kenntnisreich oder nicht.⁹⁷

Obwohl fast alle Studenten im Alter von vierzehn Jahren wussten, ob ihr Land in der EU ist (97% aller befragten Studenten), war das Wissen über „wer die Abgeordneten des Europäischen Parlaments wählt“ nur bei durchschnittlich 35% der Jugendlichen. Große Unterschiede bei den Ergebnissen der unterschiedlichen ICCS Staaten gab es bei der Frage, wie viele Mitgliedstaaten die EU hat. Der europäische Durchschnitt für die richtige Antwort belief sich auf 57% und variierte in den unterschiedlichen Ländern zwischen 35% (England) und 75% (Slowakei).⁹⁸

Die ICCS Studie (2009) kommt zu dem Schluss, dass die Mehrheit der Studierenden in den 24 befragten EU Mitgliedstaaten Kenntnisse über grundlegenden Fakten der EU, dem Euro und der Eurozone haben. Jedoch gab es erhebliche Unterschiede im Wissensstand der Studierende über detaillierte Information über die EU, die EU-Gesetze und die EU Politik. Die Notwendigkeit die Ausbildung der Unterrichtenden aber auch den Unterricht über die EU zu verbessern wird in der Studie festgehalten.

„There is still, therefore, a need to improve, within the context of civic and citizenship education, teaching about the EU.“⁹⁹

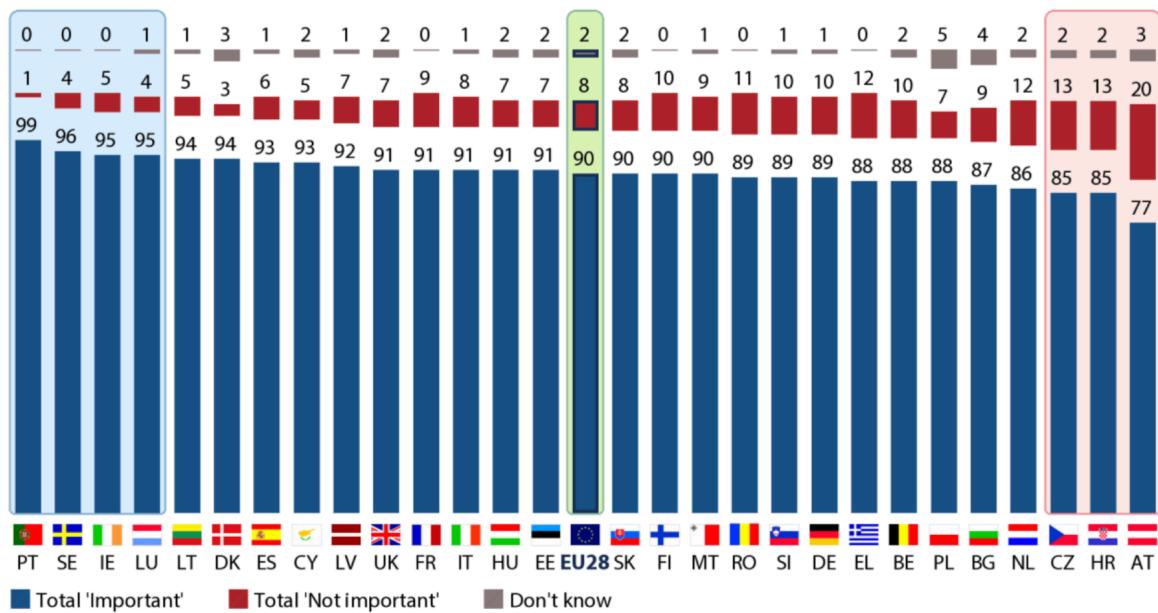
Der geringere Anteil an positiver Einstellung zur EU von österreichischen Jugendlichen im Vergleich mit den anderen EU- Mitgliedern wird auch in der folgenden Abbildung 4 ersichtlich:

⁹⁷ Dunne, Learning Europe at School (2013) 14.

⁹⁸ IEA (2010) ICCS 2009 European Report Civic knowledge, attitudes, and engagement among lower-secondary students in 24 European countries (2009) 52.

⁹⁹ IEA (2010) ICCS 2009 European Report Civic knowledge, attitudes, and engagement among lower-secondary students in 24 European countries , S.146

Abbildung 4: Wie wichtig oder unwichtig ist es Ihrer Meinung nach, junge Europäer über die EU und die Funktionsweise ihrer Institutionen zu unterrichten?(%)¹⁰⁰



Im Durchschnitt gaben 90% der Befragten an, dass es für junge Europäer wichtig ist, etwas über die EU und die Funktionsweise ihrer Institutionen zu erfahren. Österreich liegt bei diesem Wert weit unter dem EU-Schnitt. Nur 77% der Befragten jungen gaben an, dass sie den Unterricht über die EU und ihre Institutionen als wichtig empfinden. Hinter der Tschechischen Republik und Ungarn, die mit jeweils 85% einen erheblich besseren Wert darstellen, nimmt Österreich das Schlusslicht ein.

Bei einer im Schuljahr 2009/2010 von Jugendlichen an Handelsschulen und an Handelsakademien durchgeföhrten Studie in der Steiermark kamen Tafner und Sorko zu dem Schluss, dass 60% der SchülerInnen mehr über die EU erfahren wollen. Er stellt einen Zusammenhang zwischen dem Interesse für die EU und die Einschätzung über den eigenen Wissenstand der EU her. Jedoch ist auch bei bereits EU-Interessierten ein Bedarf an Wissenserweiterung gegeben.

„Wer mehr über die EU gelernt hat, ist auch stärker an der EU interessiert und umgekehrt.“¹⁰¹

Tafner kommt zu dem Schluss, dass die Nachfrage der SchülerInnen nach der Vermittlung der EU im Unterricht größer ist als das schulische Angebot.

¹⁰⁰ Jacques, European Youth in 2016. Special Eurobarometer of the European Parliament, PE 582.005 – May (2016) 21.

¹⁰¹ Tafner/ Sorko, Europäpadagogik. Empirische und theoretische Grundlagen (2010) 11.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Mobilitätswilligkeit von Jugendlichen in Europa niedrig ist und Österreich wie auch zuvor unter dem EU – Durchschnitt liegt. Außerdem gibt es erhebliche Wissensunterschiede über die EU bei europäischen Jugendlichen von 14 Jahren. Die österreichischen Jugendlichen sehen im EU-Durchschnitt die geringste Notwendigkeit sich in der Schule über die EU und ihre Funktionsweise Kenntnisse anzueignen. Bei einer differenzierteren Betrachtungsweise und Einschränkung der Gruppe auf Schüler der Sekundarstufe 2 wird ersichtlich, dass das Bedürfnis nach Wissenserweiterung zu EU-Themen gewünscht wird.

In allen untersuchten Indikatoren zum Image der EU (Wahlbeteiligung, Einstellung, Mobilitätbereitschaft und Notwendigkeit der Kenntnisserweiterung) liegen Jugendlichen in Österreich unter dem EU-Durchschnitt. Entsprechend der Schlussfolgerung von Tafner und Sorko: „*Je mehr über die EU gelernt wird, umso stärker ist das EU Interesse und umgekehrt*“, können LehrerInnen sowie LehrerInnenaus- und LehrerInnenfortbildungsinstitutionen einen Beitrag zur Verbesserung der Situation leisten:

„*LehrerInnen sowie LehrerInnenausbildungs- und LehrerInnenfortbildungs-institutionen sind gefordert, einen Unterricht zu ermöglichen, der die EU nicht nur kognitiv, sondern auch handlungsorientiert, affektiv und sozial vermittelt.*“¹⁰²

¹⁰² Tafner/ Sorko, Europapädagogik. Empirische und theoretische Grundlagen (2010) 11.

7. EU-Themen und Schule

Die Definition der europäischen Dimension in der Bildung ist - wie bereits in der Arbeit erwähnt - äußerst komplex und besteht sicherlich aus viel mehr als aus dem Verständnis und den Kenntnissen über die EU. Trotzdem setzt diese Arbeit ihren Fokus auf das Kernwissen der EU. Die affektive Dimension (siehe dazu Kapitel 2.1.) der europäischen Zugehörigkeit wird hier nur nebenbei erwähnt.

Bevor die LehrerInnenausbildung und - fortbildung für das Unterrichtsfach Geografie und Wirtschaftskunde der Sekundarstufe zum Thema EU untersucht werden kann, müssen die Anforderungen durch Schulgesetze und Lehrpläne (Verordnungen) geklärt werden.

7.1. EU und Schulgesetze

In der Studie „Learning Europe at School“ (2012) wurde untersucht, inwieweit das Verständnis aber auch die Zugehörigkeit an die EU in die Pflichtschulbildung der Mitgliedstaaten eingebettet ist. Die Existenz von Verweisen auf die Europäische Union im nationalen Bildungsrecht wurde analysiert. Laut dieser Studie verweisen 13 (AT, BE, FR, BG, CY, CZ, DE, DK, EE, FR, IT, LT, SI, SK) Mitgliedstaaten auf die Europäische Union in ihrer Bildungsgesetzgebung.

Die Studie hält auch fest, dass für viele Mitgliedstaaten die Bildungsgesetzgebung nicht der geeignete Rahmen für die Bekräftigung der europäischen Dimension in der allgemeinen und beruflichen Bildung ist. Ein hohes Engagement für das Thema bei den Gesetzgebern wird jedoch als positive Nachricht an die Verantwortlichen für die Entwicklung von Lehrplänen und Teilnahme an EU-Bildungsprogrammen gesehen.

In den meisten Mitgliedstaaten wird in den Abschnitten „Grundsätze bzw. Hauptziele der Bildung“ auf die europäische Dimension verwiesen. In einigen Ländern wird die EU im Zusammenhang mit durch die Bildung entstehende Werte gebracht.

In den meisten Ländern wird im Rahmen der Bildungsziele ein Bezug zur EU hergestellt. Die Entwicklung von politischen Kompetenzen und Beteiligung der BürgerInnen an der EU wird hier als Bildungsziel angeführt. Das österreichische Schulorganisationsgesetz besagt, dass junge Menschen durch Bildung befähigt

werden sollen, am wirtschaftlichen und kulturellen Leben in Europa teilzunehmen. Siehe dazu §2 Aufgaben der österreichischen Schule des Schulorganisationsgesetzes vom 7.4.2018:¹⁰³

Österreichisches Schulorganisationsgesetz, Fassung 7.4.2018

„I. Hauptteil

§1. Geltungsbereich (...)

§2. Aufgabe der österreichischen Schule

(1) Die österreichische Schule hat die Aufgabe, an der Entwicklung der Anlagen der Jugend nach den sittlichen, religiösen und sozialen Werten sowie nach den Werten des Wahren, Guten und Schönen durch einen ihrer Entwicklungsstufe und ihrem Bildungsweg entsprechenden Unterricht mitzuwirken. Sie hat die Jugend mit dem für das Leben und den künftigen Beruf erforderlichen Wissen und Können auszustatten und zum selbsttätigen Bildungserwerb zu erziehen.

*Die jungen Menschen sollen zu gesunden und gesundheitsbewussten, arbeitstüchtigen, pflichttreuen und verantwortungsbewussten Gliedern der Gesellschaft und Bürgern der demokratischen und bundesstaatlichen Republik Österreich herangebildet werden. Sie sollen zu selbstständigem Urteil, sozialem Verständnis und sportlich aktiver Lebensweise geführt, **dem politischen und weltanschaulichen Denken anderer aufgeschlossen sein sowie befähigt werden, am Wirtschafts- und Kulturleben Österreichs, Europas und der Welt Anteil zu nehmen und in Freiheits- und Friedensliebe an den gemeinsamen Aufgaben der Menschheit mitzuwirken.** (...)"¹⁰⁴*

7.2. EU-Themen in den Lehrplänen

7.2.1. Allgemein und im EU-Vergleich

Die Studie, die im Rahmen des Berichts „Learning Europe for School“ durchgeführt wurde, fasst zusammen, dass die Bedingungen für den Unterricht über die EU innerhalb des Lehrplans in den Mitgliedstaaten festgelegt werden. Es wird festgehalten, dass die Kenntnis der Funktionsweise der EU-Organe und der Entscheidungsprozesse, die der Bürgerbeteiligung zugrunde liegen, im Vergleich mit anderen EU-Wissensbereichen vernachlässigt werden. Im Rahmen der Studie

¹⁰³ Dunne, Learning Europe at School (2013) 23-24.

¹⁰⁴ Bundesgesetz vom 25. Juli 1962 über die Schulorganisation (Schulorganisationsgesetz). StF: BGBl. Nr. 242/1962 , idF vom 7.4.2018

wurden die Lehrpläne unterschiedlicher Unterrichtsfächer der Mitgliedstaaten auf das Vorhandensein eines EU Bezugs untersucht. Folgende Unterrichtsfächer wurden als Hauptfächer für die Vermittlung der unterschiedlichen EU-Wissensbereiche definiert: „Geographie, Geschichte, Sozialkunde, Wirtschaft und Politik“. Die EU-Themen sind typischerweise in bestimmte Fächer des Lehrplans eingebettet.¹⁰⁵ Außerdem wird in der Studie festgehalten, welches Wissen, welche Kenntnisse SchülerInnen in den unterschiedlichen Bildungsstufen bezüglich der EU haben sollten:

Sekundarstufe 1

Die SchülerInnen sollen die Geschichte der europäischen Integration kennenlernen, über ihre Rechte und Verantwortung als Unionsbürger informiert werden.

Sekundarstufe 2

Im Allgemeinen wird das EU-Lernen wesentlich fakultativer. In den meisten Fällen werden EU-Themen der Sekundarstufe 1 erneut abgedeckt. Es gibt jedoch einen stärkeren Fokus auf die unterschiedlichen EU-Politiken. Die SchülerInnen lernen die Rolle der EU innerhalb anderer internationalen Organisationen und die Bedeutung der EU in internationalen Beziehungen.¹⁰⁶

EU -Themen im Unterrichtsfach Geographie im EU Vergleich

Humangeographische Aspekte der EU sind in den Lehrplänen der meisten Mitgliedstaaten enthalten, aber häufig sind sie sekundär zu den geographischen Merkmalen der EU. Nach einer Analyse der Geographie-Lehrpläne von Mitgliedstaaten der Europäischen Union, durchgeführt im Rahmen des Berichts „Learning Europe a School“ (2013), wird die Entwicklung staatsbürgerlicher Kompetenzen einschließlich europäischer Identität und die europäische Staatsbürgerschaft nur in Slowenien und Irland im Lehrplan angeführt.

Ebenso wird im Rahmen der Studie festgestellt, dass eine Minderheit von Mitgliedstaaten die Frage der regionalen Unterschiede der EU im Geographiecurriculum erwähnt. SchülerInnen sollen den Unterschied zwischen den

¹⁰⁵ Dunne, Learning Europe at School (2013) 26-28.

¹⁰⁶ Dunne, Learning Europe at School (2013) 28.

EU-Regionen untersuchen und die Unterschiede und Ähnlichkeiten in sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht erfassen. Franzosen, Tschechen und Litauer identifizieren in ihren Lehrplänen außerdem mögliche Lösungen für die Probleme.

„Regional differences in the EU in the Geography Curriculum of Lithuania and France

Lithuania ISCED2:

Special attention is dedicated to comparative analysis of EU regions to identify various social and economic issues and possible solutions.

France ISCED2:

The curriculum includes the analysis of the EU Member States and the differences between European regions in order for students to be familiar with the main disparities within the EU area and the means to address these. The aim of this part of the curriculum is to equip pupils with appropriate knowledge of the country in which they live and of the wider context in which it takes place.“

Häufig wird in den Mitgliedstaaten auch auf die politischen und wirtschaftlichen Merkmale der EU verwiesen. Zum Beispiel konzentrieren sich die Themen in Dänemark auf die Wirtschaftspolitik der EU und die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten. In Litauen wird von den SchülerInnen erwartet, dass sie unterschiedliche Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit (Handel, Großkonzerne, Freihandelszonen, Binnenmarkt usw.) kennen. Verweise auf andere EU-Politikfelder wie zum Beispiel Umweltfragen (wie in Portugal, Slowenien und Malta) und Agrarpolitik (Malta und Slowenien) sind nur in einer Minderheit von Ländern in den Geographie Lehrplänen zu finden.

Die Studie Learning Europe at School (2013) fasst folgende Ergebnisse zusammen: Die Dimension der Humangeographie ist während der primären Schulstufe auf die Regionalgeographie Europas beschränkt. Erst in der Sekundarstufe 1 werden im Rahmen der Humangeographie soziale und wirtschaftliche Bereiche der EU erwähnt. Detaillierte Informationen zu den unterschiedlichen angeführten EU-Themen finden in den Lehrplänen erst in der Sekundarstufe 2 Verwendung.

Die ausdrückliche Erwähnung der Unionsbürgerschaft in den Lehrplänen der Mitgliedstaaten ist eher selten.¹⁰⁷

„All these elements building a picture of potential learning about EU citizenship in geography.“¹⁰⁸

7.2.2. EU-Themen in den österreichischen Lehrplänen für die Sekundarstufe Allgemein

In der Verordnung des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst vom 14. November 1984 über die Lehrpläne der allgemeinbildenden höheren Schulen kam es in der neuen Fassung vom 7.4.2018 im Vergleich zur Fassung vom 29.10.2017 zu folgender Veränderung:

„Lehrplan der allgemeinbildenden höheren Schule – Fassung vom 29.10.2017

Anlage A

Erster Teil

Allgemeine Bildungsziele

3. Leitvorstellungen

Der Bildungs- und Erziehungsprozess erfolgt vor dem Hintergrund rascher gesellschaftlicher Veränderungen insbesondere in den Bereichen Kultur, Wissenschaft, Wirtschaft, Technik, Umwelt und Recht. Der europäische Integrationsprozess ist im Gange, die Internationalisierung der Wirtschaft schreitet voran, zunehmend stellen sich Fragen der interkulturellen Begegnung und Herausforderungen im Bereich Chancengleichheit und Gleichstellung der Geschlechter. In diesem Zusammenhang kommt der Auseinandersetzung mit der regionalen, österreichischen und europäischen Identität unter dem Aspekt der Weltoffenheit besondere Bedeutung zu.“¹⁰⁹

„Lehrplan der allgemeinbildenden höheren Schule – Fassung vom 7.4.2018

Anlage A

Erster Teil

Allgemeine Bildungsziele

3. Leitvorstellung

Der Bildungs- und Erziehungsprozess erfolgt vor dem Hintergrund rascher gesellschaftlicher Veränderungen insbesondere in den Bereichen Kultur,

¹⁰⁷ Dunne, Learning Europe at School (2013) 30f.

¹⁰⁸ Dunne, Learning Europe at School (2013) 31.

¹⁰⁹ Verordnung des Bundesministers für Unterricht und Kunst vom 14. November 1984 über die Lehrpläne der allgemeinbildenden höheren Schulen; Bekanntmachung der Lehrpläne für den Religionsunterricht an diesen Schulen, BGBl 1985/88 idF vom 29.10.2017

Wissenschaft, Demografie, Wirtschaft, Technik, Umwelt und Recht. Im Zusammenhang mit der Globalisierung der Wirtschaft, vielfältigen Krisenerscheinungen und Konfliktregionen sowie damit einhergehenden Migrationsbewegungen stellen sich verstärkt Herausforderungen im Bereich sozialer Zusammenhalt, Verteilungsgerechtigkeit, interkulturelle Begegnungen und Geschlechtergleichstellung. In diesem Zusammenhang kommt der Auseinandersetzung mit der regionalen, österreichischen und europäischen Identität unter dem Aspekt der Weltoffenheit besondere Bedeutung zu.“¹¹⁰

In der neuen Fassung wurde:

„Der europäische Integrationsprozess ist im Gange, die Internationalisierung der Wirtschaft schreitet voran, zunehmend stellen sich Fragen der interkulturellen Begegnung und Herausforderungen im Bereich Chancengleichheit und Gleichstellung der Geschlechter.“

durch:

„Im Zusammenhang mit der Globalisierung der Wirtschaft, vielfältigen Krisenerscheinungen und Konfliktregionen sowie damit einhergehenden Migrationsbewegungen stellen sich verstärkt Herausforderungen im Bereich sozialer Zusammenhalt, Verteilungsgerechtigkeit, interkulturelle Begegnungen und Geschlechtergleichstellung.“

„Europäische Integrationsprozess und Internationalisierung der Wirtschaft“ wurde durch „Globalisierung der Wirtschaft, vielfältige Krisenerscheinungen und Konfliktregionen“ ersetzt. Der Begriff des „Europäischen Integrationsprozesses“ wurde also aus den Leitvorstellungen des Lehrplans gestrichen. Die Auseinandersetzung mit einer **europäischen Identität** unter dem Aspekt der Weltoffenheit kommt jedoch in beiden Fassungen Bedeutung zu.

7.2.3. EU-Themen in den Lehrplänen des Unterrichtsfachs Geographie und WK

Politisch relevante Fragestellungen haben in der Entwicklung der Lehrpläne für das Fach Geographie und WK in den letzten Jahren zugenommen. Eine Analyse der aktuellen Lehrpläne durch Germ¹¹¹ zeigt ein enormes Potenzial an politikwissenschaftlichen Kategorien und Forschungsinhalten im kritisch-

¹¹⁰ Verordnung des Bundesministers für Unterricht und Kunst vom 14. November 1984 BGBl 1985/88 idF vom 7.4.2018

¹¹¹ Germ, Politische Bildung (2009) 113.

emanzipatorischen Geographieunterricht. Kategorien sind beispielsweise: Macht, Staat, politische Systeme und Europa/EU. Anhand dieser kann der enorme Bedeutungsinhalt politikwissenschaftlicher Fragestellungen im Rahmen des Fachs GWK aufgezeigt werden. In Anlehnung an Germ wird im folgenden Kapitel der aktuelle Lehrplan der AHS für GWK auf das Vorhandensein von den Begriffen „Europa“ und „EU“ analysiert. In manchen Fällen kann ein Bezug zum Kernwissen der EU hergestellt werden.

7.2.3.1. EU-Themen in den Geographie und WK Lehrplänen der AHS Unterstufe und der „Neuen Mittelschule“

In den Lehrplänen der einzelnen Unterrichtsgegenstände sind die „Bildungs- und Lehraufgaben“ festgelegt, welche sich sowohl auf den Kern- als auch auf den Erweiterungsbereich beziehen. Außerdem werden Bezüge zum allgemeinen Bildungsziel und insbesondere Beiträge zu den Bildungsbereichen angeführt. Im Abschnitt „Didaktische Grundsätze“ werden Anleitungen zur Gestaltung des Unterrichts gegeben und im Abschnitt „Lehrstoff“ werden die zu erreichenden Ziele bzw. Inhalte für den Kernbereich festgelegt.¹¹²

Im Lehrplan AHS Unterstufe/ Neue Mittelschule für Geographie und Wirtschaftskunde (Fassung 7.4. 2018) wird folgende Leitvorstellung formuliert:

Leitvorstellungen:

*„Der Bildungs- und Erziehungsprozess erfolgt vor dem Hintergrund rascher gesellschaftlicher Veränderungen insbesondere in den Bereichen Kultur, Wissenschaft, Wirtschaft, Technik, Umwelt und Recht. Der partizipative Prozess in einem gemeinsamen **Europa**, in einer global vernetzten Gesellschaft mit internationalen Märkten führt zu Fragen der interkulturellen Begegnung und Herausforderungen im Bereich Chancengleichheit und Gleichstellung der Geschlechter.“*

¹¹² Lehrpläne – Neue Mittelschulen BGBl. II Nr. 185/2012 zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 113/2016

Der Bildungs- und Erziehungsprozess erfolgt demnach auf dem Hintergrund eines partizipativen Prozesses in einem gemeinsamen Europa, in einer globalvernetzten Gesellschaft.

Für die Gestaltung des Unterrichts werden im Lehrplan folgende didaktische Grundsätze festgelegt:

In der 3. und 4. Klasse sollen grundlegende Kenntnisse und Einsichten über Österreich und Europa sowie Verständnis für weltweite Fragestellungen vermittelt werden.

In der 3. Klasse liegt der Schwerpunkt auf Österreich. Neben einer soliden topographischen Orientierung ist eine Übersicht über demographische, soziale, politische und ökonomische Strukturen und Entwicklungstendenzen zu vermitteln und die Stellung Österreichs innerhalb Europas darzustellen. Nationale, europäische und globale Fragestellungen sind innerhalb des Problemkreises regionaler Disparitäten zu berücksichtigen.

In folgenden Bereichen des Lehrstoffs für die AHS Unterstufe / Neue Mittelschule konnte eine Europa- bzw. ein EU-Bezug festgestellt werden:

„1. und 2. Klasse:

Darstellung menschlichen Lebens und Wirtschaftens; Aufzeigen von Gleichartigkeiten und Unterschieden. Grundlegende Einsichten, dass Gesellschaft und Wirtschaft räumlich strukturiert sind. Beispiele aus Österreich und Europa sollen in der 1. und 2. Klasse vertreten sein, jeder außereuropäische Erdteil wenigstens einmal in einer der beiden Klassen.

3. und 4. Klasse:

Vertiefende Kenntnisse und Einsichten über menschliches Leben und Wirtschaften in Österreich, Europa und auf der Erde. (...) Aufbau der Bereitschaft, sich aktuellen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fragen zuzuwenden.

3. Klasse:

Einblicke in die Arbeitswelt:

Erfassen subjektiver und gesamtwirtschaftlicher Probleme der Arbeitslosigkeit sowie nationaler und europäischer Lösungsansätze.

Wirtschaften im privaten Haushalt:

Erarbeiten der Vorteile und Herausforderungen einer gemeinsamen europäischen Währung für die Verbraucherinnen und Verbraucher.

Vertiefende Kenntnisse und Einsichten über menschliches Leben und Wirtschaften in Österreich, Europa und auf der Erde.

Volkswirtschaftliche Zusammenhänge: Österreich – Europa:

Erfassen grundlegender Zusammenhänge der Marktprozesse.

*Erkennen der Aussagekraft wichtiger Kennzahlen zum Vergleich von Volkswirtschaften.
An aktuellen Beispielen erkennen, wie die öffentliche Hand die Wirtschaft beeinflusst und durch strukturpolitische Maßnahmen in Zusammenarbeit mit der **Europäischen Union** Regionalförderung betreibt.
Erkennen der weltweiten Verflechtung der österreichischen Wirtschaft und ihrer Stellung in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion.*

4. Klasse:

Gemeinsames Europa – vielfältiges Europa:

*Die **Vielfalt Europas** – Landschaft, Kultur, Bevölkerung und Wirtschaft – erfassen.
Informationen über ausgewählte Regionen und Staaten gezielt sammeln und strukturiert auswerten.
Erkennen, dass manche Gegenwarts- und Zukunftsprobleme nur überregional zu lösen sind, um damit die Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit gesamteuropäischen Fragen zu fördern.“¹¹³*

Der Schwerpunkt für die Vermittlung von Inhalten mit EU-Bezug liegt in der 4.Klasse. Ein Europa-Bezug kann in der 3.Klasse festgestellt werden. Die Europäische Union wird namentlich nur im Lehrstoff der 3.Klasse im Zusammenhang mit Regionalförderung erwähnt. Der Lehrstoff der Sekundarstufe 1 für das Unterrichtsfach GWK vermeidet die Verwendung des Begriffs „Europäische Union“ und stellt nur durch folgende Formulierungen einen Bezug zu Grundkenntnissen und Basiswissen über die EU her:

*„Vertiefende Kenntnisse und Einsichten über menschliches Leben und Wirtschaften in Österreich, **Europa** und auf der Erde.(...) Erkennen, dass manche Gegenwarts- und Zukunftsprobleme nur überregional zu lösen sind, um damit die Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit gesamteuropäischen Fragen zu fördern.“¹¹⁴*

7.2.3.2. EU-Themen in den Geographie und WK Lehrplänen der AHS- Oberstufe

In der Fassung vom 7.4.2018 von der Verordnung des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst vom 14. November 1984 über die Lehrpläne der allgemeinbildenden höheren Schulen wird der Bildungs- und Lehrauftrag des Unterrichtsfachs Geographie und Wirtschaftskunde¹¹⁵ wie folgend festgelegt:

¹¹³ Verordnung des Bundesministers für Unterricht und Kunst vom 14. November 1984 BGBI. 1985/88 idF vom 7.4.2018

¹¹⁴ Verordnung des Bundesministers für Unterricht und Kunst vom 14. November 1984 BGBI. 1985/88 idF vom 7.4.2018

¹¹⁵ Verordnung des Bundesministers für Unterricht und Kunst vom 14. November 1984 BGBI 1985/88 idF vom 29.10.2017

Bildungs- und Lehraufgabe:

*„Der Geographie- und Wirtschaftskundeunterricht soll Motive und Auswirkungen, Regelmäßigkeiten und Probleme menschlichen Handelns in den eng miteinander verflochtenen Aktionsbereichen „Raum, Gesellschaft und Wirtschaft“ sichtbar und unter dem Gesichtspunkt der **Politischen Bildung** verständlich machen. Der Fachunterricht soll sich verstärkt folgenden Werten verpflichtet fühlen: einer menschenwürdigen Gesellschaft, einer intakten Umwelt und nachhaltigen Wirtschaft.“*

Die Bedeutung der Politischen Bildung für das Unterrichtsfach GWK, nicht nur im Rahmen des fächerübergreifenden Unterrichtsprinzips, wird hier im Gesetzestext deutlich gemacht. Der Lehrplan beinhaltet drei methodische Kompetenzen: Methoden-, Orientierungs- und Synthesekompetenz sowie drei fachspezifische Kompetenzen: Umwelt-, Gesellschafts- und Wirtschaftskompetenz.

Unter **Gesellschaftskompetenz** wird die Fähigkeit der SchülerInnen, Massenmedien und die Verbreitung von politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Informationen über Österreich, Europa und die Welt kritisch zu beurteilen, verstanden. Innerhalb dieser Kompetenz soll die persönliche Rolle als Konsumentin und die volkswirtschaftliche Bedeutung des Konsumverhaltens erkannt und kritisch durchleuchtet werden. In der Verordnung wird aber auch die Motivation zur persönlichen Auseinandersetzung mit lokalen, regionalen und globalen Fragestellungen als Ziel formuliert. Die SchülerInnen sollen Qualifikationen erwerben, um an der Entwicklung des „Neuen Europas“ aktiv mitzuwirken.

Durch die Aneignung einer **Wirtschaftskompetenz** sollen SchülerInnen ein Verständnis grundlegender Zusammenhänge in betriebs-, volks- und weltwirtschaftlichen Bereichen sowie Kenntnisse über gesamtwirtschaftliche Gesetzmäßigkeiten, Strukturen und Problemen aneignen. Die Wirtschaftspolitik soll als wesentlicher Bestandteil der Politik erkannt werden, um ihre Modelle und deren Umsetzung in unterschiedlichen Systemen einschätzen zu können.

Tabelle 5: Vergleich des aktuellen Lehrplans für GWK AHS Oberstufe mit dem Lehrplan der NOST

Aktuelle Lehrplan	Neue Oberstufe (ab 2012?)
<p>5. u. 6.Klasse</p> <p><u>„Vielfalt und Einheit - Das neue Europa</u></p> <p>-Raumbegriff und Strukturierung Europas</p> <p>-unterschiedliche Gliederungskonzepte Europas nach naturräumlichen, kulturellen, politischen und ökonomischen Merkmalen begreifen;</p> <p>-die wichtigsten räumlichen und ökonomischen Auswirkungen des Integrationsprozesses der Europäischen Union kennen</p> <p>-Erfassen des Europa-Begriffes</p>	<p>6.Klasse, 3.Semester – Kompetenzmodul 3</p> <p><u>Vielfalt und Einheit – Das neue Europa</u></p> <p>„Raumbegriff und Struktur Europas diskutieren</p> <p>-Gliederung Europas nach naturräumlichen, gesellschaftlichen und ökonomischen Merkmalen vergleichen</p> <p>-Heterogene räumliche und ökonomische Auswirkung des Integrationsprozesses der Europäischen Union</p> <p>-Europa-Konzepte kritisch reflektieren</p>
<p><u>Konvergenzen und Divergenzen europäischer Gesellschaften</u></p> <p>-die europäische Dimension für die Gesellschaftsentwicklung erfassen und die Chancen für die eigene Lebens- und Berufsplanung erkennen</p> <p>- Erkennen, dass sich Europa zum Einwanderungskontinent entwickelt hat</p>	<p><u>Konvergenz und Divergenz europäischer Gesellschaften</u> erörtern</p> <p>-Gesellschaftliche und politische Entwicklung im europäischen Kontext erläutern und deren Bedeutung für das eigene Leben hinterfragen</p> <p>-Chancen der europäischen Bildungs- und Arbeitsmärkte für die eigene Lebens- und Berufsplanung erkennen</p> <p>-Migrationen in und nach Europa erörtern</p>
<p><u>Wettbewerbspolitik und Regionalpolitik</u></p> <p>-Einsichten in die Maßnahmen und Auswirkungen der Verkehrs- und Wirtschaftspolitik der Europäischen Union gewinnen.</p> <p>-Deren Träger, Instrumente und Funktionsweise kennen lernen und kritisch bewerten</p> <p>-regionale Disparitäten an ausgewählten Staaten und überstaatlichen Gebilden erkennen und analysieren, sowie die Bedeutung der Regionalpolitik für den Abbau derselben</p> <p><u>Regionale Entwicklungspfade im Vergleich</u></p> <p>- anhand ausgewählter Beispiele die Veränderungen in Raum, Wirtschaft und</p>	<p>4.Semester – Kompetenzmodul 4</p> <p><u>Vielfalt und Einheit – Das neue Europa</u></p> <p><u>Wettbewerbspolitik und Regionalpolitik bewerten</u></p> <p>-Maßnahmen und Auswirkungen des europäischen Binnenmarktes erörtern</p> <p>-Träger, Instrumente, Funktionsweisen und Ziele der Wettbewerbs- und Regionalpolitik erkennen und kritisch bewerten¹¹⁶</p> <p>-Räumliche Disparitäten theoretisch begründen und anhand ausgewählter Beispiele veranschaulichen</p> <p><u>Regionale Entwicklungspfade vergleichen</u></p> <p>-Anhand ausgewählter Beispiele die Veränderungen in Raum, Wirtschaft und</p>

¹¹⁶ Verordnung des Bundesministers für Unterricht und Kunst vom 14. November 1984 BGBI. Nr. 1985/88 idF vom 7.4.2018

<p>Gesellschaft nach einem Beitritt zur Europäischen Union aufzeigen</p> <p>- Erfassen der Bedeutung grenzüberschreitender Zusammenarbeit für die Raumentwicklung</p>	<p>Gesellschaft durch Beitritt und Mitgliedschaft in der Europäischen Union erörtern</p> <p>-Die Bedeutung grenzüberschreitender Zusammenarbeit für die Raumentwicklung erfassen (National)Staatlichkeit und Bildung neuer europäischer Regionen hinsichtlich ihrer Zukunftsfähigkeit reflektieren</p>
<p>7.Klasse:</p> <p>Österreich-Raum- Gesellschaft – Wirtschaft</p> <p><u>Veränderungen der geopolitischen Lage Österreichs</u></p> <p>(...)</p> <p>- Möglichkeiten für grenzüberschreitende Regionalentwicklung unter dem Einfluss der europäischen Integration erkennen</p> <p><u>Wirtschaftsstandort Österreich</u></p> <p>- außenwirtschaftliche Verknüpfungen im Zuge der EU-Mitgliedschaft bzw. des Globalisierungsprozesses erkennen und analysieren.¹¹⁷</p>	<p>7.Klasse, 5. Semester – Kompetenzmodul 5</p> <p>Österreich- Raum – Gesellschaft – Wirtschaft</p> <p><u>Veränderungen der geopolitischen Lage Österreichs erläutern</u></p> <p>(...)</p> <p>- Möglichkeiten grenzüberschreitender Regionalentwicklung unter dem Einfluss der europäischen Integration darstellen</p> <p><u>Wirtschaftsstandort Österreich beurteilen</u></p> <p>-Auswirkungen regionaler Disparitäten auf das Alltagsleben und die Wirtschaft erläutern</p> <p>-Außenwirtschaft Österreichs in Zusammenhang mit europäischen und globalen Entwicklungen erörtern“</p>

Auch hier wurde der aktuelle Lehrplan für GWK auf das Vorhandensein von den Begriffen „Europa“ und „Europäische Union“ untersucht. In vielen Schulen werden sowohl der Stoff der 5.Klasse (einstündig) mit dem Stoff der 6.Klasse (zweistündig) in der 6.Klasse innerhalb eines dreistündigen Unterrichts zusammengefasst. Die Analyse hat gezeigt, dass der Themenkomplex EU einen großen Teil des Lehrplans der 6.Klasse einnimmt. Grundkenntnisse über die EU können mit folgenden Komponenten des Lehrstoffs der 5. und 6. Schulstufe in Verbindung gebracht werden:

- „*die wichtigsten räumlichen und ökonomischen Auswirkungen des Integrationsprozesses der Europäischen Union kennen*“
- „*die europäische Dimension für die Gesellschaftsentwicklung erfassen und die Chancen für die eigene Lebens- und Berufsplanung erkennen*“
- „*Einsichten in die Maßnahmen und Auswirkungen der Verkehrs- und Wirtschaftspolitik der Europäischen Union gewinnen*“
- „*Deren Träger, Instrumente und Funktionsweise kennen lernen und kritisch bewerten*“ (Polity)

¹¹⁷ Verordnung des Bundesministers für Unterricht und Kunst vom 14. November 1984 BGBI 1985/88 idF vom 29.10.2017

- „anhand ausgewählter Beispiele die Veränderungen in Raum, Wirtschaft und Gesellschaft nach einem Beitritt zur **Europäischen Union** aufzeigen“

Aber auch der Lehrstoff der 7. Klasse stellt einen Bezug zum EU-Wissen her:

- „Möglichkeiten für grenzüberschreitende Regionalentwicklung unter dem Einfluss der **europäischen Integration** erkennen“
- „außenwirtschaftliche Verknüpfungen im Zuge der **EU-Mitgliedschaft** bzw. des Globalisierungsprozesses erkennen und analysieren.“¹¹⁸

Aus dem politikwissenschaftlichen Forschungsfeld der **Policy**¹¹⁹ (Sachpolitik, politische Prozesse) werden folgende Policy-Bereiche im Lehrplan genannt: Raumordnungs-, Verkehrs-, Sozialpolitik, Welt- und Agrarpolitik der EU. Aber auch Institutionskunde und Unionsbürgerschaftskunde (Polity) müssen laut Lehrplan im GWK Unterricht vermittelt werden. Träger, Instrumente und Funktionsweisen sollen laut Lehrplan in der 6. Klasse bekannt und kritisch bewertet werden. Die Hauptaufgabe des GWK-Unterrichts liegt sicher in der Vermittlung der unterschiedlichen Policy-Bereiche der EU¹²⁰ jedoch kann die politische Wirkung nicht ohne den institutionellen Rahmen dargestellt werden. Die Vermittlung des **Polity**-Bereichs (Institutionenkunde und Unionsbürgerschaftskunde) kann nicht alleine durch das Unterrichtsfach Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung stattfinden. Alleine schon, weil die zeitliche Positionierung der EU-Themen in den Lehrplänen von GSP und GWK nicht aufeinander abgestimmt sind. Der Prozess der Integration muss nach Weißeno auf Basis des Handelns in und mit Institutionen bewusstgemacht werden.¹²¹

In dieser Arbeit (sieh Tabelle 5) wird außerdem der aktuelle AHS Oberstufenlehrplan mit dem Lehrplan der Neuen Oberstufe für GWK verglichen. Nach Stand zum Zeitpunkt der Erstellung der Arbeit, sollte die NOST¹²² bis 2021 verpflichtend von allen Schulen eingeführt werden. In Bezug auf EU-Themen gibt es nur minimale Veränderungen. Im Themenbereich Konvergenz und Divergenz europäischer

¹¹⁸ Verordnung des Bundesministers für Unterricht und Kunst vom 14. November 1984 BGBI 1985/88 idF vom 29.10.2017

¹¹⁹ Sachpolitik (Fassmann 2006), politische Prozesse (Weißeno 2004)

¹²⁰ Fassmann, Wie politisch ist die Geographie? – Zum Verhältnis GW und PB, GW-Unterricht 101/2006, 6. und Germ, Politische Bildung (2009) 114.

(Sachpolitik bzw. politische Prozesse, siehe dazu auch Fassmann und Germ (2009) S.28 und S.74 dieser Arbeit)

¹²¹ Weißeno, Europazentrierte Politikdidaktik (2004) 116ff, siehe dazu auch S.28 dieser Arbeit;

¹²² Neue Oberstufe

Gesellschaften wird die „europäische Dimension“ durch „europäischer Kontext“ ersetzt. Unter dem Themenbereich Wettbewerbs- und Regionalpolitik werden die „Maßnahmen und Auswirkungen der Verkehrs- und Wirtschaftspolitik der EU“ durch „Auswirkungen und Maßnahmen des europäischen Binnenmarktes“ ersetzt.

7.3. EU-Themen in Unterrichtsfach Geografie und Wirtschaftskunde

Bevor die Stellung der EU Themen im GWK Unterricht erörtert werden kann, muss eine generelle Definition für Geographie und die Wirtschaftskunde gefunden werden und damit verbunden der Unterschied zwischen Politischer Geographie und Politischer Bildung im GWK Unterricht geklärt werden.

Hemmer definiert den Raum und die wechselseitigen Beziehungen zwischen Mensch und Umwelt im Raum als zentralen Gegenstandsbereich des Unterrichtsfaches Geographie. Zum Verständnis der physio- und humangeographischen Subsysteme und ihrer Wechselbeziehung sind natur- als auch gesellschaftswissenschaftliche Kenntnisse und Fähigkeiten erforderlich.

Auf eine umfassende räumliche Orientierungskompetenz aufbauend, zielt geographische Bildung in der Schule auf die Befähigung der SchülerInnen, raumbezogene Strukturen, Funktionen und Prozesse sowie die Zukunft des Planeten Erde und das Zusammenleben der Menschheit epochalen Problemfeldern ausgeographischer perspektive analysieren und beurteilen zu können. Personale und soziale Kompetenzen spielen neben der Vermittlung von Sachwissen und methodischen Kompetenzen eine zentrale Rolle.¹²³ Hemmer definiert folgendes Ziel der geographischen Bildung:

„Ziel geographischer Bildung ist die Befähigung des Schülers zu einer raumbezogenen Handlungskompetenz.“¹²⁴

¹²³ Hemmer, Empirische Forschung in der Geographiedidaktik – Entwicklung, Formate, Perspektiven, in Weißeno, Schelle, Empirische Forschung in der gesellschaftswissenschaftlichen Fachdidaktik (2015) 202.

¹²⁴ Hemmer, Empirische Forschung in der Geographiedidaktik (2015) 202.

7.3.1. Definition und innere Gliederung der Geographie

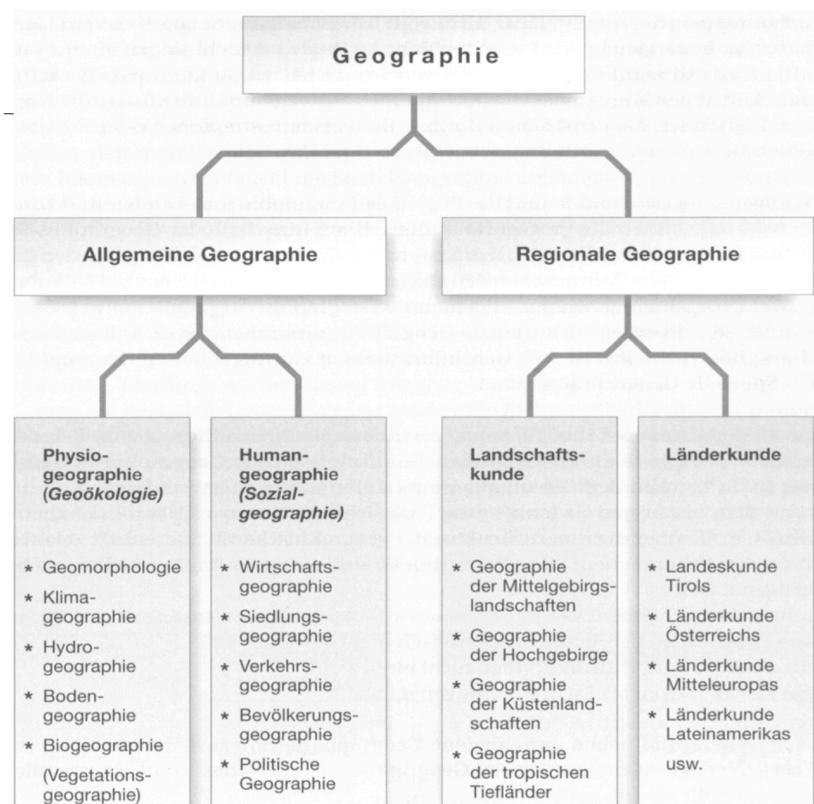
Das Unterrichtsfach Geographie findet in der Literatur unterschiedliche Definitionen.

Borsdorf fasst folgende Definition zusammen:

„Die Geographie erfasst, beschreibt und erklärt die Geosphäre im Ganzen und in ihren Teilen nach Lage, Stoff, Form und Struktur, nach dem Wirkungsgefüge von Kräften (Funktion), das in ihr wirksam ist, und nach der Entwicklung, die zu den gegenwärtigen Erscheinungsformen und – strukturen geführt hat.“¹²⁵

Das Unterrichtsfach Geografie kann in eine allgemeine und eine regionale Geografie unterteilt werden. Die allgemeine Geografie gliedert sich in physische Geografie und Humangeografie und die regionale Geographie in Landschafts- und Länderkunde.

Abbildung 5: Innere Gliederung der Geographie¹²⁶



Vorrangiger Forschungsgegenstand der Geographie ist der „Raum“ (in der Geosphäre). Der inneren Gliederung der Geographie von Borsdorf ist zu entnehmen, dass sowohl eine naturwissenschaftliche aber auch sozialwissenschaftliche Zuordnung des Fachs möglich ist. Germ spricht in diesem Zusammenhang von

¹²⁵ Borsdorf, Geographisch denken und wissenschaftlich arbeiten (2007) 35.

¹²⁶ Borsdorf, Geographisch denken und wissenschaftlich arbeiten (2007) 49.

unterschiedlichen Auffassungen bezüglich des Disziplinverständnisses der Geographie. Dies wird auch durch die unterschiedliche universitäre Zuordnung in Österreich ersichtlich.¹²⁷

„Die Geographie ist eine überaus spannende und in höchsten Maße anregende Disziplin, deren Charme wohl auch in der Dialektik zwischen Traditionalismus und innovativer Entwicklungsdynamik liegt.“¹²⁸

Aber auch um die Ausrichtung des Lehramtsstudium „Geographie und Wirtschaftskunde“ kam es im Zuge der Ökonomisierung der Bildungslandschaft seit 2002 im Zusammenhang als Natur- und /oder Sozialwissenschaft auf universitärer Ebene zu Uneinigkeit. Immer noch ist an allen Universitäten, bis auf die Universität Klagenfurt, das Lehramtsstudium nach traditionellem Verständnis fakultär der Naturwissenschaft zugeordnet. An der Universität Klagenfurt wird das Lehramtstudium GWK der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät zugeordnet. Die Zuordnung auf universitärer Ebene entspricht nach Germ den aktuellen Anforderungen durch die aktuellen Lehrpläne und die Ausrichtung der Geographie als Sozialwissenschaft in kleinster Weise.¹²⁹

7.3.1.1. Humangeographie

Für die Humangeographie steht in der Literatur eine Vielzahl von Definitionen zur Verfügung. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Humangeographie den Zusammenhang von gesellschaftlichen und räumlichen Phänomenen untersucht. „Der Raum“ wird dabei meist als gesellschaftliche Räumlichkeit konzeptualisiert und analysiert. Die vorhanden Definitionen weisen auch auf ein Vorhandensein unterschiedlicher Schwerpunktsetzungen hin, die neben den inhaltlichen auch Differenzen in der erkenntnistheoretischen und methodologischen Grundhaltungen beinhalten.¹³⁰

¹²⁷ Germ, Politische Bildung im Geographie- und Wirtschaftskundeunterricht (2009) 62.

¹²⁸ Weichhart, Humangeografie- Quo vadis? in Musil, Staudacher (Hrsg), Mensch. Raum. Umwelt. Die österreichische Geographie in Verhangenheit und Zukunft. Wien (2009) 23.

¹²⁹ Germ, Politische Bildung (2009) 122.

¹³⁰ Gebhart/Glaser/Radtke/Reuber (Hrsg), Geography. Physische Geographie und Humangeographie (2001) 644.

Die Deutsche Gesellschaft für Geographie definiert die Humangeographie wie folgend:

„Die gesellschaftswissenschaftlich ausgerichtete Humangeographie (...) befasst sich mit der Struktur und Dynamik von Kulturen, Gesellschaften und Ökonomien und der Raumbezogenheit des menschlichen Handelns.“¹³¹

Der Raum ist weniger als „objektive Struktur“, sondern im Sinne des „spatial turns“¹³² als gesellschaftliche Räumlichkeit, das heißt sozial, ökonomische und/oder politische konstruiert, bedeutsam. Die derzeitige Humangeographie hat sich auf dem Hintergrund der unterschiedlichen Konzeptualisierung „des Raumes“ ein Multiperspektivenansatz herausgebildet. Bestehende Ansätze werden immer wieder durch neue Perspektiven erweitert.

Dobler betrachtet den Raum als „created space“, als Verfügungsraum sozialer Gruppen, als Ausdruck von Macht- und Herrschaftsstrukturen. Der Raum unterwirft sich dem Gesetz von Angebot und Nachfrage und wird so zu einer Ware zu marktüblichen Preisen.¹³³ Germ fordert die Verflechtung von Politik und Ökonomie in diesem Zusammenhang zu beachten.¹³⁴

Die Humangeographie verfolgt, bezogen auf ihre theoretische Grundlage, vier nebeneinander herlaufende Entwicklungspfade, die sich in ihren Forschungsperspektiven sehr wohl überschneiden. Neben der raumwissenschaftlichen Perspektive, der handlungsorientierten Perspektive und der poststrukturalistischen Perspektive ist besonders die **politökonomische Perspektive** für diese Arbeit von Bedeutung. Im Rahmen der politökonomischen Perspektive hat sich im deutschen Sprachraum innerhalb der Humangeographie die „Kritische Geographie“ entwickelt. Sie versucht die materiellen und institutionellen Rahmenbedingungen sowie die Aushandlungsprozesse und Konflikte in kapitalistischen Gesellschaften als Zusammenwirken wesentlicher politischer und ökonomischer Prinzipien zu untersuchen.¹³⁵

¹³¹ Definition der Deutschen Gesellschaft für Geographie, www.geographie.de (abgerufen am 5.11.2017)

¹³² auch raumkritische Wende

¹³³ Dobler, Kritische Politische Bildung im GW-Unterricht, Wien (1991) 46.

¹³⁴ Germ, Politische Bildung im Geographie- und Wirtschaftskundeunterricht (2009) 64.

¹³⁵ Gebhart/Glaser/Radtke/Reuber (Hrsg), Geography. Physische Geographie und Humangeographie (2001) 647f.

7.3.1.2. Politische Geographie

Agnew schlägt für die Politische Geographie die folgende Definition vor. Die Politische Geographie ist die Untersuchung, wie die Geographie von der Politik beeinflusst wird, unabhängig von der geographischen Skala des Kontextes - städtisch, regional, national, welt-regional oder global. Solange die Macht an manchen Orten gebündelt wird, die politische Organisation an manchen Orten privilegiert wird, und territoriale Grenzen benutzt werden, um auszuschließen und einzubeziehen, hat die Politische Geographie Forschungsfragen von Interesse.¹³⁶

Dem Raum wird kollektive Bedeutung zugesprochen. In ihm ist Macht und politische Ordnung kodiert. Die „quasi-natürliche“ Architektur der Macht verändert sich im Zuge von gesellschaftlichen Wandlungsprozessen immer wieder. Die zunehmende Globalisierung hat zu einer Netzwerkgesellschaft geführt, deren politische Macht längst nicht mehr allein in den Händen der Nationalstaaten konzentriert ist. Aufgrund der beschriebenen Vorgänge hat sich folgendes Kernziel der aktuellen Politischen Geographie entwickelt:

„(..) den Wandel der gesellschaftlichen Raum-Macht-Strukturen auf allen Maßstabsebenen und seine Konsequenzen für gesellschaftliche Praktiken sowohl mit neuen theoretischen Konzepten als auch mit neuen Forschungsfragen und empirischen Ansätzen zu untersuchen.“¹³⁷

Die politische Geographie ist nach der angeführten Definition für die Vermittlung der EU-Themen nur eingeschränkt zuständig. Im folgenden Kapitel soll geklärt werden, ob der GWK Unterricht überhaupt für die Vermittlung von EU-Wissen zuständig ist und welche Bedeutung nimmt die Politische Bildung/ Demokratieerziehung in aktuellen und vergangenen Diskussionen über die Inhalte des Unterrichtsfachs einnimmt?

¹³⁶ Agnew, Making Political Geography (2012) 125.

¹³⁷ Gebhart/Glaser/Radtke/Reuber (Hrsg), Geography. Physische Geographie und Humangeographie (2001) 790.

7.3.2. Stellung der Politischen Bildung im Rahmen der aktuellen Entwicklungen der „Neuen Kulturgeographie“

Vor dem Hintergrund der „new cultural geography“ in der angloamerikanischen Geographie seit Ende der 80er Jahre ist im deutschsprachigen Raum seit Mitte der 90er Jahre eine analoge „Neue Kulturgeographie“ entstanden. Im Mittelpunkt dieser Entwicklung stehen die Tagungen der „Neuen Kulturgeographie“, die beginnend mit der Tagung in Leipzig im Jahre 2004 mittlerweile jährlich stattfinden.¹³⁸ Ein Netzwerk aus Wissenschaftlern beschäftigt sich mit konstruktiven Ansätzen der Humangeographie. Der Hintergrund der theoretischen Neuausrichtung ist der Einfluss des Globalisierungsprozesses auf die Bereiche Politik, Wirtschaft, soziales Zusammenleben, Kultur und Wissenschaft. Die Frage nach der politischen und sozialen Konstruktion von „Räumen“ und „Kulturen“ wird gestellt.¹³⁹

Das Ziel der Geographie folgende Fragen zu beantworten:

Warum ist die Welt so wie sie ist? Was ist unsere Rolle und was kann gemacht werden um sie zu stützen und zu ändern?

Anderson beschreibt die Rolle der Geographie durch die Verwendung des südostasiatischen Spruchs: „the fish don't talk about the water“. Im normalen Leben wird oft vermieden über den geographischen Kontext zu sprechen. Geographen hingegen sind jene Fische, mit dem Ziel auf das „Wasser“ zu sensibilisieren. Geographie versuchen in den Kontext einzutauchen und ihn zu untersuchen. Geographischer Kontext kann sehr unterschiedlich sein, so können Begriffe wie nationale oder politische Gebiete, physische Landschaften oder exotische Orte, unterschiedliche Räume (Orte oder Bereiche unterschiedlichen Maßstäbe) und Umstände und damit verbunden mit unterschiedlichsten Fragestellungen in Zusammenhang gebracht werden. Welche Aktivitäten finden in diesen Räumen statt? Welche Verhaltensweisen werden erwartet? Welche Regulierungen gibt es? Was passiert, wenn Menschen die Vorschriften nicht einhalten? Diese sind alles entscheidenden kritischen Fragen, mit denen Geographen die Zusammenhänge

¹³⁸Bätzing, Neue Kulturgeographie, Mitteilung der Österreichischen Geographischen Gesellschaft 153.Jg., (2011) 101ff.

¹³⁹Budke, Interkulturelles Lernen im Geographieunterricht. Potsdamer Geographische Forschung 27, (2008) 24.

analysieren. Nach Anderson sind wir alle Teil einer „sozialen Welt“. Geographie nimmt dabei eine entscheidende Bedeutung für die politische Bildung/Staatsbürgerschaftsbildung ein, da sie uns hilft unsere gemeinsame Welt besser und effektiver zu verstehen. Die Geographie betont, dass wir alle an der Entstehung und Weiterentwicklung von Räumen durch unsere täglichen Aktivitäten und Ideen beteiligt sind und Spuren hinterlassen.¹⁴⁰

Die Geographie als Disziplin ist einzigartig platziert um zu erarbeiten, was Staatsbürgerschaft auf einer Vielzahl unterschiedlicher Ebenen bedeutet. Sie nimmt eine besondere Rolle bei der Erziehung zu (demokratischen) Staatsbürgern. Geographen untersuchen, wie der Raum durch soziale, kulturelle, politische und wirtschaftliche Bereichen beeinflusst wird aber auch wie der Raum die genannten Bereiche prägt.

Vom Prozess der Inklusion/ Ausgrenzung von Menschen als Bürger aus dem ganz lokalen "Zugehörigkeitsgefühl" in einer Nachbarschaft bis hin zu denjenigen, die an der globalen Entscheidungsfindung beteiligt sind - oder Entscheidungen, die uns global betreffen, werden von Askins und Fuller als Beispiele genannt:

„Geography is inherent within and intrinsic to all the critical issues around citizenship concerning society today“¹⁴¹

Die Staatsbürgerschaftslehre fordert sowohl von Lernenden als auch von Lehrenden die Beziehungen zwischen den Menschen im Kontext Raum, Ort und Umwelt wahrzunehmen. Aus diesem Grund ist für Askins und Fuller Geographie besonders gut für diese Form der Bildung geeignet.¹⁴²

Nach Desforges ist die zentrale Rolle des Nationalstaates und die Staatsbürgerschaft zunehmend einem Wandel beeinflusst durch eine Vielzahl von nichtstaatlichen (z.B.:

¹⁴⁰ Anderson, John, What is geography's contribution to making citizens? in Understanding Cultural Geography: Places& Traces, 2008, S.1, geography.org.uk/download/GA_AUCWGViewpointsJan07.pdf

¹⁴¹ Askins, Fuller, Citizenship and geography – the geographies of citizenship in Understanding Cultural Geography: Places& Traces, 2008, geography.org.uk/download/GA_AUCWGViewpointsJan07.pdf

¹⁴² Askins, Fuller , Citizenship and geography geography.org.uk/download/GA_AUCWGViewpointsJan07.pdf

NGOs) sowie staatlichen Institutionen (z.B.: EU, WTO, Weltbank). Für Desforges existiert eine Verbindung zwischen Globalisierung und neue Form der Staatsbürgerschaft. Die Globalisierung umfasst eine Reihe politische Themen, die nur auf globaler Ebene und nicht nur auf einzelnen Nationalstaaten wirken.

Diese können kurz zusammengefasst werden als: Umweltprobleme, wie globale Erwärmung, die einen globalen politischen Wahlkreis für ihre Resolution schafft und benötigt; Kommunikations- und Informationstechnologien, die Wissen in einer Weise transportieren, die den Nationalstaaten entgeht; deregulierte Kapitalmärkte, die die Fähigkeit des Nationalstaates, Kapital zu kontrollieren verringert; internationaler Menschenrechtsregime, die die nationale Souveränität als Garant der Legitimität reduzieren; und internationale Mobilität, die mehrere Akteure schafft, die sich nicht automatisch mit einem Nationalstaat identifizieren, in dem sie wohnen. Der Begriff "Weltbürgerschaft" wird zunehmend verwendet, um auf die Bildung von politischen Prozessen und Institutionen im globalen Maßstab hinzuweisen, an denen Einzelpersonen teilnehmen können.¹⁴³

Desforges fasst unter anderem, drei wesentliche Merkmale eines kritischen/effektiven/ demokratisch globalen Bürgers zusammen:

1. Bewusstsein für die "Fernwirkung", das heißt, dass die Folgen unseres Handelns weniger räumlich begrenzt sind als je in der Geschichte. Was wir hier "tun", kann enorme Konsequenzen haben für das kollektive Leben auf globaler Ebene.
2. Ein Bewusstsein dafür, dass die globale Bürgerschaft nicht einfach durch die traditionelle Mittel, die mit dem Nationalstaat verbunden eingeschränkt ist, sondern mit einer Vielzahl von Institutionen.
3. Das Bewusstsein, dass globale Netzwerke komplex sind und, dass das Verständnis für die Folgen unseres Handelns, wissensintensives „Know-how“ erfordert. Die Geographie spielt nach Desforges eine zentrale Rolle bei der Erziehung zum globalen Bürger. Die Lernergebnisse einer geographischen Ausbildung überschneiden sich in vielerlei Hinsicht mit den erforderlichen Lernergebnissen, um die Einzelperson als globalen Bürger zu beteiligen. Nach Desforges wird in der Hochschulbildung versucht, zu definieren, welche Lernergebnisse angestrebt werden.

¹⁴³ Desforges, What is geography's contribution to making citizens?
geography.org.uk/download/GA_AUCWGViewpointsJan07.pdf

Deforges fasst drei mögliche Lern- und Lehrergebnisse zusammen:

1. Die Geographie hat eine lange Tradition, globale Vernetzung zu erkennen, zum Beispiel in Umweltströmen oder Warenketten.
2. Geographen müssen sich der Rolle einer Vielzahl von Institutionen bewusst sein in der globalen Politik. Als nationaler Bürger müssen sie die Mechanismen verstehen, durch die ihre Nation globale Probleme beeinflussen kann, die oft instabilen Institutionen der globalen Governance wie die Vereinbarungen der Vereinten Nationen.
3. Die Komplexität globaler Netzwerke erfordert Fachkenntnisse in Verständnis der Funktionalität und Konsequenzen von Verbindungen. Es ist für jeden Einzelnen unmöglich, die globale Interkonnektivität zu verstehen.

Desforges sieht die Geographie für die Erziehung zum globalen Bürger extrem gut platziert. Als Disziplin ist es für die Geographie wichtig über die Anforderungen, die die Erziehung zum globalen Bürger mit sich bringen nachzudenken bzw. welche Art des Lernens wir beim Versuch, Einzelpersonen für diese Rolle zu befähigen, anstreben sollen.¹⁴⁴

Rechte und Verantwortlichkeiten eines Staatsbürgers werden durch unterschiedliche Räumen begrenzt: in erster Linie der Nationalstaat, aber gegenwärtig auch der supranationale Raum der Europäischen Union¹⁴⁵ Die Geographie der Staatsbürgerschaft zu lehren bietet für die Studierenden die Möglichkeit ein Gefühl der Zugehörigkeit zu verschiedenen Orten zu entwickeln. Für junge Menschen, die in der Europäischen Union aufwachsen ist dies nach Fannin¹⁴⁶ eine Chance Wissen und Erfahrungen zum Thema Staatsbürgerschaft zu sammeln. Dies war nie dringlicher als heute.

In GB wurde 2002 die Staatsbürgerschaft im nationalen Lehrplan erstmals verankert. Diese Entwicklung ist eine Reaktion auf die geringe Wahlbeteiligung bei den (besonders jungen) Menschen. Die Wahlbeteiligung kann die Legitimation einer

¹⁴⁴ Desforges, What is geography's contribution to making citizens?
geography.org.uk/download/GA_AUCWGViewpointsJan07.pdf

¹⁴⁵ Fannin, Lecturer in the Geographies of Political Economy
geography.org.uk/download/GA_AUCWGViewpointsJan07.pdf

¹⁴⁶ Fannin, Lecturer in the Geographies of Political Economy
geography.org.uk/download/GA_AUCWGViewpointsJan07.pdf

„demokratisch gewählten“ Regierung ernsthaft beeinträchtigen. Hier wird von Lambert die Frage aufgeworfen, welche Informationen, welches Wissen, welches Verständnis und welche Fähigkeiten ein „informierten, kritischen und verantwortungsbewussten Bürger“ erlangen soll. Lambert stellt die Frage:

„So, what of school geography - what can geography lessons contribute to helping young people ‘frame’ their thoughts about the world and their place in it?“

In seinen Ausführungen unterstreicht Lambert die Bedeutung der **gut informierten LehrerInnen**. Die moralische Pflicht des Bildungsdienstes ist sicherzustellen, dass die Schüler ausreichende Einsicht ("Wissen und Verstehen") und Praxis ("Fähigkeiten") zu erlangen, um zu informierten BürgerInnen heranzuwachsen. Dies bedeutet, dass GeographielehrerInnen sich der Gefahr bewusstwerden, dass nicht eine „Antwortkultur“, sondern eine energische „Argumentationskultur“ gefördert werden soll.

Lambert fasst die grundlegenden Bildungsziele mit der Formulierung „Bildung für Konversation“ zusammen. Ein informierter Bürger muss verstehen, wie die Welt funktioniert. Dies erfordert eine Auseinandersetzung mit wirtschaftlichen, sozialen und politischen, sowie physischen Umweltprozessen. Es beinhaltet auch die Ausübung der intellektuellen Fähigkeiten einer Reflexion, Überdenkens, Kommunikation und anderen Formen der Beteiligung an Entscheidungsfindungen. Lehrer sind gefordert, konzentrierte Energie auf diese Bildungsarbeit zu lenken, damit SchülerInnen als „global citizen“, die globalen (universellen) Auswirkungen ihrer lokalen (individuellen) Entscheidungen erkennen.¹⁴⁷

¹⁴⁷ Lambert, What's the point of teaching geography? Secondary Geography Handbook, Sheffield (2006) 30-37.

7.3.3. Politische Bildung in Österreich Allgemein und im Rahmen des GWK-Unterrichts

7.3.3.1. Geschichte der Politischen Bildung in Österreich

Erst Ende der 60er Jahre, Anfang der 70er Jahre wurde in Österreich eine breitere Diskussion über die Möglichkeiten einer intensiven Politischen Bildung im Schulbereich gestartet. Das Ergebnis dieses Diskurses war der Grundsatzerlass des Jahres 1978, unterzeichnet von Fred Sinowatz. LehrerInnen sollten die Politische Bildung als Unterrichtsprinzip in den Unterricht integrieren.¹⁴⁸ Unter Minister Sinowatz wurde auch 1973 die Abteilung für Politische Bildung im Unterrichtsministerium mit dem Ziel, die Praxis politischer Bildung mit Angeboten wie Weiterbildungen und Materialien zu fördern, gegründet. Die Einführung der Abteilung Politische Bildung geschah mit dem Ziel, in absehbarer Zeit einen Unterrichtsgegenstand „Politische Bildung“ einzuführen. Massive Widerstände kamen einerseits von den Standesvertretern der Geschichte- und Geographie-LehrerInnen, die Stundenkürzungen befürchteten, andererseits von den Parteien, welche eine politische Einflussnahme befürchteten.¹⁴⁹ Seit 2002 wird Politische Bildung im Rahmen von Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung an der AHS-Oberstufe unterrichtet, und bis heute gibt es kein eigenes Unterrichtsfach „Politische Bildung“.

Fassmann und Münz kommen nach der Durchführung einer Untersuchung zur Wirkungsgeschichte des Unterrichtsprinzips Politische Bildung im Jahre 1991 zu folgender Schlussfolgerung:

„Wir haben in Österreich keinen Konsens darüber, welches Wissen über Politik, Staat, Gesellschaft und Zukunftsfragen allen gemeinsam sein soll. Daher vermittelt Österreichs Bildungssystem auch keinen allgemein verbindlichen Grundstock an Wissen über Staat und Gesellschaft.“

Außerdem zieht das Autorenteam den Rückschluss, dass politische Bildung als Unterrichtsprinzip keine ausreichende Lösung sei. Die notwendige Ausbildung und einschlägige Professionalisierung der LehrerInnen wurde vielmehr diametral

¹⁴⁸ Sander, Geschichte der politischen Bildung, in Sander (Hrsg.), Handbuch Politische Bildung (2014) 25.

¹⁴⁹ Germ, Politische Bildung im Geographie- und Wirtschaftskundeunterricht (2009) 42-43.

verhindert.¹⁵⁰ Seit Einführung des Unterrichtsprinzips 1987 wird von österreichischen LehrerInnen erwartet Politische Bildung zu unterrichten, ohne entsprechende institutionalisierte Ausbildung. Dieser Mangel wird auch für LehrerInnen des Faches Geschichte und Sozialkunde /Politische Bildung festgestellt. Der Politikwissenschaftler „Herberts Dachs“ stellt in diesem Zusammenhang fest:

„Wo keine eigenes Unterrichtsfach, da kein Ausbildungsfach“¹⁵¹

Wolf führt mehrere Gründe für die unzureichende Verankerung des Grundsatzes PB in der Schule an.

1. Politische Bildung zu betreiben bedeutet sich zu exponieren und kann mögliche Kritik von Vorgesetzten, KollegInnen und Eltern zur Folge haben
2. Unzureichende Ausbildung
3. Fehlende Kontrolle der Durchführung des Erlasses
4. Mangelnde Verankerung, Institutionalisierung der PB¹⁵²

1977 wurde das Österreichische Institut für Politische Bildung in Mattersburg eingerichtet, jedoch zu Beginn der neunziger Jahre wieder geschlossen. Die Chance der Institutionalisierung der Politischen Bildung nach deutschem Vorbild wurde auch hier nicht genutzt.¹⁵³

Seit den 80er-Jahren wird ein Hochschullehrgang (heute Masterlehrstudium) „Politische Bildung“ an der Donauuniversität Krems angeboten, der sich sehr erfolgreich an LehrerInnen aller Fächer richtet, ohne zu einer fachlichen Lehrbefähigung zu führen.¹⁵⁴ Die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre hat 2008 zu einer „Demokratieinitiative“ geführt. Ein Kompetenzmodell für die schulische politische Bildung in der Sekundarstufe 1 wurde in Kraft gesetzt. Institutionen wie das „Zentrum polis“, das „Demokratiezentrum“ in Wien sowie die „Zentrale Arbeitsstelle für die Geschichtsdidaktik und Politische Bildung“ an der Universität Salzburg stellen eine wichtige Infrastruktur für die politische Bildung dar, ohne ein eigenes

¹⁵⁰ Fassmann / Münz in GW-Unterricht 44/1991, 63.

¹⁵¹ zitiert nach Germ, Politische Bildung (2009) 121

¹⁵² Wolf, Zur Geschichte der politischen Bildung an Österreichs Schulen (1998) 60ff.

¹⁵³ Germ, Politische Bildung (2009) 41.

¹⁵⁴ Sander, Geschichte der politischen Bildung, in: Sander (Hrsg.), Handbuch Politische Bildung (2014) 25.

Unterrichtsfach zu sein. Im Jahr 2008 wurde ebenfalls eine befristete Professur für „Didaktik der Politischen Bildung“ mit eigenem Department an der Universität Wien gegründet. Jedoch wurde die Professur im Jahr 2011 nicht weiterbesetzt. Im März 2017 wird der Arbeitsbereich der Didaktik der Politischen Bildung im Zentrum für LehrerInnenbildung neu etabliert, um die Politische Bildung stärker in der Ausbildung von LehrerInnen zu verankern.¹⁵⁵ Die angebotenen Lehrveranstaltungen stehen jedoch hauptsächlich Lehramtsstudenten des Studienfachs Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung zur Verfügung.

Unter der Initiative von Wolfgang Sanders, der 2008 bis 2010 die Professur für „Didaktik der Politischen Bildung“ innehatte, wurde 2009 die Interessengemeinschaft Politische Bildung (IGPB) gegründet. In der Stellungnahme in der Tageszeitung Standard vom 24.1.2012 begründet der IGPB die Bedeutung des Fortbestandes mit folgender Aussage:

„(..) aus den erheblichen Mängeln in der wissenschaftlichen Grundlegung politischer Bildung in Österreich, vor allem im Bereich der Lehrerausbildung. Auch über die Universität hinaus sei sie für die Entwicklung der politischen Bildung in Österreich von großer Bedeutung.“¹⁵⁶

Sander¹⁵⁷ stellt im Ländervergleich zwischen Österreich und Deutschland fest, dass große Unterschiede bezüglich der institutionellen Verankerung Politischer Bildung in Schulen und Lehrerbildung bestehen. Während sich in Deutschland schon seit den 60er-Jahren ein Konzept der Fachlichkeit Politischer Bildung mit entsprechenden Unterrichtsfächern und einer damit basierenden wissenschaftlichen Infrastruktur in Forschung und Lehrerbildung durchgesetzt hat, weist die Professionalisierung „Politischer Bildung“ in Österreich erhebliche Defizite auf.

¹⁵⁵ Universität Wien: <https://lehrerinnenbildung.univie.ac.at/arbeitbereiche/didaktik-der-politischen-bildung/> (abgerufen am 1.6.2018)

¹⁵⁶ Der Standard, Kritik an Schließung der Professur für politische Bildung, 24.1.2012.

¹⁵⁷ Sander, Geschichte der politischen Bildung (2014) 25f.

7.3.3.2. Politische Bildung im Geographie- und Wirtschaftskundeunterricht

1962 wurde das Unterrichtsfach „Geographie“ in Österreich in „Geographie und Wirtschaftskunde“ umgewandelt. Inhalte und Methoden unterscheiden sich seither vom Unterrichtsfach „Geographie“ in anderen deutschsprachigen Ländern (Schweiz und Deutschland).¹⁵⁸ In diesem neuen fachdidaktischen Konzept steht nicht mehr der „Raum“ im Mittelpunkt des Unterrichts sondern der in „gesellschaftlicher Bindung räumlich und wirtschaftlich agierende Mensch“. Das Schulfach „Geographie und Wirtschaftskunde“ ist nach Sitte ein doppelpoliges Zentrierfach, das unter dem Gesichtspunkt der Politischen Bildung eine Ganzheit bildet.¹⁵⁹

Durch den Erlass von 1978 ist die Zuständigkeit des Unterrichtsfachs Geographie und Wirtschaftskunde für Politische Bildung immer noch gegeben. Er verlangt auch weiterhin die Behandlung von politisch relevanten Themenstellungen im GW-Unterricht.

Geographie wird in der Literatur auch als Querschnitts- und Synthesewissenschaft bezeichnet. Als sozialwissenschaftliche Disziplin mit der Soziologie, den Wirtschaftswissenschaften und der Politikwissenschaften als Bezugswissenschaft ist sie nach Germ der Politischen Bildung verpflichtet. Durch die Integration der Wirtschaftskunde behandelt der GWK-Unterricht als einziges Fach der AHS ökonomische Parameter. Der Unterricht ist im hohen Maß einer Aktualität in der Lehrplanvermittlung und der Orientierung an der Politischen Bildung verpflichtet.¹⁶⁰

Ebenso deckt der Lehrplan GS/PB nur einen Teil eines breiteren Politikbegriffs ab. Ein Blick auf den Lehrplan GS/PB zeigt, dass vor allem politikwissenschaftliche Bereiche der **Polity**¹⁶¹ abgedeckt werden. Der Bereich der Sachpolitik (Policy) wird vom GS/PB- Lehrplan nur sehr eingeschränkt wahrgenommen. Der GW-Lehrplan der Oberstufe beinhaltet hingegen an mehreren Stellen unterschiedliche „Policy“-Bereiche (siehe dazu auch Kapitel 7.2.3.2.). Drei Bereiche können hierzu genannt werden:

¹⁵⁸ Germ, Politische Bildung im Geographie- und WK-Unterricht (2009) 70.

¹⁵⁹ Sitte, In Österreich ticken die Uhren anders (2000) 89.

¹⁶⁰ Germ, Politische Bildung (2009) 114-115.

¹⁶¹ Institutionenkunde und die alte Staatsbürgerlehre, siehe dazu auch S.28 dieser Arbeit

- Raumordnung und Kommunalpolitik in der 8.Klasse
- Wirtschafts- und Sozialpolitik in Österreich in der 7.Klasse
- Europäische Wirtschafts- und Regionalpolitik in der 6.Klasse¹⁶²

*„Diese Nennung von den Policy - Bereichen muss aber sowohl im Unterricht als auch in den Schulbüchern aufgegriffen werden, damit in Zukunft eines nicht mehr bezweifelt wird: **Geographie und Wirtschaftskunde bilden ein hochgradig politisches und gesellschaftlich relevantes Fach.**“¹⁶³*

7.3.4. EU-Themen im Geographie- und Wirtschaftskundeunterricht

„Der Geographieunterricht erkannte seine Aufgabe, im Rahmen einer ‚Europaerziehung‘ zu einem besseren Verständnis bzw. zur besseren gegenseitigen Wertschätzung und zum Abbau von Vorurteilen gegenüber den europäischen Nachbarn beizutragen. Schwerpunkte sollten „die Wahrnehmung der Vielfalt und Einheit Europas, (...) der europäische Einigungsprozess und die persönliche Auseinandersetzung mit dem, was europäische Identität ausmachen könnte.“¹⁶⁴

Wie bereits in Kapitel 8.4.1. erwähnt, umfasst das Studium der Geographie sowohl humangeographische Aspekte als auch Aspekte der physischen Geographie. In der Humangeographie werden neben den verschiedenen Volkswirtschaften, Umweltfragen, soziale und politische Fragen verschiedener Gesellschaften behandelt. Geographie inspiriert die SchülerInnen dazu, Weltbürger zu werden, indem sie ihren Platz in der Welt erkunden, ihre Werte und Verantwortungen gegenüber anderen Menschen und der Umwelt erkennen.

„Geography inspires pupils to become global citizens by exploring their own place in the world, their values and responsibilities to other people, the environment and the sustainability of the planet.“¹⁶⁵

Hieraus ergibt sich eine der Begründung für die Platzierung der EU-Themen im Unterrichtsfach GW.

¹⁶² Fassmann, Wie politisch ist die Geographie? – Zum Verhältnis GW und PB, GW-Unterricht 101/2006, 6. und Germ, Politische Bildung (2009) 114.

¹⁶³ Fassmann, Wie politisch ist die Geographie? GW-Unterricht 101/2006, 6.

¹⁶⁴ Budke, Alexander, Interkulturelles Lernen im Geographieunterricht. Potsdamer Geographische Forschung 27 (2008) 11.

¹⁶⁵ Dunne, Learning Europe at School (2013) 28-29.

Die Geographie der EU ist in zwei Hauptkategorien in den GWK-Lehrplan eingebettet. Die erste Dimension umfasst die regionale/länderkundliche Dimension. Es legt verschiedene topographische Kenntnisse (z.B. Lage der Mitgliedstaaten und deren Hauptstädte auf Karten) fest. Es wird darauf Wert gelegt, dass sich die SchülerInnen über ihre Region und ihr Land lokalisieren und innerhalb der Europäischen Union platzieren können. Die zweite Dimensionbettet die EU-Themen in ein breiteres geographisches Feld. Neben demographischen werden soziale, wirtschaftliche und politische Komponenten miteinbezogen. EU-Themen der zweiten Dimension beziehen sich auf Fragen der EU-Politik, EU-Integration, Volkswirtschaften der Union und EU-Demografie. Wie bereits in der Einleitung erwähnt bezieht sich der Schwerpunkt dieser Arbeit auf die zweite Dimension (siehe dazu auch Kapitel 8.4.1.).

Die regionale/länderkundliche Dimension stellt jedoch einen ersten Schritt zu einem verbesserten Verständnis der Europäischen Union dar. Die SchülerInnen sind außerhalb ihrer Region und ihres Landes, Teil einer größeren Gemeinschaft.¹⁶⁶

¹⁶⁶ Dunne, Learning Europe at School (2013) 29.

8. LehrerInnenaus- und LehrerInnenfortbildung zum Thema EU

8.1. LehrerInnenaus- und LehrerInnenfortbildung zu EU-Themen im EU-Vergleich

In vielen EU-Ländern haben LehrerInnen die Entscheidungsfreiheit darüber, was und wie sie unterrichten. Diese Autonomie wächst dank der jüngsten Reformen in ganz Europa. Folglich entscheiden die Lehrer über das Ausmaß, in dem sie die EU in ihre Lehre, von welchem Standpunkt sie sich dem Thema nähern und welche Methoden sie verwenden, um effektives Lernen zu ermöglichen. Die Studie, die im Rahmen des Final Report – Learning Europe at School 2013 durchgeführt wurde, untersucht das Lernen über die EU in der allgemeinen Schulpflicht in den 27 Mitgliedstaaten. Obwohl die Schulpflicht in bestimmten Ländern vor dem Abschluss der Sekundarstufe 2 endet, konzentrierte sich diese Studie auf Primär-, Sekundarstufe 1 und Sekundarstufe 2. In der Studie werden die Lehreraus- und Lehrerfortbildung zu EU-Themen in Mitgliedstaaten verglichen.

In den Mitgliedstaaten gibt es große Unterschiede bei der Vorbereitung der Lehrer auf den Unterricht über EU Themen. In einigen Ländern beziehen sich die nationalen Kompetenzstandards oder Leitlinien für Lehrerausbildung auf das Verständnis der EU. Informationen inwieweit EU-Themen, wie EU-Institutionen, Integration Politikgestaltung und Politiken in der Lehrerausbildung abgedeckt werden, sind schwer zu erschließen. Die Anzahl der Kurse, die sich eindeutig auf die EU konzentrieren, ist niedrig. Dies kann jedoch auch auf die Qualität der verfügbaren Daten zurückgeführt werden. Viele der Einrichtungen veröffentlichen keine Kursbeschreibung, die detailliert genug ist, um das Vorhandensein von EU –Themen nachzuweisen.

Um die EU –Kenntnisse der LehrerInnen zu vertiefen ist die Lehrerfortbildung die beliebteste Form. Meist wird diese Fortbildung von Organisationen angeboten, deren Kernaufgabe die Arbeit an der EU ist (Forschung, Förderung von Informationen). Traditionelle LehrerInnenausbildungsinstitutionen (Universitäten oder nationale Institutionen) sind in diesem Bereich eher selten tätig.¹⁶⁷

¹⁶⁷ Dunne, Learning Europe at School (2013) 42-43.

Die effektive Einbindung von EU-Themen in den Unterricht hängt von motivierten LehrerInnen ab, die innovative Wege finden, um die EU in ihren Unterricht einzubringen. Doch Lehrer stehen vor Hindernissen wie die Schwierigkeiten bei der Aktualisierung der EU-Entwicklungen. Aber auch die Tatsache, dass EU - Themen eigentlich oft einen relativ kleinen Teil des Curriculums darstellen, schränkt den Zeitraum, in dem EU Themen im Unterricht durchgemacht werden, stark ein.

Auf die Frage, wie zuversichtlich sie sich über die Europäische Union unterrichten ließen, antworteten 78% der staatlichen LehrerInnen in den 17 von der ICCS - Umfrage 2009 erfassten Ländern entweder sehr selbstbewusst oder zuversichtlich. Wenn man jedoch betrachtet, wie zuversichtlich diese Gruppe von LehrerInnen sich beim Unterrichten anderer Themen, die unter die staatsbürgerliche Erziehung fallen, fühlen, dann zählt die EU zu den Themen, denen sie am wenigsten vertrauen. Die einzigen Themen, über die sie weniger zuversichtlich sind, als die EU zu unterrichten, sind Rechtsinstitutionen (57%) sowie globale Gemeinschaft und internationale Organisationen (77%).¹⁶⁸

Auf Basis dieser subjektiven Ergebnisse wird in der Studie „Learning Europe at School“ versucht folgende Hypothese zu belegen:

Eine unzureichende LehrerInnenaus- und Lehrerfortbildung zum Thema EU kann eine Barriere für das Vermitteln von EU Inhalten an der Schule darstellen. Um besser zu verstehen, wie Lehrer auf den Unterricht über die EU vorbereitet wurden, betrachtet die Studie das Ausmaß, in dem die EU in die Erstausbildung von Lehrern einbezogen wurde und ob den Lehrern kontinuierliche Weiterbildungsmöglichkeiten angeboten wurden, um ihre Verständnis und Lehrfähigkeiten in Bezug auf die EU zu erweitern. Informationen zu diesen beiden Aspekten wurden gesammelt durch die Überprüfung einer Stichprobe von Lehreraus- und -bildungsprogrammen in allen Ländern. Im Rahmen der Studie wurden auch je nach Land folgende Dokumente überprüft: Nationale Leitlinien für die Lehrererstausbildung, Lehrplanbeschreibungen für die Lehrererstausbildung und Kompetenzrahmen für LehrerInnen.¹⁶⁹

¹⁶⁸ ICCS 2009 European Report Civic knowledge, attitudes and engagement among lower-secondary students in 24 European countries (2009) 131.

¹⁶⁹ Dunne, Learning Europe at School (2013) 39ff.

Spezifische Verweise auf das Wissen und Verständnis der EU-Institutionen und in den curricularen Beschreibungen für Lehrerausbildung wurden in Dänemark, Deutschland (dezentralisierte Ebene) und Spanien gefunden. In diesen Ländern fand das Themengebiet in den Disziplinen Geographie, Geschichte oder soziale Wissenschaften Verwendung. In Spanien und Dänemark erhält die Staatsbürgerschaft einen besonderen Status als Fachstudium im Rahmen des Schulcurriculums selbst. Die Kenntnisse über die EU, Verständnis für die EU und die eigene Rolle in der EU ist in den angeführten Ländern von besonderer Bedeutung.

Verweis auf die Notwendigkeit, zukünftige Lehrer mit entsprechenden Fähigkeiten und Kenntnissen über die EU auszustatten, wurde in den Kompetenzrahmen für LehrerInnen von fünf Staaten (Belgien, Estland, Frankreich, Litauen und Spanien) gefunden. In gleicher Weise wurde eine indirekte Bezugnahme (d. h. Staatsbürgerschaft und demokratische Werte) in professionelle Standards integriert, die zum Beispiel in Irland und in Großbritannien eingeführt wurden. In den Niederlanden, wo solche Normen ebenfalls existieren, wurde eine Wissensbasis für angehende Lehrkräfte für alle Hauptfachrichtungen und alle Schulstufen mit besonderem Schwerpunkt auf EU-bezogenes Wissen in Geschichte und Geographie. Im Rahmen der Studie „Learning Europe at School 2013“ wurde die LehrerInnenausbildung (Erstausbildung und Fortbildung) von 27 Mitgliedstaaten auf den Inhalt „explizites Wissen über EU“ untersucht.

Tabelle 6: Zahl der Lehrerausbildungs- und Schulungsinitiativen mit Schwerpunkt auf der EU der Mitgliedsstaaten (2013)¹⁷⁰

Länder			
AT	0	DK	2
BE fr	2	EE	2
BE nl	0	MT	0
BG	0	NL	0
CY	0	PL	1
IE	1	PT	0
IT	0	RO	1
LT	0	SE	1
LU	1	SI	3
LV	1	SK	2
CZ	3	UK	0
DE	3		

In Bezug auf die Erstausbildung von LehrerInnen wurden im Rahmen der Studie relevante Kurse für künftige LehrerInnen der Geschichte, Geographie, Staatsbürgerkunde und Wirtschaft untersucht. Solche Kurse wurden im französischsprachigen Belgien, der Tschechischen Republik, Dänemark, Frankreich, Irland, Schweden und Slowenien durchgeführt. Wenn es um Weiterbildung geht, konzentrieren sich Seminare oder Schulungen über die EU auf LehrerInnen aus dem französischsprachigen Belgien, Deutschland, Ungarn, Luxemburg, Lettland, Polen, Rumänien, Slowenien und der Slowakei. Die meisten dieser Kurse sind offen für Lehrer aus verschiedenen Ebenen und Themenbereichen. Nur ein paar Module in Belgien und Lettland sind speziell auf Geographie oder Geschichtslehrer ausgerichtet. Die Aktivitäten der Europe-Direct-Zentren oder der Kommission wurden in die Erhebung nicht miteinbezogen.¹⁷¹ Im Rahmen der Studie „Learning Europe at School“ (2013) wurde auch eine Lehrerbefragung durchgeführt. 30 Lehrer der politischen Bildung oder Politik, Geschichte oder Geographie von 14 Mitgliedsstaaten wurden befragt.

¹⁷⁰ Dunne, Learning Europe at School (2013) 41f. ICF GHK – Country fiches

¹⁷¹ Dunne, Learning Europe at School (2013) 42. ICF GHK – Country fiches

Die Hälfte der befragten Lehrerinnen nahm nicht an einer speziellen Ausbildung oder Fortbildung über die EU teil. Ein weiteres Drittel nahm an einer kontinuierlichen Weiterbildung zu diesem Thema teil. Nur eine kleine Zahl der befragten Lehrer (vier), gab an, eine solide Grundlage für Unterricht über die EU in ihrer Lehrerausbildung bekommen zu haben.

Dies zeigt, dass die Lehrerfortbildung eine weitaus häufigere Quelle der Information und des Verständnisses für die EU ist, als die Erstausbildung. In den meisten Fällen haben die Lehrer, die eine ständige Fortbildung zum Thema absolviert haben, bezogen die Ausbildung von European Direct Centers (EDICS), vom Europäischen Parlament oder der Vertretung der Kommission oder eines einer Institution, die sich mit EU-Fragen beschäftigt. Diese Schlussfolgerung wird durch folgendes Ergebnis der Sekundärforschung bestätigt: LehrerInnenfortbildung zum Thema EU wird selten von den etablierten Lehrerausbildungsinstitutionen sondern verstärkt von Organisationen abgedeckt, die sonst in der Forschung oder Kommunikation über die EU tätig sind.¹⁷²

Die Eurydice-Veröffentlichung "Citizenship Education at School" in Europa hat im Schuljahr 2004/2005 die Rolle der europäischen Dimension in der staatsbürgerlichen Bildung in Bezug auf die Lehrerbildung in 33 Ländern Europas untersucht. Während 19 Länder die europäische Dimension im Rahmen der Fortbildung einschließen, empfehlen nur acht Länder die Einbeziehung der europäischen Dimension in die Lehrererstausbildung. Ein Blick auf Details zeigt, dass eine europäische Dimension in bestimmten Fächern wie Geschichte, Sozialwissenschaften und Staatsbürgerkunde enthalten ist.¹⁷³

Nicht nur Schüler müssen auf die Herausforderungen des zukünftigen europäischen Lebens vorbereitet sein, sondern auch die LehrerInnenbildung muss gleichermaßen auf Herausforderungen in der Bildungslandschaft reagieren. Ferstl fordert sowohl die Anpassung der allgemeinen Lehrkompetenzentwicklung als auch eine stärker spezialisierte europäische Kompetenzentwicklung an aktuelle Anforderungen.¹⁷⁴

¹⁷² Dunne, Learning Europe at School (2013) 43.

¹⁷³ Eurydice Networks, Citizenship Education at School in Europe (2005) 55-56.

¹⁷⁴ Ferstl, Europakompetenz in der beruflichen Bildung in Österreich (2012) 66.

Herzig geht noch einen Schritt weiter, indem sie zwischen europäischer Kompetenz und europäischer pädagogischer Kompetenz unterscheidet und sich auf eine ähnliche Diskussion in der Medienerziehung bezieht. Die Spezifikation bezieht sich im Besonderen auf Lehrer, die nicht nur Kenntnisse und Fertigkeiten für Europa benötigen, sondern auch die Dimension einer „europapädagogischen Kompetenz“, über die LehrerInnen verfügen sollten, um solche Lernprozesse anzuregen, die SchülerInnen einen entsprechenden Kompetenzerwerb ermöglichen.¹⁷⁵

Ein anderer Autor, Du Bois-Reymond, sieht zwei Anforderungen an die LehrerInnenbildung. „Erstens“, die Entwicklung europäischer Kompetenzen, die einen kontinuierlichen Lernprozess von Schüler- als auch von Lehrerseite fordern und „zweitens“ die Entwicklung einer "europäische Erfahrung". Die Verbesserung bestehender Austauschprogramme im Rahmen Lehreraus- und Fortbildung könnte nach Du Bois-Reymond ein wichtiger Schritt in diese Richtung sein. Austauschinitiativen leiden aber darunter, dass sie nicht systematisch in den offiziellen Lehrplan von Schüler- und Lehrerausbildung eingebaut werden und schon deswegen Einzelerfahrungen bleiben.

„Es bauen sich keine Wissensbestände und erprobte Anwendungsstrategien auf, die bei den Beteiligten neue Lernprozesse initiierten.“¹⁷⁶

Obwohl die meisten Mitgliedstaaten eine EU-Dimension in ihre Lehrpläne und in die Lehrerausbildung integriert haben, könnte laut dem Bericht, bei Lehrplänen, der Lehrbüchern, der Lehrmethoden und **bei der Lehrerausbildung** noch viel mehr gehandelt werden. Der Bericht verweist außerdem darauf, dass besonderes Augenmerk auf die **berufliche Bildung und die Ausbildung von Lehrkräften** gerichtet werden sollte.¹⁷⁷

„Lehrkräfte müssen in der Lehrerausbildung – sowohl zu Beginn als auch während der Berufsausübung – systematisch darauf vorbereitet werden, in Theorie und Praxis Kenntnisse über die EU und die Werte, auf denen sie beruht, zu vermitteln.“¹⁷⁸

¹⁷⁵ Herzig, Europakompetenz - Annäherungen an ein unbestimmtes Konstrukt (2007) 158.

¹⁷⁶ Du Bois-Reymond, Europakompetenz als Herzstück eines neuen Lern-verständnisses (2007) 59-60.

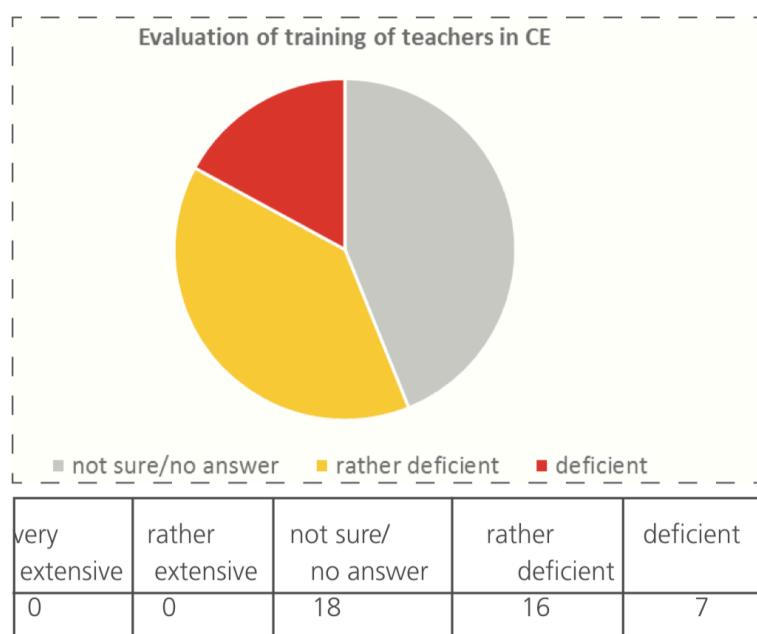
¹⁷⁷ Hüttemann, EU-in-Brief, Ausgabe 07.2017, 3.

¹⁷⁸ Entschließung 2015/2138/INI, Kenntnisse über die EU, A8-0021/2016, 8.

8.2. LehrerInnenausbildung für Politische Bildung in Österreich

Im Rahmen des Projekts „Engage- Learning democracy with children aged 8-12“ wurden in sechs Mitgliedstaaten, einer davon Österreich, die herrschenden Bedingungen für die Durchführung „Citizen Education“ (CE) untersucht. Für die Analyse in Österreich wurden 45 LehrerInnen aus unterschiedlichen Unterrichtsfächern aus den drei Schultypen Volksschule, AHS- Unterstufe und LehrerInnen aus der Neuen Mittelschule mit Hilfe von Fragebögen befragt.

Abbildung 6: How do you evaluate training of teachers in CE in Austria?¹⁷⁹



Mehr als die Hälfte der Befragten gab an, dass die Ausbildung von Lehrkräften in CE in Österreich als "eher defizitär" oder "defizitär" angesehen wird. Keine der TeilnehmerInnen gab an, dass die Lehrerausbildung in Bezug auf CE als "umfangreich" oder "ziemlich umfangreich" angesehen wird. Fast die Hälfte der Befragten gab keine Bewertung der Ausbildungssituation von Lehrkräften in Österreich ab. Die Befragten gaben an, dass ein Bedarf an Pflichtmodulen für die CE in der Ausbildung sowie in der Fortbildung besteht. Sie betonen auch die Wichtigkeit von qualifizierten Trainern sowie adäquates Material für verschiedene Zwecke (z. B. für verschiedene Themen, visuelles Material usw.).

Die TeilnehmerInnen sind zusammenfassend der Meinung, dass die Lehrerausbildung in CE verbessert werden sollte.¹⁸⁰

¹⁷⁹ Engage, Learning Democracy with Children aged 8-12, Vol.1, Paris (2016) 50.

8.2.1. Historischer Rückblick: LehrerInnenausbildung für Politische Bildung in Österreich

Die politische Bildung ist in Österreich sowohl seit 1978 als fächerübergreifendes Prinzip als auch seit 2002 als Fachunterricht verankert (siehe dazu Kapitel 8.4.3.). Im Kapitel 7.1. wurde außerdem auf die Vorgaben durch das Schulorganisationsgesetz (SchOG§) ¹⁸¹ hingewiesen. Die Demokratieinitiative der österreichischen Bildungsregierung in den Jahren 2007/08 war Anstoß für mehrere Projekte und Initiativen. Eine Professur für Politikdidaktik an der Universität Wien wurde 2007/08 eingerichtet, jedoch 2011 nicht weiter besetzt (siehe dazu Kapitel 7.3.3.)¹⁸²

Da die Ausbildung der LehrerInnen auf die Umsetzung der Lehrplanvorgaben vorbereiten sollte, wäre die Vermittlung entsprechender Kompetenzen vorgeschrieben. Die Qualifikation für das fächerübergreifende Unterrichtsprinzip wird nach Lange und Lechner-Amante an den österreichischen Universitäten kaum integriert. Es gibt noch immer keine verbindlichen Basisqualifikationen im Bildungsprogramm der PädagogInnen.

Selbst die der politischen Bildung gewidmeten Studien- und Ausbildungsanteile für den Fachunterricht im Primar- und Sekundarbereich sind von sehr geringem Umfang. Die hinreichende Vorbereitung der angehenden LehrerInnen ist nicht annähernd erreicht. Neben Geschichte, Sozialkunde, Politische Bildung und Recht und Politische Bildung, ist „Geographie und Wirtschaftskunde“ als Unterrichtsfach betroffen. Viele Ziele, Inhalte und Methoden des Fachs „Geographie und Wirtschaftskunde“ überschneiden sich mit dem Gegenstandsbereich der Politischen Bildung (siehe dazu Kapitel 8.4.3.). Das Professionalisierungsdefizit wird in der Literatur vielfach kritisiert, u.a. von Hämerle 2009, Hellmuth 2012, Lechner-Amante/Sander 2013 und Mittnick 2018.¹⁸³

Mittnick stellt bei seinem Vortrag am 1.3.2018 im Rahmen der 9.Jahrestagung der Interessengemeinschaft für Politische Bildung (IGPB) eine Studie zum Thema „Politische Bildung an österreichischen Universitäten und Pädagogischen

¹⁸⁰ Engage, Learning Democracy with Children aged 8-12, Vol.1 (2016), 50.

¹⁸¹ Bundesgesetz vom 25. Juli 1962 über die Schulorganisation (Schulorganisationsgesetz). StF: BGBI. Nr. 242/1962 , idF vom 7.4.2018, (siehe dazu auch Kapitel 7.1.)

¹⁸² Hellmuth, Politische Bildung in Österreich, in Sander, Handbuch Politische Bildung (2012) 543.

¹⁸³ Langner / Lechner-Amante, Lehrerausbildung für die politische Bildung, in Sanders (Hrsg), politische Bildung, 4.Auflage (2014) 151.

Hochschulen“ vor. Er kommt zu dem Schluss, dass der Anteil der Politischen Bildung im Curriculum der LehreInnenausbildung an Universitäten (Sekundarstufe1) und an der Pädagogischen Hochschule (Primastufe) deutlich zu niedrig ist.

„LehrerInnen werden im Bereich der Politischen Bildung (quantitativ betrachtet) nur sehr marginal ausgebildet. Explizite Lehrveranstaltungen zu Politikdidaktik sind kaum vorhanden.“¹⁸⁴

Die Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte leidet nach Hellmuth an der Willkürlichkeit der Angebote. Einzelne Kurse, (Kurz-)Lehrgänge und Masterstudien erreichen nur einen kleinen Teil von Lehrkräften und garantieren nur in begrenztem Maß eine systematische Fort- und Weiterbildung. Vorrangig werden die Fort- und Weiterbildungen von der PH durchgeführt, aber auch die „Donauuniversität Krems“, die „Johannes-Kepler-Universität“ und die „Universität Klagenfurt“ bieten Masterstudien zur politischen Bildung an. Öffentliche Träger, wie die „Bundeszentrale für Politische Bildung“ in Deutschland gibt es in Österreich nicht. Das „Zentrum polis“, das im Auftrag des Unterrichtsministeriums arbeitet, kann wie die „Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung“ oder das „Demokratiezentrum Wien“, als selbstorganisierte Initiative bezeichnet werden. Die durchgeführten Initiativen werden größtenteils durch staatliche Subvention finanziert.¹⁸⁵

Im Positionspapier der Interessengemeinschaft IGPB 2012 wurden folgende Forderungen für die Mängelbehebung in der „Politischen Bildung“ angeführt:

- Unter Punkt 2 wird der **verpflichtende Erwerb von grundlegenden Kenntnissen** in politischer Bildung für Lehramtsstudierende gefordert.
- Im Punkt 5 des Positionspapiers wird gefordert, dass neben den bestehenden Gegenständen mit der Fachbezeichnung „Politische Bildung“ auch der Gegenstand „**Geographie und Wirtschaftskunde**“ **wesentliche Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten der „politischen Bildung“ vermitteln**. In einem angemessenen Umfang müssen Studien- und Ausbildungsanteile aus der Didaktik der Politischen Bildung integriert werden.

¹⁸⁴ *Mitnik*, Politische Bildung an österreichischen Universitäten und Pädagogischen Hochschulen, Präsentation IGPB Tagung am 1.3.2018 (noch nicht veröffentlicht)

¹⁸⁵ *Hellmuth*, Politische Bildung in Österreich, in Sander, Handbuch Politische Bildung (2012) 545.

- Unter Punkt 6 wird die **professionelle Ausbildung des unterrichtenden Personals** durch fachwissenschaftliche aber auch fachdidaktische Studieninhalte empfohlen und damit verbunden die Errichtung von Professuren für die Didaktik der politischen Bildung an Universitäten und Pädagogischen Hochschulen. ¹⁸⁶

In Österreich wurde die LehrerInnenausbildung mit dem Regierungsplan „Pädagoginnenbildung Neu“¹⁸⁷ ab den Studienjahr 2014/15 grundlegend verändert. Als Folge dieser Neuausrichtung und mehreren Initiativen u.a. der „IGPB“ wurde im Jahr 2017 der Arbeitsbereich der „Didaktik der Politischen Bildung“ im Zentrum für LehrerInnenausbildung neu etabliert (siehe dazu auch Kapitel 8.4.3.). Die angebotenen Lehrveranstaltungen stehen aber hauptsächlich für Lehramtsstudenten des Studienfachs Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung zur Verfügung, dienen also vorwiegend der LehrerInnenausbildung für den Fachunterricht und nicht der Qualifizierung von LehrerInnen für das fächerübergreifende Prinzip.

Langer und Lechner-Amante fassen, um die Entwicklung im Sinne eines Kompetenzenzuwachs für Kinder und Jugendliche fördern zu können, folgendes zusammen:

„Die Einbindung der Politikwissenschaft und Soziologie in die Studienpläne ist hier ebenso unabdingbar wie der Ausbau und die Systematisierung des allzu marginalen politikdidaktischen Bildungsangebots, das zudem von allen mit politischen Bildung befassten Lehrkräften – auch solchen, die Wirtschaft unterrichten – absolviert werden müsste.“¹⁸⁸

Für alle anderen Lehrkräfte wäre nach Langer und Lechner-Amante eine Grundqualifikation in Politischer Bildung notwendig, um das fächerübergreifende Prinzip zu erfüllen.

¹⁸⁶ Helmut/Lechner-Amante/ Winischbauer, Positionspapier zur Professionalisierung der politischen Bildung im Kontext der „PädagogInnenbildungNEU (2012) 1-3.

¹⁸⁷ Bundesrahmengesetz zur Einführung einer neuen Ausbildung für Pädagoginnen und Pädagogen vom 11.Juli 2013 BGBl 2013/124

¹⁸⁸ Langner/Lechner-Amante, Lehrerausbildung für die politische Bildung, in Sanders (Hrsg), politische Bildung, 4.Auflage (2014) 152.

8.3. Ausbildungsangebote zum Thema EU-Wissen im Rahmen des Lehramtsstudiums GWK

In Österreich wurde die LehrerInnenausbildung mit dem Regierungsplan „Pädagoginnenbildung Neu“ ab den Studienjahr 2014/15 grundlegend verändert. TrägerInnen der Ausbildung sind Universitäten und Pädagogische Hochschulen, die in vier Verbundregionen Lehrpläne entwickelt und neue Lehramtsstudien für die Sekundarstufe (Allgemeinbildung) gemeinsam eingerichtet haben:

- Verbundregion Mitte (Oberösterreich, Salzburg)
- Verbundregion Nordost (Niederösterreich, Wien)
- Verbundregion Südost (Burgenland, Kärnten, Steiermark)
- Verbundregion West (Tirol, Vorarlberg)¹⁸⁹

Das Lehramtstudium besteht nunmehr aus einem Bachelor- und einem darauf aufbauenden Masterstudium.

In Anlehnung an die Studie „Learning Europe at School (2013)“ werden in dieser Arbeit die LehrerInnenaus- und LehrerInnenfortbildung für das Unterrichtsfach GWK auf das Vorhandensein von Lehrveranstaltungen mit EU-Themen als Inhalt untersucht. Die im Rahmen dieser Arbeit durchgeführte Analyse der angebotenen Lehrveranstaltungen zum Basis- bzw. Grundwissen über die EU musste aufgrund des mangelnden Angebotes sowohl in der Lehrerausbildung aber auch in der LehrerInnenfortbildung, auf die Themen/Begriffe „Europäische Union“ und „Europa“ ausgeweitet werden. Lehrveranstaltungen, die zwischen Wintersemester 2015 bis Sommersemester 2018 an den Universitäten Innsbruck, Klagenfurt, Salzburg, Graz und Wien angeboten wurden, werden in die Erhebung der LehrerInnenausbildung miteinbezogen. Bei der Analyse der LehrerInnenfortbildung wurde das LV-Angebot der unterschiedlichen österreichischen Pädagogischen Hochschulen in Verbünden und in den einzelnen Bundesländern untersucht. Sowohl die Studienpläne der einzelnen Universitäten als auch die Lehrveranstaltungen werden auf das Vorhandensein von LV, die im Titel aber auch in der Inhaltsbeschreibung die „Europäische Union“ bzw. „Europa“ explizit erwähnen, untersucht.

¹⁸⁹ Bundesrahmengesetz zur Einführung einer neuen Ausbildung für Pädagoginnen und Pädagogen vom 11.Juli 2013 BGBI 2013/124

8.3.1. Alpen-Adria-Universität Klagenfurt

Die Verwendung der Begriffe „Europa“ und „Europäische Union“ im Studienplan von 2.7.2008 unterscheidet sich wesentlich vom neuen Curriculum vom 29.6.2017 für das Bachelorstudium: „Lehramt Sekundarstufe Allgemeinbildung“.

Im Studienplan vom 2.7.2008 der Universität Klagenfurt wurde die Aneignung von räumlichen Kompetenzen in verschiedenen Maßstabsebenen als wichtiger fachspezifischer und didaktischer Aspekt von GW aufgelistet. Unter §12 Qualifikationsprofil des Unterrichtsfachs wurden räumlichen Kompetenzen innerhalb einer **europäischen Dimension** eine besondere Bedeutung zugesprochen. Alle angebotenen Lehrveranstaltungen mit EU-Bezug wurden dem Prüfungsfach „Grundlagen der regionalen Geographie“ im ersten Abschnitt und „regionale und angewandte Geografie“ und „Umwelt- und Ökogeographie (Integrative GW)“ im zweiten Abschnitt zugeordnet.¹⁹⁰

Im Curriculum für das Bachelorstudium, Lehramt Sekundarstufe Allgemeinbildung vom 29.6. 2017 kommen die Begriffe „Europa“ und „Europäische Union“ für das Unterrichtsfach Geographie und Wirtschaftskunde, aber auch für „Geschichte und Sozialkund/Politische Bildung“ nicht mehr vor. Der Begriff „Global Citizenship Education“ wird dafür in mehreren Bereichen verwendet. Für alle angeführten Unterrichtsfächer des Studienplans 2018 wird der Begriff „Global Citizenship Education“ im Kernelement pädagogischer Berufe (Absatz 4) wie folgt beschrieben:

“(4) Kernelemente pädagogischer Berufe

*(...) **Global Citizenship Education** reagiert auf neue Herausforderungen für die Bildung im Kontext einer vernetzten und globalisierten Weltgesellschaft. Durch die Einbeziehung von **Global Citizenship Education** als Kernelement soll ein Bewusstsein für globale Zusammenhänge geschaffen und es sollen die Fähigkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe, zur Mitgestaltung und Mitverantwortung in der Weltgesellschaft gefördert werden. (...)"*

Global Citizenship kommt außerdem in der Beschreibung des Moduls „Fachdidaktik“ der GWK vor. Im Modul „Integrative Geographie“ wird als Inhalt u.a. der integrativ-

¹⁹⁰ Studienplan. Lehramt an der Universität Klagenfurt, Unterrichtsfach Geographie und Wirtschaftskunde, Beilage 2 zum Mitteilungsblatt 20. Stück – 2007/2008, 02.07.2008
<http://www.uni-klu.ac.at/rechtabt/downloads/mbl20b2-07-08.pdf>

geographisch-ökonomische Einblick in ausgewählte Regionen, Staaten und/oder supranationale Gebilde und die politische Dimension von GWK aufgelistet.¹⁹¹

Lehrveranstaltungen Uni Klagenfurt¹⁹²

Folgende Lehrveranstaltungen mit EU- Bezug können zusammengefasst werden:

Titel:	Europäische Tourismuskonzepte
Inhalt:	Tourismuskonzepte als politische Steuerungsinstrumente erkennen und hinsichtlich der Folgen (ökonomisch, sozial, juristisch, ...) beurteilen können. Die globale Wettbewerbsfähigkeit der touristischen Destinationen „Europa“ beurteilen können.
Nr.:	320.507 2VL
Vortragende:	Mag. Alois Fertala
Datum:	2SWS, SS2015

Titel:	„Vom Wegnehmen der Grenze- EU-Kohäsionspolitik in der Praxis“
Inhalt:	EU-Regional- und Kohäsionspolitik, verwaltungstechnische Rahmenbedingungen, Rechtsgrundlagen (EU-Verordnungen und EU-Programme), Gelingensfaktoren und Hemmnisse der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, Projektbeispiele
Nr.:	320.072 2 SE
Vortragende:	Mag. Dr. Eva-Maria Wutte-Kirchgatter
Datum:	2SWS, WS2017

Titel:	„Small Countries at Europe’s Periphery“
Inhalt:	Die Vorlesung zu Regionalen Geographie konzentriert sich auf periphere Regionen Europas und führt fragestellungsorientiert in zentrale Aspekte dieser Regionen. ¹⁹³
Nr.:	GWH01001UL Ringvorlesung
Vortragende:	Mag. Dr. Peter Mandl, Dr. Anke Uhlenwinkel
Datum:	2SWS, WS2017

¹⁹¹ Curriculum für das Bachelorstudium, Lehramt Sekundarstufe Allgemeinbildung, Curriculum 2017, Beilage 1 zum Mitteilungsblatt 21. Stück, Nr.135 2-2016/2017, 29.06.2017, <https://www.aau.at/wp-content/uploads/2017/06/Mitteilungsblatt-2016-2017-21-Beilage-1.pdf>

¹⁹² Universität Klagenfurt: <https://campus.aau.at>

¹⁹³ Universität Klagenfurt: <https://campus.aau.at>

8.3.2. Vorarlberg

Durch die gesetzlichen Veränderungen mit dem Beschluss des Parlaments vom 12.6.2013 wurde der Entwicklungsverbund „LehrerInnen WEST“ geschaffen. Zu diesem Verbund zählt auch die „Pädagogische Hochschule Vorarlberg“. Die LehrerInnenausbildung im Fach „Geographie und Wirtschaftskunde“ kann innerhalb dieses Verbundes nur an der Universität Innsbruck absolviert werden.

8.3.3. Universität Innsbruck

Im aktuellen Curriculum¹⁹⁴ wird kein Bezug zu europapolitischen Themen hergestellt. Der Kontinent Europa wird nur als Raumbezug erwähnt.

Lehrveranstaltung Innsbruck¹⁹⁵

Bei der Recherche des Vorlesungsverzeichnisses von WS2015/16 bis SS 2018 konnte eine Lehrveranstaltung mit EU-Bezug gefunden werden.

Titel:	Das kulturelle und wirtschaftliche Potenzial Europa: Beitrag zur globalen Zukunft
Inhalt:	Die europäische Gegenwart ist reich an Widersprüchen. Für viele Menschen 'von außen' ein Sehnsuchs- und Fluchort, von dem man sich bessere Lebensbedingungen erhofft. Ein Kontinent, der Frieden und soziale Sicherheit verspricht. Für immer mehr Menschen 'von innen' nehmen allerdings existenzielle Unsicherheiten zu - Angst vor Arbeitslosigkeit oder Altersarmut betreffen immer größere gesellschaftliche Gruppen. Während sich für die einen Krisensymptome häufen, sehen andere Europa nach wie vor als wirtschaftliche und kulturelle Großmacht. In welchem Europa leben wir also? Wie ist es um das kulturelle und wirtschaftliche Potenzial bestellt? Welchen Beitrag kann Europa gegenwärtig und zukünftig für die globale Zukunft leisten?
Nr.:	800608
Vortragende:	Meixner Wolfgang
Datum:	2, WS 2015/16

¹⁹⁴ Curriculum für das Bachelorstudium Lehramt Sekundarstufe (Allgemeinbildung), Gesamtfassung 1.10.2017, https://www.uibk.ac.at/fakultaeten-servicestelle/pruefungsreferate/gesamtfassung/ba-lehramt-sekundarstufe_stand-01.10.2017.pdf

¹⁹⁵Universität Innsbruck:

https://lfuonline.uibk.ac.at/public/lfuonline_lv.suche?sub=ok&search=Suchen&sem=18S&lvnr=&t=Europa&v=&typ=&sp=&wt=&uzv=&uzb=&dvt=&dvm=&dvj=&dbt=&dbm=&dbj=&f=170179

8.3.4. Universität Wien

Im Mitteilungsblatt¹⁹⁶ vom 27.6.2016 werden im Curriculums für das Bachelorstudium „Geographie und Wirtschaftskunde Lehramt“ sechs Pflichtmodule mit, Wahlbereich und fachbezogenes Schulpraktikum Geographie und Wirtschaftskunde aufgelistet.

Ein Bezug zu Europa und EU kann in den folgenden zwei Pflichtmodulgruppen des Bachelorstudiums festgestellt werden:

„1. Pflichtmodulgruppe: Grundlagen der Wirtschaftskunde

Pflichtmodul: Wirtschaftspolitik und Finanzwesen 5 ECTS

Nach Abschluss des Moduls kennen die Studierenden wirtschaftspolitische Maßnahmen auf nationaler, europäischer und globaler Maßstabsebene und können ihre Ursachen und Auswirkungen an ausgewählten Beispielen kritisch analysieren und diskutieren. Überdies erwerben sie Einsichten in die Darstellung und Vermittlung wirtschaftspolitischer Zusammenhänge.

Im Rahmen dieses Moduls werden grundlegende Kenntnisse der Wirtschaftspolitik(en) vermittelt. An nationalen, europäischen und globalen Beispielen werden wirtschaftspolitische Strategien und Maßnahmen analysiert, darüber hinaus werden weltwirtschaftliche Zusammenhänge dargestellt. Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Vermittlung von Kenntnissen über die Funktionsweise nationaler sowie internationaler Geld- und Finanzmärkte und in der kritischen Auseinandersetzung mit diesen.

2. Pflichtmodulgruppe: Sonstige Pflichtmodule

Pflichtmodul: Raumordnung und Regionalentwicklung 3ECTS

Die Studierenden kennen nach Abschluss des Moduls den Aufbau und die Funktionsweise der Raumordnung und anderer raumwirksamer Politiken in Österreich und Europa und können ihre grundlegenden Kenntnisse zu dieser Thematik unter Kenntnis der grundsätzlichen Instrumente der Regionalentwicklung und der räumlichen Planung auf spezielle Problemstellungen anwenden. Sie verfügen über Einsichten in die Interdependenz räumlicher Entwicklungsprozesse und politisch-planerischer Steuerung und sind in der Lage, sich argumentativ mit den Zielen, Strategien, Maßnahmen und Wirkungen der raumbezogenen Planung und

¹⁹⁶ **Mitteilungsblatt**, Studienjahr 2015/2016 – Ausgegeben am 27.06.2016 – 41. Stück , Curricula, 249. 2. Änderung und Wiederverlautbarung des Teilcurriculums für das Unterrichtsfach Geographie und Wirtschaftskunde im Rahmen des gemeinsamen Bachelorstudiums zur Erlangung eines Lehramts im Bereich der Sekundarstufe (Allgemeinbildung) im Verbund Nord-Ost
https://mtbl.univie.ac.at/storage/media/mtbl02/2015_2016/2015_2016_249.pdf

Politik auseinanderzusetzen und diese auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene kritisch zu reflektieren.“¹⁹⁷

Uni Wien¹⁹⁸

Folgenden Lehrveranstaltungen konnten gefunden werden:

Titel:	Innovationsbasierte Regionalpolitik im europäischen Kontext
Inhalt:	Die Lehrveranstaltung vermittelt einerseits theoretische Grundlagen zur Entwicklung von Regionen durch die Förderung von Innovationspotenzialen im Kontext europäischer Politiken und Politikansätze (z.B. EU-Strukturfonds, Interreg, Smart Specialisation, LEADER), sowohl in EU-Mitgliedsstaaten als auch in Beitritts- und Nachbarschaftsländern. Andererseits vermittelt die Veranstaltung durch die Anwendung des Gelernten in kleineren methodischen Übungen und einer in der Gruppe erarbeiteten Fallstudie berufspraktische Kompetenzen, die für berufliche Perspektiven in der Wirtschaftsförderung und Regionalentwicklung, in der Entwicklungszusammenarbeit, in Wirtschaftskammern und in der Beratung aufgrund der anhaltenden und wachsenden Bedeutung der EU-Regionalpolitik hochgradig relevant sind. Zudem vermittelt die Veranstaltung praktische und methodische Kompetenzen in der regionalökonomischen Analyse und Strategieentwicklung.
Nr.:	290165 VU
Vortragende:	Maximilian Brenner
Datum:	SS2018 6 ECTS(3sws)

Titel:	Europäische Raumentwicklung - EU-Politiken und nationale Planungssysteme
Inhalt:	Die Lehrveranstaltung gibt einen Überblick über das europäische Mehrebenensystem raumbezogener Planung und Politik, über raumbezogene EU-Politiken, über Typen nationaler Raumplanungssysteme und Beispiele für lokale und regionale Projekte mit EU-Förderung und in Umsetzung von EU-Richtlinien. Die Studierenden erwerben Kenntnisse über die behandelten Inhalte und sind in der Lage, die politischen Implikationen und räumlichen Wirkungen des Mehrebenensystems raumbezogener Planung und Politik zu beurteilen. Sie erkunden konkrete Projekte und Prozesse raumwirksamer EU-Politiken einschließlich der EU-Förderpraxis. Die Veranstaltung besteht aus Vorträgen des Dozenten sowie Referaten der Studierenden.
Nr.:	290067 VU
Vortragende:	Axel Priebs
Datum:	3 ECTS (2SWS), WS 2016, WS2017

¹⁹⁷ **Mitteilungsblatt**, Studienjahr 2015/2016 – Ausgegeben am 27.06.2016 – 41. Stück , Curricula, 249. 2. https://mtbl.univie.ac.at/storage/media/mtbl02/2015_2016/2015_2016_249.pdf

¹⁹⁸ Universität Wien: <https://ufind.univie.ac.at/de/index.html>

Titel:	Wird es den Euro und die EU in ein paar Jahren noch geben?
Inhalt:	Die multiplen Krisen in der EU und der europäischen Währungsunion stellen diese Institutionen vor existentielle Herausforderungen. Es ist das Ziel des Seminars, Genese und Ursachen dieser Krisen herauszuarbeiten und mögliche Zukunftsszenarien zu diskutieren.
Nr.:	290063 SE
Vortragende:	Wolfgang Blaas
Datum:	4 ECTS (2SWS) SS2016

Titel:	Vom Neoliberalismus zur neuen europäischen Aufklärung
Inhalt:	Das Seminar setzt es sich zum Ziel, den Neoliberalismus, also das derzeit dominierende wirtschaftspolitische Regime aus theoretischer, empirischer und politischer Perspektive eingehend zu diskutieren und die Frage zu untersuchen, ob und welche Alternativen möglich sind.
Nr.:	290070 SE
Vortragende:	Wolfgang Blaas
Datum:	4 ECTS (2SWS)

8.3.5. Karl-Franzens-Universität Graz

Mit dem Herbst 2015 trat an der Uni Graz ein neues Curriculum für das Lehramtsstudium „Geographie und Wirtschaftskunde (GW)“ – so wie auch für alle anderen Unterrichtsfächer – in Kraft.¹⁹⁹ Die Lehrveranstaltung nach dem Curriculum von 2008 im Modul GW-H2 mit der Bezeichnung „Internationale Wirtschaftsräume“, wurde im Curriculum von 2015 durch die Lehrveranstaltung „Europa und europäische Integration“ ersetzt.²⁰⁰ Außerdem hatte das Modul „GW-H Geographie 3“ die fachliche Vertiefung von Physio-, Human- und/oder Wirtschaftsgeographie nach Wahl der Studierenden zum Inhalt. „Raum- und Sozial- und Wirtschaftsstrukturen ausgewählter Staaten und/oder supranationaler Gebilde, insbesondere Europa und/oder EU“ wurde als Inhalt dieses Moduls beschrieben. ²⁰¹

¹⁹⁹ Universität Graz: <https://geographie.uni-graz.at/de/studium/studien/lehramt-geographie-und-wirtschaftskunde/>

²⁰⁰ Universität Graz: https://static.uni-graz.at/fileadmin/urbi-institute/Geographie/downloads/studienplaene/AEquivalenzliste_ALT_NEU.pdf (abgerufen 9.7.2018)

²⁰¹ Mitteilung der Karl-Franzens-Universität Graz, 120 Sondernummer, 2010/11, 30.06.2011, Curriculum für das Lehramt (..) Geographie und WK, 44. https://static.uni-graz.at/fileadmin/urbi-institute/Geographie/downloads/studienplaene/2011/Dipl_Lehramt_11W_mitteilungsbl.pdf

Wie auch für die Alpen-Adria-Universität Klagenfurt brachte das „Curriculum für das Bachelorstudium, Lehramt Sekundarstufe Allgemeinbildung vom 29.6.2017“ wesentliche Veränderungen für die Karl-Franzens Universität Graz (siehe dazu Kapitel 8.3.1.). Die Begriffe „Europa“ und „Europäische Union“ für das Unterrichtsfach „Geographie und Wirtschaftskunde“ aber auch für das Unterrichtsfach „Geschichte und Sozialkund/Politische Bildung“ kommen in der aktuellen Version des Curriculums für die Verbundregion Südost nicht mehr vor. Der Begriff „**Global Citizenship Education**“ wird dafür in mehreren Bereichen verwendet.²⁰²

Lehrveranstaltungen Universität Graz²⁰³

Lehrplanbezug:	
Titel:	Europa und Europäische Integration
Inhalt:	Europabegriffe und -konzepte im Wandel Geographien Europas und regionale Differenzierung Europas vor dem Hintergrund kultureller, sozialer und ökonomischer Pluralität sowie des globalen Wandels Entwicklung und Herausforderungen der europäischen Integration Die Europäische Union und ihr Wirkungsgefüge
Nr.:	GWG.02026UB
Vortragende:	Lieb Gerhard, Tafner Georg
Datum:	2SWS, SS2017

Lehrplanbezug:	
Titel:	Geographische Exkursion Brüssel
Inhalt:	Präsentation und Diskussion über die Organisation und die Politiken der Europäischen Union und der Stadtentwicklung von Brüssel
Nr.:	GWG.04308UB
Vortragende:	Brunner Franz
Datum:	2SWS, SS2016

²⁰² Curriculum für das Bachelorstudium, Lehramt Sekundarstufe Allgemeinbildung, Curriculum 2017, Beilage 1 zum Mitteilungsblatt 21.Stück, Nr.135 2-2016/2017, 29.06.2017, <https://www.aau.at/wp-content/uploads/2017/06/Mitteilungsblatt-2016-2017-21-Beilage-1.pdf>

²⁰³ Universität Graz: https://online.uni-graz.at/kfu_online/wbSuche.LVSuche

8.3.6. Paris-Lordon-Universität Salzburg

Das Lehramtstudium Geographie und WK wird in 9 Module eingeteilt. In den Modulen „GW B2“ bis „GW B5“ werden fachwissenschaftliche und fachdidaktische Inhalte an Beispielen aus Österreich, Europa und der globalen Ebene ausgewiesen. Das Modul GW B4 „Lernfeld Wirtschaft und Didaktik der ökonomischen Bildung“ wird als Ziel „die ungleiche Entwicklung in Europa und der Welt erkennen und unterschiedliche Erklärungsansätze verstehen“ und als Inhalt „Prozess der Konvergenz und Divergenz in Europa“ angeführt. Im Studienplan des Masterstudiums wird kein Bezug zu Europa/EU hergestellt.

Im Abschnitt B: Bildungswissenschaftliche und pädagogisch-praktische Ausbildung wird in den Modulen „Bildung, Schule und Gesellschaft“ und „Grundlagen des Lehrberufs 2: Berufe Lehrer/in und Unterricht“ ein Bezug zum Unterrichtsprinzip **Europapolitische Bildung** hergestellt.²⁰⁴

Lehrveranstaltung Uni Salzburg²⁰⁵

Titel:	Europa zwischen Konvergenz und Divergenz
Inhalt:	<ul style="list-style-type: none">• Begriffsklärung Konvergenz – Disparität• Indikatoren für Disparitäten (wirtschaftliche, gesellschaftliche, im Umweltbereich)• „Geographie der Armut“• „Entwicklung von oben“• Raumordnungspolitiken• EU Regionalpolitiken• Förderfähige Projekte zur regionalen Entwicklung• Regionen in der Peripherie• Makroregionale Strategien• Strukturwandel
Nr.:	453.360
Vortragende:	Brocza Stefan
Datum:	2SWS, WS 2015/16, WS2016/17, WS 2017/18

²⁰⁴ Mitteilungsblatt-Sondernummer der Paris Lodron-Universität Salzburg, 143. Curriculum für das Bachelorstudium Lehramt Sekundarstufe (Allgemeinbildung), 20.6.2017, https://online.uni-salzburg.at/plus_online/wbMitteilungsblaetter.display?pNr=2090931 (abgerufen 4.3.2018)

²⁰⁵ Universität Salzburg: https://online.uni-salzburg.at/plus_online/webnav.ini

Titel:	Einführung in die Politik der Europäischen Union 1
Inhalt:	Die Vorlesung „Einführung in die Politik der EU“ ist in vier Themenblöcke gegliedert: 1. Geschichte und Theorien der europäischen Integration. 2. Die Institutionen der Europäischen Union (Europäische Kommission, Europäischer Rat und (Minister)Rat, Europäisches Parlament, Europäischer Gerichtshof) und ihr Zusammenwirken. 3. Politische Akteure und Prozesse in der Europäischen Union (Demokratie, Parteien, Wahlen; Interessengruppen und öffentliche Meinung, Europäisierung nationaler Politik). 4. Ausgewählte Politikfelder der EU (Binnenmarkt, Außen- und Innenpolitik, WWU).
Nr.:	300.811
Vortragende:	Blauberger Michael
Datum:	2SWS, WS2017/18, WS 2016/17

Titel:	Geschichte der EU
Inhalt:	Im Fokus dieses Proseminars steht die Geschichte der Gründung der EU. Dabei werden der internationale historische Kontext nach dem 2. Weltkrieg und die verschiedenen Ideen für ein gemeinsames Europa untersucht.
Nr.:	603.441
Vortragende:	Pausch Markus
Datum:	2SWS, SS2018

8.3.7. Ergebnisse

Tabelle 7: Anzahl der Lehrveranstaltungen mit Europa/EU-Bezug an österreichischen Universitäten im angeführten Zeitraum

	Anzahl der Lehrveranstaltungen mit Europa/EU-Bezug			
	WS2015/ SS2016	WS2016/ SS2017	WS2017/ SS2018	Insgesamt
Univ. Innsbruck (Verbund West)	1	0	0	1
Univ. Klagenfurt (Verbund Südost)	1	0	2	3
Univ. Graz (Verbund Südost)	0	2	0	2
Univ. Salzburg (Verbund Mitte)	1	2	1	4
Univ. Wien (Verbund Ost)	1	1	3	5

Die Lehrpläne der unterschiedlichen Verbünde auf das Vorhandensein von den Begriffen „Europa und EU“ analysiert. In den Lehrplänen der Universitäten des Verbundes West wird kein Bezug hergestellt. Im Lehrplan der Universität Salzburg (Verbund Mitte) und der Universität Wien (Verbund Ost) wird der Begriff „Europa“ im Lehrplan erwähnt. Im Verbund Südost wird unter (Absatz 4) Kernelemente pädagogischer Berufe für alle Unterrichtsfächer der Begriff „Global Citizenship Education“ angeführt. Dies entspricht den Anforderungen, die durch das fächerübergreifende Unterrichtsprinzip Politische Bildung gegeben sind. Der Begriff „Global Citizenship Education“ kommt im Lehrplan des Verbundes Südost auch in der Beschreibung des Moduls Fachdidaktik vor. Ein Bezug zum Unterrichtsprinzip „Politischen Bildung“ wird auch im Lehrplan der Universität Salzburg hergestellt. Der Begriff „Europäische Union“ kommt in keinem der Lehrpläne vor.

Die Anzahl der angebotenen Lehrveranstaltungen in den unterschiedlichen Studiensemestern ist sehr gering. Insgesamt wurden in den Verbünden in den letzten drei Jahren (sechs Semester) in keinem Verbund mehr als fünf Lehrveranstaltungen angeboten. Im Verbund West wurde in diesem Zeitraum überhaupt nur eine passende Lehrveranstaltung angeboten.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass obwohl die Vermittlung von EU-Wissen in den Schullehrplänen des Unterrichtsfachs GWK ein bedeutendes Thema sind und im Schulorganisationsgesetz gefordert wird, sind die Lehrpläne der Universitäten und damit verbunden die angebotenen LV für zukünftige Lehrerinnen der nicht ausreichend auf diese Vorgabe abgestimmt. Das aktuelle Angebot entspricht demnach auch nicht den gemeinschaftsrechtlichen und gesellschaftspolitischen Vorgaben und Anforderung.

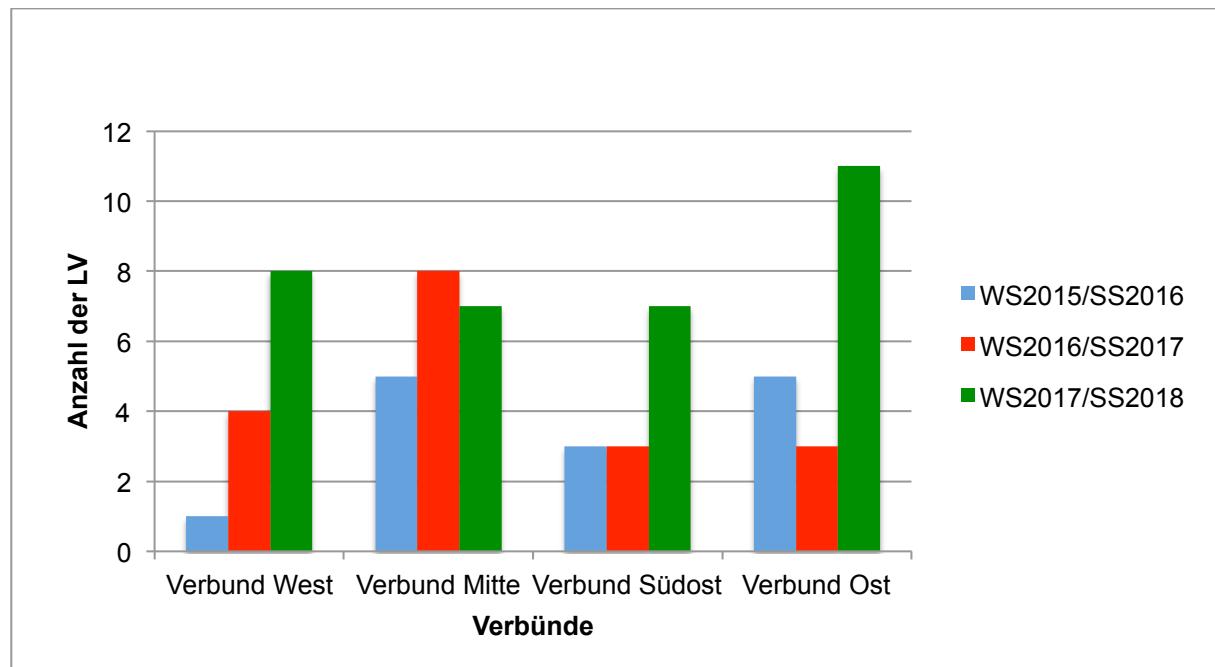
8.4. LehrerInnenfortbildungen zum Thema EU-Wissen an den Pädagogischen Hochschulen in den Bundesländern

Folgende Lehrveranstaltung mit Bezug zum Europapolitischer Bildung konnten in den Pädagogischen Hochschulen der Bundesländer zusammengefasst werden. Je nach Möglichkeit wurde das Veranstaltungsprogramm der letzten drei Jahre (2015-2018) recherchiert. Die Websites der jeweiligen Pädagogischen Hochschulen (PH-

online) wurden nach der Anzahl von Fortbildungs-Lehrveranstaltungen zum Thema durchsucht. Durch die höhere Anzahl Lehrveranstaltungen mit „EU-Bezug“, konnte eine größere Differenzierung durchgeführt werden. LV wurden auf das Vorhandensein von den Begriffen „EU“ bzw. und „Europa“ untersucht und in der Folge den drei Kategorien LV mit EU-Bezug, LV mit Europabezug (meist regionalgeographisch) und LV zu sonstigen EU-Themen (Erasmus+ Informationen oder Europa Quiz). Verschieden LV wurden in mehreren Semestern angeboten und wurden deshalb entsprechend dem Angebot mehrmals gerechnet. Die detaillierten Beschreibungen der einzelnen Lehrveranstaltungen sind dem Anhang zu entnehmen. Die Ergebnisse werden im Verhältnis zu den SchülerInnenzahlen²⁰⁶ in den unterschiedlichen Verbünden und Bundesländern dargestellt, da die LehrerInnenzahlen nicht verfügbar waren.

8.4.1. Ergebnisse

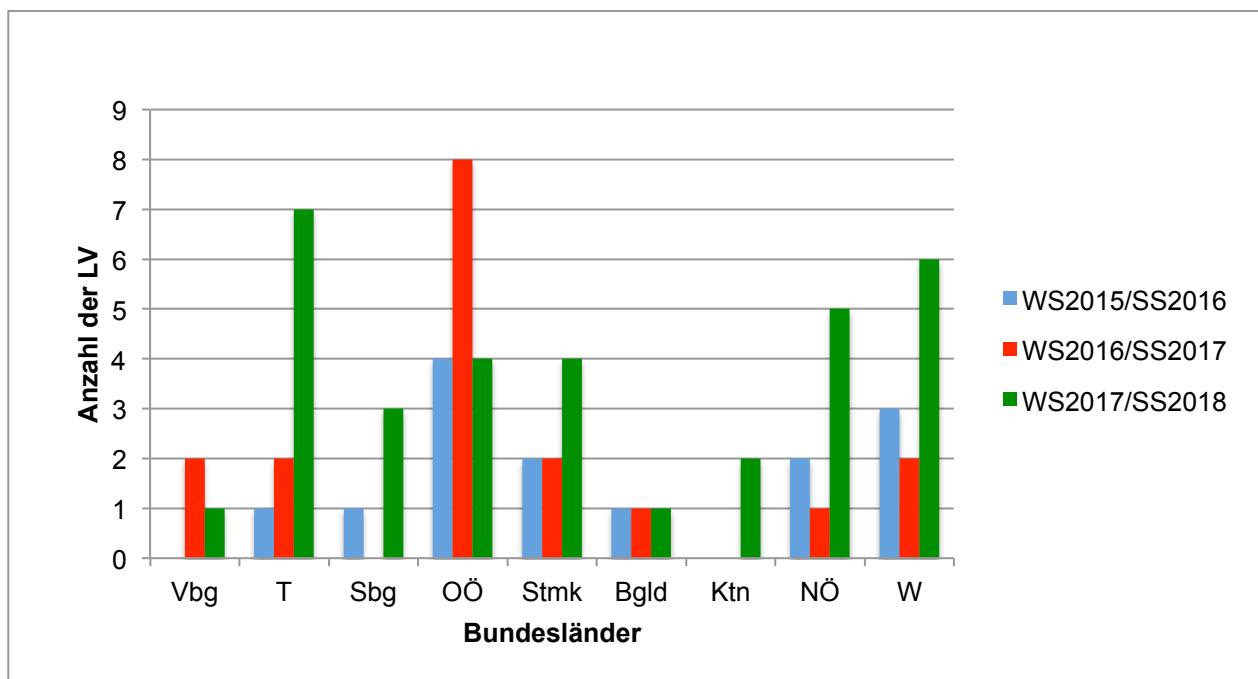
Abbildung 7: Anzahl der LV zu EU-Themen in den Verbünden WS2015-SS2018



²⁰⁶ BMB, Zahlenspiegel 2016, Statistiken im Bereich Schule und Erwachsenenbildung in Österreich (2017) 12ff.

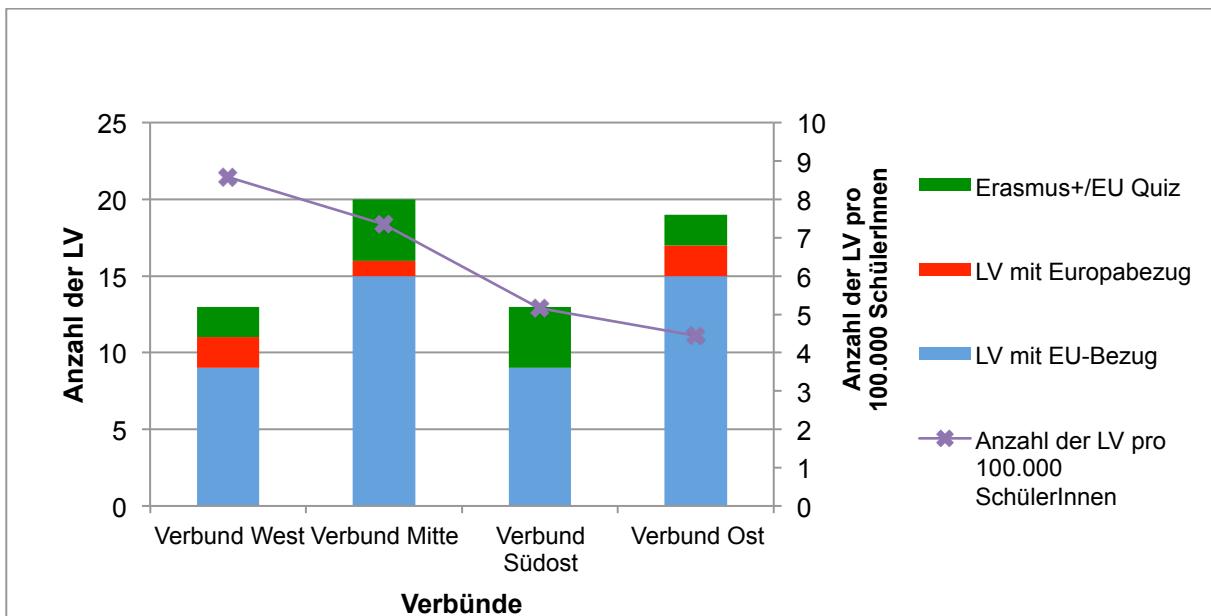
In den unterschiedlichen Verbünden ist das Angebot an LV zum Thema EU in den letzten drei Jahren (sechs Semester) gestiegen. Die Anzahl der LV im Verbund Ost insgesamt hat sich mehr als verdoppelt. Hier muss erwähnt werden, dass im Verbund Ost mit 428 407 SchülerInnen in den unterschiedlichen Schulformen, fast doppelt so viele SchülerInnen, wie in den Verbünden Mitte (272 125) und Südost (252 070) sind. Das Angebot im Verhältnis der LV zu den Schülerzahlen - also im Unterrichtsjahr 2017/18 im Verbund Ost - geringer ist als in den anderen Verbünden.

Abbildung 8: Anzahl der LV zu EU-Themen in den Bundesländern WS2015-SS2018



Bei der Betrachtung der Ergebnisse in den einzelnen Bundesländern stechen Tirol im Unterrichtsjahr 2017/18 und Oberösterreich im Unterrichtsjahr 2016/17 hervor. In Tirol wird ein aus drei Modulen bestehende LV „Europa erleben und vermitteln“ (siehe Anhang) angeboten mit dem Inhalt der Wissensvermittlung über die EU-Institutionen und einer Brüssel Reise. Im „Verbund Mitte“ ist die Anzahl der LV im Unterrichtsjahr 2016/2017 überdurchschnittlich hoch. Dieses konstante Angebot setzt sich auch mit LV für das Wintersemester 2018/2019 fort. Die LV „Europawahlen 2019“ (siehe Anhang) ist als positives Beispiel zu nennen, ist jedoch nicht mehr Teil der Erhebungen im Rahmen dieser Arbeit. In allen Bundesländern, bis auf Vorarlberg und Oberösterreich, ist die Anzahl der Angebote gestiegen.

Abbildung 9: Anzahl der LV zu unterschiedlichen EU-Themen in den Verbünden WS 2015- SS2018 im Verhältnis zu den SchülerInnenzahlen



Die Anzahl der LV mit EU-Bezug ist im Verbund Ost und Verbund Mitte am höchsten. Wird das Ergebnis im Verhältnis zu den SchülerInnenzahlen in den unterschiedlichen Verbünden gestellt, schneidet der Verbund Ost jedoch mit 4,4 LV pro 100.000 SchülerInnen am schlechtesten ab und der Verbund West mit 8,6 LV pro 100.000 SchülerInnen am besten.

9. Conclusio

Mit dem Begriff „Europa-bezogenes Lernen“ wird Europa auf einen geographischen oder politischen und kulturellen Bezugsrahmen eingeschränkt.²⁰⁷ Die Schule stellt hierbei den primären Lernkontext für die Vermittlung dar. Der Fokus dieser Arbeit wurde auf die kognitive Lerndimension des „Europa-bezogenen Lernens“ gelegt. Entsprechend der Definition der EU-Dimension im Bildungswesen des Europäischen Parlaments wurde der Schwerpunkt der Arbeit zusätzlich auf das Basiswissen über die EU als Grundlage für die europazentrierte Politische Bildung eingeschränkt.

Das EU-Grundwissen wird als notwendige Voraussetzung für das Verständnis der EU-Politik und der aktuellen EU-politischen Streitfragen aber auch für ein Verständnis der täglichen Medienberichte über die EU gesehen.²⁰⁸ In der Politikdidaktik ist es zu einem positiven Diskurs hinsichtlich der Bedeutung von Wissen für die kompetenzorientierte politische Bildung gekommen. Dabei hat das Basiswissen eine entscheidende Funktion für die Informationsverarbeitung und die Konstruktion von neuem Wissen. Zukünftig muss der politische Alltag sowohl auf nationaler aber auch auf europäischer und multinationaler Ebene verstärkt in den Politikunterricht geholt werden. Es muss geklärt werden, welche Art von Wissen für die Erfüllung der Staatsangehörigkeit als notwendig erachtet wird.

Die „Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12.4.2016 zum Erwerb von Kenntnissen über die EU an Schulen“ fordert die Mitgliedstaaten u.a. dazu auf, auf die Vermittlung von EU Kenntnisse spezialisierte Qualifizierungskurse an Universitäten einzurichten, die für die Ausbildung und Fortbildung von LehrerInnen zur Verfügung stehen. Die gemeinschaftsrechtliche Anforderung konnte in der Arbeit bestätigt werden, erfährt jedoch eine Einschränkung, da die Gestaltung der Bildungssysteme und die Auswahl der Lerninhalte dem Verantwortungsbereich der Mitgliedstaaten durch den ausdrücklichen Ausschluss einer Harmonisierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften unterliegt.²⁰⁹

Die gesellschaftlichen Anforderungen wurden durch die Untersuchungen über das Image der EU in Österreich dargelegt. Bei allen untersuchten Indikatoren

²⁰⁷ Mickel, „Politische Bildung in der Europäischen Union“, In: Sander, Wolfgang, Handbuch politische Bildung (2004) 639.

²⁰⁸ Oberle, Politisches Wissen, Kindle Reader (2012) 1778.

²⁰⁹ Hüttemann, EU-in-Brief, Ausgabe 07.2017, 3.

(Wahlbeteiligung, Einstellung, Mobilitätsbereitschaft und Notwendigkeit der Kenntnisverweiterung) liegen österreichische Jugendliche unter dem EU-Durchschnitt. Entsprechend der Schlussfolgerung von Tafner und Sorko, dass je mehr über die EU gelernt wird, desto stärker das EU Interesse ist und umgekehrt, können LehrerInnen sowie LehrerInnenaus- und LehrerInnenfortbildungsinstitutionen einen Beitrag zur Verbesserung der Situation leisten.²¹⁰

Die Vermittlung von EU-Wissen ist ein bedeutendes Thema in den Schullehrplänen des Unterrichtsfachs GWK und wird zusätzlich vom Schulorganisationsgesetz gefordert. Nach der Analyse der GWK- Lehrpläne vor allem der Sekundarstufe 2 kann zusammengefasst werden, dass die Hauptaufgabe des GWK-Unterrichts sicher in der Vermittlung der unterschiedlichen Policy-Bereiche der EU liegt,²¹¹ jedoch kann die politische Wirkung nicht ohne den institutionellen Rahmen dargestellt werden. Als Disziplin ist es für die Geographie wichtig über die Anforderungen, die die Erziehung zum globalen Bürger mit sich bringen, nachzudenken und welche Art des Lernens beim Versuch, Einzelpersonen für diese Rolle zu befähigen, angestrebt werden soll.²¹² Sowohl die Zuständigkeit des Unterrichtsfachs GWK für die Vermittlung von EU-Basiswissen als auch die rechtliche Anforderung durch das österreichische Schulgesetz konnte nachgewiesen werden.

Eine unzureichende LehrerInnenaus- und Lehrerfortbildung zum Thema EU stellt innerhalb der EU eine Barriere für das Vermitteln von EU-Inhalten an der Schule dar. Hinzu kommt, dass die LehrerInnenfortbildung eine weitaus häufigere Quelle der Information und des Verständnisses für die EU ist, als die Erstausbildung. Dieses Ergebnis der Studie „Learning Europe at School“ konnte auch bei den Analyse der Lehrveranstaltungen in Österreich bestätigt werden. LehrerInnenfortbildung zum Thema EU wird in Österreich genauso wie in den restlichen EU-Mitgliedstaaten selten von den etablierten Lehrerausbildungsinstitutionen, sondern verstärkt von Organisationen abgedeckt, die sonst in der Forschung oder Kommunikation über die EU tätig sind.²¹³

²¹⁰ Tafner/ Sorko, Europapädagogik. Empirische und theoretische Grundlagen (2010) 11.

²¹¹ Fassmann, Wie politisch ist die Geographie? (2006) 6. und Germ, Politische Bildung (2009) 114.

²¹² Desforges, What is geography's contribution to making citizens?

geography.org.uk/download/GA_AUCWGViewpointsJan07.pdf

²¹³ Dunne, Learning Europe at School (2013) 43.

Die Ergebnisse der Analyse zeigen, dass zukünftige GWK-LehrerInnen unzureichend auf ihre Aufgabe vorbereitet werden. Die Anzahl der angebotenen LV an den unterschiedlichen Universitäten im Rahmen der Ausbildung, ist in allen Verbünden - besonders aber im Verbund West - gering.

Das Fortbildungsangebot zum Thema EU der österreichischen Pädagogischen Hochschulen ist zwar im Untersuchungszeitraum gewachsen, weist jedoch in den einzelnen Verbünden quantitative Unterschiede auf. Obwohl im Verbund Ost die Bundeshauptstadt Wien inkludiert ist, weist dieser Verbund die wenigsten LV im Verhältnis zu der SchülerInnenzahl zum Thema EU auf.

Das Angebot an LV zum Thema EU-Wissen in der GWK-LehrerInnenfortbildung und besonders in der GWK-LehrerInnenausbildung in Österreich weist große Defizite auf und entspricht somit nicht den aktuellen rechtlichen und gesellschaftspolitischen Anforderungen.

„Ohne ein Verständnis des politischen Handels auf der europäischen Ebene bleibt die Betrachtung der Vorschläge der Fortentwicklung der Gemeinschaft ohne Fundament(..)“²¹⁴

Die Ergebnisse dieser Arbeit stellen die Basis für weitere Überlegungen dar, die zu einer Verbesserung der aktuellen Situation führen sollten. Eine Möglichkeit, das LehrerInnenaus- und LehrerInnenfortbildungsangebot zum Thema EU-Wissen zu verbessern, ergibt sich durch die, im EU-Bildungsprogramm ERASMUS+ enthaltene, Hochschulförderung: „Jean-Monnet“.²¹⁵

²¹⁴ Weißeno, Europazentrierte Politikdidaktik (2004) 116f

²¹⁵ Dies wird auch im Absatz 30 der „Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12.4.2016 zum Erwerb von Kenntnissen über die EU an Schulen“ empfohlen. (siehe dazu Kapitel 5.2. dieser Arbeit)

10. Literaturverzeichnis

Agnew, John/ Muscara, Luca, Making Political Geography, 2.Aufl., Maryland 2012

Arbinger, Roland, Psychologie des Problemlösens. Eine anwendungsorientierte Einführung, Darmstadt 1997

Borsdorf, Axel, Geographisch denken und wissenschaftlich arbeiten, 2.Aufl., Berlin 2007

Brenner, Karsten, Herausforderungen der europäischen Integration an das Bildungswesen und Rolle bildungspolitischer Zusammenarbeit in der EG. In: *Lassahn, Rudolf / Ofenbach, Birgit* (Hrsg.), Bildung in Europa, Frankfurt/Main 1994

Brödler, Rainer, Relationierung zur Kompetenzdebatte, In: *Nuissl/Schiersmann/Siebert* (Hrsg.) Literatur- und Forschungsreport Weiterbildung Nr.49, Bielefeld 2002

Budke, Alexander, Interkulturelles Lernen im Geographieunterricht. Potsdamer Geographische Forschung 27, Potsdam 2008

Detjen, Joachim/ Massing, Peter/ Richter, Dagmar/ Weißeno, Georg, Politikkompetenz- ein Modell, Wiesbaden 2012

Dobler, Karin, Kritische Politische Bildung im GW-Unterricht, Dipl-Arb., Wien 1991

Du Bois-Reymond, Manuela, "Europakompetenz als Herzstück eines neuen Lernverständnisses". In: *Hilligus, Annegret Helen / Kreienbaum, Maria Anna* (Hrsg.): Europakompetenz - durch Begegnung lernen, Opladen: Budrich 2007

Juchler, Ingo, Die Osterweiterung der EU, in Politische Bildung, Heft 1 (2002)

Fassmann, Heinz/ Münz, Rainer, Politische Bildung im Schulunterricht. In: GW Unterricht 44/1991, Wien.

Fassmann, Heinz, Wie politisch ist die Geographie? – Zum Verhältnis GW und PB, GW-Unterricht 101/2006, Wien.

Ferstl, Margit, Europakompetenz in der beruflichen Bildung in Österreich. Entwicklung von Europakompetenz durch den Einsatz des Planspiels „Demokratie-Bausteine“, Masterthese, Graz 2012

Gebhart, Hans/ Glaser, Rüdiger/ Radtke, Ulrich/ Reuber Paul, Geographie. Physische Geographie und Humangeographie, Spektrum Akademischer Verlag, 2.Aufl., Heidelberg 2011

Germ, Alfred, Politische Bildung im Geographie- und Wirtschaftskundeunterricht, Saarbrücken 2009

Görsdorf-Lechévin, Elisabeth, The Case for Europe-related learning: A Single Case Study of a European Summer University, Dissertation, Graz 2013

Hellmuth, Thomas, Politische Bildung in Österreich in: Sander, Wolfgang (Hrsg.), Handbuch Politische Bildung, 4.Aufl., Schwalbach 2014

Hellmuth, Thomas, Eine „liaison dangereuse“? Der Unterricht in Geschichte und Politische Bildung als historisch-politische Sinnbildung in: Hellmuth, Thomas (Hrsg.), Politische Bildung in Fächerverbund, Schwalbach 2017

Hemmer, Michael, Empirische Forschung in der Geographiedidaktik – Entwicklung, Formate, Perspektiven, in: Weißeno, Georg/ Schelle, Carla, Empirische Forschung in der gesellschaftswissenschaftlichen Fachdidaktik, Wiesbaden 2015

Herzig, Bardo, „Europakompetenz - Annäherungen an ein unbestimmtes Konstrukt“, In: Hilligus, Annegret / Helen, Kreienbaum / Maria, Anna (Hrsg.): Europakompetenz - durch Begegnung lernen, Opladen: Budrich 2007

Helmut, Thomas/ Lechner-Amante, Alexandra/ Winischbauer, Elfriede, Positionspapier zur Professionalisierung der politischen Bildung im Kontext der „Pädagoginnen NEU“ - im Auftrag von BMUKK und BMWF, Wien 2012

Langner, Frank/ Lechner-Amante, Alexandra, Lehrerausbildung für die politische Bildung, in George Sanders (Hrsg), Handbuch politische Bildung, 4.Aufl., Schwalbach, 2014

Lambert, David, What's the point of teaching geography? Secondary Geography Handbook, Sheffield 2006

Lersch, Rainer, Didaktik und Praxis im kompetenzfördernden Unterricht, in: Schulpädagogik heute H.1, 2010

Lissmann, Konrad Paul, Bildung als Provokation, Wien 2017

Oberle, Monika, Politisches Wissen über die EU. Subjektive und objektive Politikkenntnisse von Jugendlichen über die EU, Wiesbaden 2012

Oberle, Monika/ Forstmann Johanna, Effekte des Fachunterrichts, „Politik und Wirtschaft“ auf EU-bezogene Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern, In: *Weißeno, Georg/ Schelle, Carla* (Hrsg.), Empirische Forschung gesellschaftswissenschaftlicher Fachdidaktik, Wiesbaden 2015

Dunne, Allison/ Ulicn, Daniela/ Oberheidt, Stephanie, Learning Europe at School. Final Report – DG EAC, Brüssel 2013

Kirchhöfer, Dieter, Lernkultur Kompetenzentwicklung. Begriffliche Grundlage, Berlin 2004.

Massing, Peter, „Bürgerleitbilder – Anknüpfungspunkte für eine europazentrierte Didaktik des Politikunterrichts“ In: *Weißeno, Georg* (Hrsg.), Europa verstehen lernen, Schwalbach 2004

Mickel, Wolfgang, „Politische Bildung in der Europäischen Union“, In: *Sander, Wolfgang* (Hrsg.): Handbuch politische Bildung, Schwalbach 2004

Mickel, Wolfgang, Lernfeld Europa. Didaktische Grundlagen einer europäischen Erziehung. Opladen 1993

Mitnik, Philipp, Plädoyer für die Kompetenzorientierung! Geschichts- und politikdidaktische Perspektiven eines Lehr- und Lernkonzepts, Open Online Journal for Research and Education, April 2017

Mitnik, Phillip, Politische Bildung an österreichischen Universitäten und Pädagogischen Hochschulen, Präsentation IGPB Tagung am 1.3.2018, Wien 2018 (noch nicht veröffentlicht)

Juchler, Ingo, Wissenschaftstheoretische Grundlagen politischer Bildung: Hermeneutik, In: *Sander Wolfgang* (Hrsg.), Handbuch Politische Bildung, Wochenschau Verlag, 4.Aufl., Schwalbach 2014

Rappenglück, Stefan, Europabezogen lernen, In: *Sander Wolfgang*, Handbuch politischer Bildung, Schwalbach 2004

Richter, Dagmar, “‘Doing European’ statt ‘Europäische Identität’ als Ziel politischer Bildung”. In: *Weißeno, Georg* (Hrsg.), Europa verstehen lernen. Schwalbach/Ts. 2004

Sander, Wolfgang, Kompetenzen in der Politischen Bildung – eine Zwischenbilanz in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Bd.38, Nr. 3 (2009) Wien 2009, 296.

Sander, Wolfgang, Geschichte der politischen Bildung, In: *Sander, Wolfgang* (Hrsg.), Handbuch Politische Bildung, 4.Aufl., Schwalbach 2014

Schmuck, Otto, Europäische Aspekte von politischer Bildung, In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Politische Bildung für Europa, Bonn 1991

Sitte Wolfgang, In Österreich ticken die Uhren anders. Einige Bemerkungen zum Grundlehrplan Geographie“ des Verbandes Deutscher Schulegeographen. In: GW-Unterricht 80 (2000) 89.

Tafner, Georg/ Sorko, Sabrina Romina, Europapädagogik. Empirische und theoretische Grundlagen, Marburg 2010

Weichhart, Peter, Humangeografie- Quo vadis? In: Musil, Robert/ Staudacher, Christian (Hrsg.), Mensch. Raum. Umwelt. Die österreichische Geographie in Verhangenheit und Zukunft, Wien 2009

Weißeno, Georg, Konturen einer europazentrierten Politikdidaktik- Europäische Zusammenhänge verstehen lernen, In: Weißeno, Georg (Hrsg.), Europa verstehen lernen. Eine Aufgabe des Politikunterrichts, Schwalbach 2004

Weißeno, Georg/ Detjen, Joachim/ Massing, Peter/ Richter, Dagmar/ Juchler, Ingo, Konzepte der Politik – ein Kompetenzmodell, Schwalbach 2010

Wolf, Andrea, Zur Geschichte der politischen Bildung an Österreichs Schulen, In: Wolf, Andrea (Hrsg.): Der lange Anfang. 20 Jahre „Politische Bildung in den Schulen“, Wien 1998

Yenal, Alparslan, Europäische Integration: Ein problemorientierter Überblick, In: Weißeno, Georg (Hrsg.), Europa verstehen lernen. Eine Aufgabe des Politikunterrichts, Schwalbach 2004

Internetveröffentlichungen

*Askins, Kye/ Fuller Duncan, Citizenship and geography – the geographies of citizenship in: Understanding Cultural Geography: Places& Traces, 2008,
https://www.geography.org.uk/download/ga_aucwgviewpointsjan07.pdf (abgefragt am 12.10.2017)*

*Bätzing Werner, Neue Kulturgeographie, Mitteilung der Österreichischen Geographischen Gesellschaft 153.Jg., Wien 2011
http://hw.oeaw.ac.at/0xc1aa500e_0x002ac4d5.pdf (abgefragt am 11.11.2017)*

*BMB, Zahlenspiegel 2016, Statistiken im Bereich Schule und Erwachsenenbildung in Österreich, Wien 2017,
https://bildung.bmbwf.gv.at/schulen/bw/ueberblick/zahlenspiegel_2016.pdf?64f829 (abgefragt am 27.6.2018)*

civic edu wordpress: <https://civicedu.wordpress.com/civiceducation/> (abgefragt am 4.3.2018)

Definition der Deutschen Gesellschaft für Geographie, www.geographie.de (abgefragt am 5.11.2017)

Desforges, Luke, What is geography's contribution to making citizens? In: Understanding Cultural Geography: Places& Traces, 2008, https://www.geography.org.uk/download/ga_aucwgviewpointsjan07.pdf (abgefragt am 12.10.2017)

Engage, Learning Democracy with Children aged 8-12, Vol.1, Paris 2016
https://www.politik-lernen.at/dl/rrKqJKJKoOKknJqx4KJK/ENGAGE_VOL_2_Handbook_for_Educators.pdf (abgefragt am 11.11.2017)

Eur-lex: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:12012E/TXT> (abgerufen am 13.11.2017)

Fannin, Maria, Lecturer in the Geographies of Political Economy in: Understanding Cultural Geography: Places& Traces, 2008, https://www.geography.org.uk/download/ga_aucwgviewpointsjan07.pdf (abgefragt am 12.10.2017)

Frank, Susanne, Demokratiebaustein: „Civic education“ – was ist das? Berlin 2005
http://www.pedocs.de/volltexte/2008/291/pdf/Civic_education.pdf (abgefragt am 2.2.2018)

Hüttemann, Bernd, Die EU in der Schulbildung in EU-in-Brief, Ausgabe 07.2017, 1 Berlin
<https://www.netzwerk-ebd.de/wp-content/uploads/2017/09/EU-in-BRIEF-Die-EU-in-der-Schulbildung.pdf> (abgefragt am 10.10.2018)

Pirker, Georg, Die politischen Optionen des Europarats-Charta für politische Bildung und Menschenrechte, http://www.politiklernen.at/dl/lnqlJKJKokOOLJqx4kJK/Geog_Pirker_Die_politischen_Optionen_der_Charta.pdf (abgefragt am 6.3.2018)

Der Standard, Kritik an Schließung der Professur für politische Bildung, 24.1.2012, <http://derstandard.at/1326503579299/Uni-Wien-Kritik-an-Schliessung-der-Professur-fuer-Politische-Bildung> (abgefragt am 23.1.2018)

Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur . Lehrerfortbildung, Bund 2007/4,
http://www.rechnungshof.gv.at/fileadmin/downloads/Teilberichte/Bund/Bund_2007_04/Bund_2007_04_Bd4_5.pdf (abgefragt am 4.2.2018)

Wikipedia: <https://de.wikipedia.org/wiki/Lissabon-Strategie> (abgefragt am 10.2. 2018)

Österreichische Rechtsvorschriften

Bundesgesetz vom 25. Juli 1962 über die Schulorganisation
(Schulorganisationsgesetz). StF: BGBI. Nr. 242/1962 , idF vom 7.4.2018

Lehrplan der Volksschule BGBI 1963/134 idF BGBI. II 2012/303 vom 13. September 2012

Lehrpläne – Neue Mittelschulen BGBI II 2012/185 idF vom BGBI 2016/113

Verordnung des Bundesministers für Unterricht und Kunst vom 14. November 1984 über die Lehrpläne der allgemeinbildenden höheren Schulen - Unterstufe, StF: BGBI 1985/88 idF vom 29.10.2017

Verordnung des Bundesministers für Unterricht und Kunst vom 14. November 1984 über die Lehrpläne der allgemeinbildenden höheren Schulen; Bekanntmachung der Lehrpläne für den Religionsunterricht an diesen Schulen, StF: BGBI 1985/88 idF vom 29.10.2017

Verordnung des Bundesministers für Unterricht und Kunst vom 14. November 1984 über die Lehrpläne der allgemeinbildenden höheren Schulen; Geographie und Wirtschaftskunde, StF: BGBI 1985/88 idF vom 29.10.2017

Verordnung der Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur über Bildungsstandards im Schulwesen BGBI. II Nr. 1/2009,

Europarecht

Empfehlung CM/Rec (2010)7 des Ministerkomitees des Europarats an die Mitgliedstaaten, Europarats-Charta zur Demokratie- und Menschenrechtsbildung vom 11.Mai 2010

Entschließung 2015/2138/INI des Europäischen Parlaments vom 12.April.2016 zum Erwerb von Kenntnissen über die EU an Schulen, A8-0021/2016

Entschließung 2006/2041/INI des Europäischen Parlaments vom 1.September 2006 über Initiativen für geeignete Maßnahmen, mit denen die Einbeziehung der europäischen Dimension in die Lehrpläne gefördert werden soll, ABI C 2006/306 E

Verordnung (EU) 1288/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Einrichtung von "Erasmus+", dem Programm der Union für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport, und zur Aufhebung der Beschlüsse Nr. 1719/2006/EG, ABI L347/50

Veröffentlichungen der EU

Flash Eurobarometer Umfrage zur Unionsbürgerschaft Nr. 365, TNS Opinion&Social-Netzwerk, Brüssel 2012

Eurydice Networks, Citizenship Education at School in Europe, Brussels 2005

Eurydice Networks, Bürgererziehung in Europa (EACEA P9 Eurydice), Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur, Brüssel 2012

IEA, ICCS 2009 European Report Civic knowledge, attitudes and engagement among lower-secondary students in 24 European countries, 2010

Jaques, Nancy, European Youth in 2016. Special Eurobarometer of the European Parliament , PE 582.005 – May 2016, Brussels 2016

Jacques, Nancy, Nachwahlstudie 2014. Wahl zum Europäischen Parlament 2014. Analytischer Überblick, DG-Communication, Brüssel 2014

Jacques, Nancy, Nachwahlstudie 2014. Wahl zum Europäischen Parlament 2014. Soziodemografischer Anhang, DG-Communication, Brüssel 2014

Jacques, Nancy, European Youth in 2016. Special Eurobarometer of the European Parliament, PE 582.005 – May, Brüssel 2016

Internetquellen von Universitäten/ PHs

Curriculum für das Bachelorstudium, Lehramt Sekundarstufe Allgemeinbildung, Curriculum 2017, Beilage 1 zum Mitteilungsblatt 21. Stück, Nr. 135 2-2016/2017, 29.06.2017, <https://www.aau.at/wp-content/uploads/2017/06/Mitteilungsblatt-2016-2017-21-Beilage-1.pdf> (abgefragt 8.7.2018)

Curriculum für das Bachelorstudium Lehramt Sekundarstufe (Allgemeinbildung), Gesamtfassung 1.10.2017, https://www.uibk.ac.at/fakultaeten-servicestelle/pruefungsreferate/gesamtfassung/ba-lehramt-sekundarstufe_stand-01.10.2017.pdf (abgefragt am 8.7.2018)

Mitteilungsblatt Studienjahr 2013/14, 27.06.2014, 211. Teilcurriculum für das Unterrichtsfach Geographie und Wirtschaftskunde im Rahmen des Bachelorstudiums zur Erlangung eines Lehramts im Bereich der Sekundarstufe (Allgemeinbildung) an der **Universität Wien**,

http://spl29.univie.ac.at/fileadmin/user_upload/s_spl29/Studium/Bachelor_UF_GW/curriculum_ba_la_2014.pdf (abgefragt am 8.6.2018)

Mitteilungsblatt UG 2002, 23.06.2015, 25. Stück, Nr. 15, Teilcurriculum für das Unterrichtsfach Geographie und Wk im Rahmen des Materstudiums zur Erlangung eines Lehramts im Bereich der Sekundartufe (Allgemeinbildung) im **Verbund Nord-Ost**,

https://senat.univie.ac.at/fileadmin/user_upload/s_senat/konsolidiert_Lehramt/Teilcurriculum_Geographie_Wirtschaftskunde_MA_Lehramt.pdf (abgefragt am 8.6.2018)

Mitteilungsblatt, Studienjahr 2015/2016 – Ausgegeben am 27.06.2016 – 41. Stück , Curricula, 249. 2. Änderung und Wiederverlautbarung des Teilcurriculums für das Unterrichtsfach Geographie und Wirtschaftskunde im Rahmen des gemeinsamen Bachelorstudiums zur Erlangung eines Lehramts im Bereich der Sekundarstufe (Allgemeinbildung) im **Verbund Nord-Ost**

https://mtbl.univie.ac.at/storage/media/mtbl02/2015_2016/2015_2016_249.pdf (abgefragt am 8.7.2018)

Mitteilungsblatt-Sondernummer der **Paris Lodron-Universität Salzburg**, 143. Curriculum für das Bachelorstudium Lehramt Sekundarstufe (Allgemeinbildung), 20.6.2017, https://online.uni-salzburg.at/plus_online/wbMitteilungsblaetter.display?pNr=2090931 (abgefragt am 4.3.2018)

Mitteilungsblatt- Sondernummer der **Paris Lodron- Universität Salzburg** 144. Curriculum für das Masterstudium Lehramt Sekundarstufe (Allgemeinbildung), 20.6.2017, https://online.unisalzburg.at/plus_online/wbMitteilungsblaetter.display?pNr=2090934 (abgefragt am 8.6.2018)

Mitteilung der **Karl-Franzens-Universität Graz**, 120 Sondernummer, 2010/11, 30.06.2011, Curriculum für das Lehramt (...) Geographie und WK, https://static.uni-graz.at/fileadmin/urbinstitute/Geographie/downloads/studienplaene/2011/Dipl_Lehramt_11W_mitteilungsbl.pdf (abgefragt am 8.6.2018)

Studienplan. Lehramt an der **Universität Klagenfurt**, Unterrichtsfach Geographie und Wirtschaftskunde, Beilage 2 zum Mitteilungsblatt 20. Stück – 2007/2008, 02.07.2008, <http://www.uni-klu.ac.at/rechtabt/downloads/mbl20b2-07-08.pdf> (abgefragt am 8.6.2018)

Universität Graz: https://static.uni-graz.at/fileadmin/urbinstitute/Geographie/downloads/studienplaene/AEquivalenzliste_ALT_NEU.pdf (abgefragt am 9.6.2018)

Universität Graz: https://online.uni-graz.at/kfu_online/wbSuche.LVSuche (abgefragt am 8.6.2018)

Universität Graz: <https://geographie.uni-graz.at/de/studium/studien/lehramt-geographie-und-wirtschaftskunde/> (abgefragt am 8.6.2018)

Universität Graz: https://static.uni-graz.at/fileadmin/urbi-institute/Geographie/downloads/studienplaene/AEquivenzliste_ALT_NEU.pdf (abgerufen 9.7.2018)

Universität Klagenfurt: <https://campus.aau.at> (abgefragt am 8.6.2018)

Universität Innsbruck:

https://lfuonline.uibk.ac.at/public/lfuonline_lv.suche?sub=ok&search=Suchen&sem=18S&lvnr=&t=Europa&v=&typ=&sp=&wt=&uzv=&uzb=&dvt=&dvm=&dvj=&dbt=&dbm=&dbj=&f=170179 (abgefragt am 9.6.2018)

Universität Klagenfurt: <https://campus.aau.at> (abgefragt am 9.6.2018)

Universität Salzburg: https://online.uni-salzburg.at/plus_online/webnav.ini (abgefragt am 9.6.2018)

Universität Wien: <https://ufind.univie.ac.at/de/index.html> (abgefragt am 9.6.2018)

PH Burgenland: <https://www.ph-online.ac.at/ph-bglid/webnav.ini> (abgefragt am 9.6.2018)

PH Edith Stein: <https://www.ph-online.ac.at/kph-es/webnav.ini> (abgefragt am 9.6.2018)

KPH Graz: <https://www.ph-online.ac.at/kphgraz/webnav.ini> (abgefragt am 9.6.2018)

PH Kärnten: <https://www.ph-online.ac.at/ph-ktn/webnav.ini> (abgefragt am 9.6.2018)

PH Linz: <https://www.ph-online.ac.at/ph-linz/webnav.ini> (abgefragt am 9.6.2018)

PH Niederösterreich: <https://www.ph-online.ac.at/ph-noe/webnav.ini> (abgefragt am 9.6.2018)

PH Oberösterreich: <https://www.ph-online.ac.at/ph-ooe/webnav.ini> (abgefragt am 9.6.2018)

PH Salzburg: <https://www.ph-online.ac.at/phsalzburg/webnav.ini> (abgefragt am 9.6.2018)

PH Steiermark: <https://www.ph-online.ac.at/phst/webnav.ini> (abgefragt am 9.6.2018)

PH Tirol: <https://www.ph-online.ac.at/pht/webnav.ini> (abgefragt am 9.6.2018)

PH Vorarlberg: <https://www.ph-vorarlberg.ac.at/fortbildung/studienverzeichnis/> (abgefragt am 9.6.2018)

PH Wien: <https://www.ph-online.ac.at/kphvie/webnav.ini> (abgefragt am 9.6.2018)

Universität Wien: <https://lehrerinnenbildung.univie.ac.at/arbeitsbereiche/didaktik-der-politischen-bildung/> (abgerufen am 1.6.2018)

11. Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Modell der Politikkompetenz.....	18
Abbildung 2: Basis- und Fachkompetenz der Politik	21
Abbildung 3: Änderungen der Wahlbeteiligung bei den Europawahlen (%EU).....	40
Abbildung 4: Wie wichtig oder unwichtig ist es Ihrer Meinung nach, junge Europäer über die EU und die Funktionsweise ihrer Institutionen zu unterrichten?(%)	44
Abbildung 5: Innere Gliederung der Geographie.....	60
Abbildung 6: How do you evaluate training of teachers in CE in Austria?.....	81
Abbildung 7: Anzahl der LV zu EU-Themen in den Verbünden WS2015-SS2018....	96
Abbildung 8: Anzahl der LV zu EU-Themen in den Bundesländern WS2015-SS2018.....	97
Abbildung 9: Anzahl der LV zu unterschiedlichen EU-Themen in den Verbünden WS 2015- SS2018 im Verhältnis zu den SchülerInnenzahlen	98

12. Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Europe-related learning in the literature	9
Tabelle 2: Thematische Aspekte des EU-Basiswissens.....	13
Tabelle 3: Wählerprofil der EU-Parlamentswahlen 2014 in Altersstufen.....	41
Tabelle 4: Anteil der Personen, die 2014 im Allgemeinen der Meinung sind, dass die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU eine gute Sache ist (in unterschiedlichen Altersgruppen).	41
Tabelle 5: Vergleich des aktuellen Lehrplans für GWK AHS Oberstufe mit dem Lehrplan der NOST	56
Tabelle 6: Zahl der Lehrerausbildungs- und Schulungsinitiativen mit Schwerpunkt auf der EU der Mitgliedsstaaten (2013).....	78
Tabelle 7: Anzahl der Lehrveranstaltungen mit Europa/EU-Bezug an österreichischen Universitäten im angeführten Zeitraum	94

13. Abkürzungsverzeichnis

ABI	Amtsblatt
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AHS	Allgemeinbildende Höhere Schule
CE	Citizen Education
EU	European Union
GW (GWK)	Geographie und Wirtschaftskunde
ICCS	International Civic and Citizenship Education Study
IGPB	Interessengemeinschaft für Politische Bildung
ISCED	International Standard Classification of Education
LV	Lehrveranstaltungen
PB	Politische Bildung
PH	Politische Hochschule
NOST	Neue Oberstufe
WTO	World Trade Organisation

14. Anhang

1. PH Vorarlberg²¹⁶

Titel:	Welches Europa?
Inhalt:	<ul style="list-style-type: none">- Das Institutionengefüge der EU kennen- Die Stellung der EU in der Welt reflektieren- Zukunftsszenarien für die EU diskutieren
Nr.:	842PB00851
Vortragende:	Bassa Florian, Pelinka Anton
Datum:	UE 8,5, SS2017

Titel:	Exkursion zum Europaparlament nach Straßburg
Inhalt:	<p>Das Europäische Parlament mit offiziellem Sitz in Straßburg ist das Parlament der Europäischen Union. Seit 1979 wird es alle fünf Jahre von den Bürgern der EU gewählt. Damit ist das Europäische Parlament nicht nur das einzige direkt gewählte Organ der Europäischen Union, sondern die einzige direkt gewählte supranationale Institution weltweit. Seit der Gründung des Parlaments 1952 wurden seine Kompetenzen bei der EU-Rechtsetzung mehrmals deutlich erweitert, vor allem durch den Vertrag von Maastricht und zuletzt durch den Vertrag von Lissabon. Auch in Bezug auf die Bildung der Exekutive, also die Wahl der Europäischen Kommission, wurden die Rechte des Parlaments schrittweise ausgebaut.</p> <p>Seit der letzten Europawahl umfasst das Parlament 750 Sitze zuzüglich des Präsidenten, also 751 Abgeordnete. 18 davon stammen aus Österreich.</p> <p>Im Zuge der Exkursion führt Ulrike Lunacek durch das Europaparlament, im Anschluss findet eine Plenarsitzung statt.</p>
Nr.:	841PB00800
Vortragende:	Suterlütti Sabine
Datum:	UE 12, WS2016/17

Titel:	Europa- Wie geht es weiter?
Inhalt:	<p>Aktuelle Herausforderungen für die Europäische Union</p> <p>Seminarbeschreibung:</p> <p>Brexit und Renationalisierung, Flucht und Migration nach Europa, die Nachwehen der Finanz-, Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise - die Liste der Herausforderungen, denen sich die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten gegenübersehen, ist lang. Die EU ist an einem Wendepunkt angelangt und braucht dringend Einigkeit über den weiteren Integrationsweg. Im Rahmen des Seminars werden einige der großen Fragen thematisiert, die die EU dringend angehen muss, um</p>

²¹⁶ PH-Vorarlberg: <https://www.ph-vorarlberg.ac.at/fortbildung/studienverzeichnis/>

	sich neu aufzustellen und für die Zukunft gerüstet zu sein.
Vortragende:	Dür Martin, Stefan Schaller
Datum:	9 UE, WS2017/18

2. Tirol

PH Tirol²¹⁷

Titel:	Wir sind Europa- Europaregionen Tirol-Südtirol-Trentino
Inhalt:	Die Europaregion im kompetenzorientierten Unterricht. Wir leben in einer Europaregion im Herzen Europas, mit vielfältigen Möglichkeiten- aber sind uns wirklich alle Chancen bewusst?
Nr.:	7F5.TNA5G01
Vortragende:	K.A.
Datum:	UE 4 WS2015/16

Titel:	Europa erleben und vermitteln – Modul 1
Inhalt:	In Zeiten eines anwachsenden Populismus, der sich häufig an der EU arbeitet, ist vertieftes Europawissen besonders wichtig. Nach einer Darstellung der Europäischen Institutionen und ihrer Arbeitsweise, wird anhand von konkreten Beispielen aus den Bereichen Konsumentenschutz, Verkehrs- und Umweltpolitik, Lobbyismus und europäische Außenpolitik, die unterschiedliche Arbeitsweise der drei Institutionen beleuchtet. In anschließenden Diskussionen sollen aufgrund eigener Recherche in eigenen und parlamentarischen Quellen kritische Themen, wie Flüchtlings-, Finanz- und Umweltpolitik nach Bedürfnissen der TeilnehmerInnen behandelt werden. Zusätzlich werden die Unterrichtsmaterialien der Europäischen Institutionen kritisch gesichtet. In Gruppenarbeit sollen anschließend Unterrichtseinheiten erarbeitet werden. In einem 2. und 3. Modul ist ein Simulationsspiel und ein Besuch bei den Europäischen Institutionen vorgesehen.
Nr.:	7F7.TNA5G01
Vortragende:	Eva Lichtenberger
Datum:	4UE FB, WS 2017/18

²¹⁷ PH Tirol: <https://www.ph-online.ac.at/pht/webnav.ini>

Titel:	Europa erleben und vermitteln – Modul 2
Inhalt:	Konkretes Wissen über die Europäischen Institutionen in einem Simulationsspiel anwenden und reflektieren
Nr.:	7F7.TNA5G02
Vortragende:	Eva Lichtenberger
Datum:	4UE FB, WS 2017/18

Titel:	Europa erleben und vermitteln – Modul 3
Inhalt:	Konkretes Wissen über die Europäischen Institutionen durch einen Besuch bei den Europäischen Institutionen
Nr.:	7F7.TNA5G10
Vortragende:	Eva Lichtenberger
Datum:	8UE FB, SS 2018

Titel:	RECC ARGE GW AHS: Aktuelle Themen zur EU
Inhalt:	Aktuelle Themen der EU (Asyl, Verkehr, Euro, Arbeitnehmer/innen-Freizügigkeit) werden von 4 Expertinnen/Experten vorgestellt: Mag. Arnold Nitzlnader, Mag.(FH) Armin Schneider, Univ.Prof. Dr. Walter Obwexer und Karoline Graswander-Hainz (Abgeordnete zum Europäischen Parlament)
Nr.:	7F7TNA5G07
Vortragende:	Paul Hofmann
Datum:	8UE FB, WS 2017/18

Titel:	Projekt Europaquiz 2017/18 (http://www.europaquiz.info)
Inhalt:	Fortbildung des Lehrerteams Tirol und Südtirol zur Durchführung des Europaquiz
Nr.:	7F7.TPG5A05
Vortragende:	Andreas Pirkel
Zeitpunkt:	25 UE FB, WS 2016/2017, WS 2017/18

Pädagogische Hochschule Edith Stein²¹⁸

Titel:	Naturräumliche wirtschaftliche und politische Gliederung Europas
Inhalt:	Abgrenzungsproblematik und Strukturierung Europas Europäische Großlandschaften, Typisierung von Landschaften Wirtschaftliche Kernräume und periphere Gebiete in der EU und in Gesamteuropa Politische Entwicklung des Kontinents: Geschichte - Gegenwart - Zukunft
Nr.:	ES1H420489
Vortragende:	Kimeswenger Walter
Datum:	SE1 SS2017

Lehrplanbezug:	
Titel:	Politische Bildung
Inhalt:	Stufenbau der österreichischen Rechtsordnung, Grundprinzipien der österreichischen Verfassung, Neutralität, Formen der direkten Demokratie, Österreichs Mitgliedschaft in der EU, Geschichte und Organe der EU, Menschenrechtsschutz im Rahmen des Europarates, aktuelles gesellschaftspolitisches Thema. Vermittlung jenes Wissens, das die Studierenden zur Einsicht und Urteilsbildung über politische Vorgänge, insbesondere in Österreich und in der Europäischen Union befähigt, kritisches Demokratieverständnis weckt und zu politischer Verantwortung und zu politischem Handeln anregt.
Nr.:	ES4R8M29-4
Vortragende:	Konjecic Erwin
Zeitpunkt:	1 Stunde SS 2016/ SS2018

²¹⁸ PH Edith Stein: <https://www.ph-online.ac.at/kph-es/webnav.ini>

3. Wien

Kirchliche pädagogische Hochschule Wien/Krems²¹⁹

Lehrplanbezug:	HTL Lehrer
Titel:	Bundesseminar: Thema EU/Europa kompetenzorientiert unterrichten
Inhalt:	Begriff Europa; EU von den Rändern denken; EU als gemeinsames Friedensprojekt; Organisation der EU- demokratisches Modell? Materialien und Methoden für den Unterricht im Fächerbund; Europa als Vernetzungsthema
Nr.:	8730.019
Vortragende:	Ecker Irene, Heintel Martin
Datum:	UE 16 SS 2016

Titel:	Ist die Eurokrise die Bewährungsprobe der EU?
Inhalt:	Die Eurokrise verunsichert viele Menschen, da sie Aspekte einer Staatsschuldenkrise, einer Bankenkrise und einer Finanzkrise in sich vereint. Die Eurokrise zeigt auf, dass trotz gemeinsamer Währung zwischen den Euro-Staaten große Unterschiede in ihrer Wettbewerbsfähigkeit bestehen. Die Eurokrise wird zunehmend als Bewährungsprobe für ganz Europa verstanden. Sie hat wichtige Fragen aufgeworfen, die nicht nur die Finanzierung von überschuldeten Staaten beziehungsweise das Verhältnis zwischen Politik und Finanzmärkten betreffen, sondern auch die demokratische Verfasstheit der europäischen Institutionen. Wie kann die Vertrauenskrise überwunden, der Euro gesichert und die Handlungsfähigkeit Europas gestärkt werden? In einem Roundtable werden mögliche Wege zur Lösung der Eurokrise auf nationalstaatlicher und europäischer Ebene diskutiert.
Nr.:	8740.011
Vortragende:	Lindner Johannes
Datum:	UE4, WS 2016

Titel:	Lobbying in der EU: Skandalisierung – Regulierung - Professionalisierung
Inhalt:	Dem EU-Lobbying ist kein guter Ruf beschieden. Über 30.000 Lobbyisten gibt es in Brüssel. Sie alle wandern auf einem schmalen Grad zwischen verbürgtem Recht auf Partizipation im demokratischen Prozess und dem Versuch illegitimer Einflussnahme auf europäische Entscheidungs- und Legislativprozesse. Nach Einschätzung der Brüsseler Lobbyisten-Schule EIPAL entstehen zwei Drittel dieser Gesetze unter starker Beeinflussung von Lobbyisten.
Nr.:	7320.008, 7320.102
Vortragende:	Dialer Doris
Datum:	UE 5, WS2016, SS2017

²¹⁹PH Wien: <https://www.ph-online.ac.at/kphvie/webnav.ini>

Titel:	Brüssel Reise – „Europa Erleben“ Europapolitische Bildung im Unterricht
Inhalt:	<ul style="list-style-type: none"> • politischen Abläufe und Strukturen in der Europäischen Union • interaktive Partizipation im Rahmen von Gesprächsterminen mit Interessenvertretern, Abgeordneten und politischen Experten • Planspiel zur Simulierung des EU-Parlaments • Präsentation unterschiedlicher Projekt- und Bildungsangebote zu europapolitischer Bildungsarbeit
Nr.:	7620.000
Vortragende:	Baier Daniel, Martschin Johannes
Datum:	UE 24, WS 2017

Lehrplanbezug:	Bundesweit
Titel:	Ist die Idee Europa in Gefahr? Aktuelle Herausforderungen für Europa und die EU
Inhalt:	Das Seminar widmet sich aktuellen Herausforderungen denen sich Europa und die EU stellen müssen. Fragen rund um Flucht und Migration, aber auch über politische und wirtschaftliche Entwicklungen stehen im Fokus. Wie wird sich der BREXIT auf die Zukunft der Union auswirken? Welche Rolle spielen populistische Tendenzen in der Politik in Europa und wie wirkt sich der Konflikt in der Ukraine aus?
Nr.:	7720.000
Vortragende:	Kremser Gregor, Dialer Doris, Zeitel-Bank Natascha
Datum:	UE 14, WS 2017

Titel:	Die EU nach dem Brexit – Von der Europäischen Integration zur Desintegration?
Inhalt:	„Raus aus der EU“: Desintegration/Nationalismen/Populismus im Vormarsch. Was tun? Fokus: Die Außenpolitik der EU und die Rolle Österreichs
Nr.:	7320.009
Vortragende:	Doris Dialer
Datum:	UE5, SS2018

PH Wien²²⁰

Titel:	Welcome Europe
Inhalt:	1. Teil am 16. 11. 2015, 14h bis 17h - Informationen zu den wesentlichen Zielen und Herausforderungen

²²⁰ PH Wien: <https://www.ph-online.ac.at/ph-wien/webnav.ini>

	<p>Europas.</p> <p>- Informationen über die Arbeitsfelder der europäischen Kommission.</p> <p>Ort : Haus der europäischen Union in der Wipplingerstraße</p> <p>2. Teil : 6. 12. 17h bis 8. 12. 20h 2015</p> <p>Besuch im europäischen Parlament.</p> <p>Die Teilnehmer_innen erhalten Eindrücke von der politischen Arbeit in Brüssel. Auf dem Programm stehen Besuche im europäischen Parlament und beim Ratz der europäischen Union. Im Mittelpunkt des Besuches stehen Diskussionen mit Abgeordneten des europäischen Parlaments.</p>
Nr.:	6615S JL006
Vortragende:	Jindra Silvia
Datum:	20 UE WS 2015/16

Titel:	e-Twinning- elektronische Schulpartnerschaften mit Schulen aus Europa
Inhalt:	<p>In diesem Workshop werden Möglichkeiten der Durchführung von elektronischen Schulpartnerschaften mit dem europäischen Ausland vorgeführt.</p> <p>eTwinning-Projekte können in allen Unterrichtsgegenständen durchgeführt werden und sind an keine bestimmte Projektdauer gebunden. Frei nach dem Motto "Jede/r so wie er/sie mag", können eTwinning-Projekte eine Woche oder mehrere Jahre dauern.</p> <p>Die Veranstaltung findet in Kooperation mit der Nationalagentur Lebenslanges Lernen statt.</p>
Nr.:	6616S JL001, 6618S JL001
Vortragende:	Jindra Silvia, Gradi Martin, Barbara Vesna
Datum:	4 UE SS 2016, SS2018

Titel:	Geographie spannend und zeitgemäß- Europa und die EU
Inhalt:	<p>Geographische Inhalte:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Europa als Kontinent - Regionalgeographie <p>Didaktische Inhalte:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Aktionsformen des Lernens - Fächerübergreifende Kompetenzen - GW-Kompetenzen - Individualisierung
Nr.:	6818CKL204
Vortragende:	Zeugner Klaus
Datum:	4 UE SS 2018

4. Niederösterreich

PH Niederösterreich²²¹

Titel:	AHS.spektrum.fachwissen.gwk: EU aktuell: ÖGfE und Schule
Inhalt:	Westbalkan und die EU - Fördermöglichkeiten durch die EU - Evaluation der letzten großen EU-Erweiterung In Kooperation mit der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik und Schule
Nr.:	351F5WMD07, 351F7WMD06
Vortragende:	Welte Martin, Schaller Stefan
Datum:	UE 9 WS 2015/16, WS2017

Titel:	AHS.spektrum.fachwissen.gwk: geschichte und sozialkunde/politische bildung: Was heißt Europa?
Inhalt:	Die Fortbildungsveranstaltung verbindet aktuelle Fragen nach der „Identität“ Europas mit der Vermittlung breiter medienkritischer Kompetenzen: Als Medien dienen themenrelevante Bilder, Karten, Quellentexte und Karikaturen. In einem zeitlichen Längsschnitt werden historische, politische und kulturelle Motive ausgewählter Darstellungen und Beschreibungen von „Europa“ zwischen Antike und Gegenwart thematisiert und konkrete Verwendungsmöglichkeiten im Unterricht für Unter- und Oberstufe aufgezeigt. Die wirkmächtige Definition der Europäischen Union nimmt dabei einen wesentlichen Platz ein und soll anhand politischer Karikaturen eigens analysiert werden.
Nr.:	351F5WTW11
Vortragende:	Ottner-Diesenberger Christine, Preisinger Alexander
Datum:	UE 4 WS 2015/16,

Titel:	ARGE GEOGRAFIE und IWK - Österreich und die EU vor großen Herausforderungen
Inhalt:	- Österreich und die EU, Regionalförderung u. ihre Bedeutung für Österreich - Stellenwert der EU-Mitgliedschaft angesichts des Brexit Großbritanniens - EU-Ratspräsidentschaft Österreichs 2018 u. sicherheitspolitische Probleme Aktuelle Probleme Österreichs als wohlhabender EU-Staat in der Mitte Europas von Fachleuten präsentiert bekommen, um auf dem aktuellen Kenntnisstand unterrichten zu können.
Nr.:	351F7WWK05

²²¹ PH Niederösterreich: <https://www.ph-online.ac.at/ph-noe/webnav.ini>

Vortragende:	Westermayer Karl, Felberbauer Ernst, Heintel Martin
Datum:	8UE WS 2017

Titel:	Exkursion zum Haus der Europäischen Union in Wien
Inhalt:	<ul style="list-style-type: none"> - Österreich und die EU, Regionalförderung u. ihre Bedeutung für Österreich - Stellenwert der EU-Mitgliedschaft angesichts des Brexit Großbritanniens - EU-Ratspräsidentschaft Österreichs 2018 u. sicherheitspolitische Probleme <p>Aktuelle Probleme Österreichs als wohlhabender EU-Staat in der Mitte Europas von Fachleuten präsentiert bekommen, um auf dem aktuellen Kenntnisstand unterrichten zu können.</p>
Nr.:	351F7WLG39
Vortragende:	Pfaffenbichler Wolfgang
Datum:	4UE WS 2017

Titel:	Europatagung 2018 für Multiplikatoren der Politischen Bildung
Inhalt:	<p>Europatagung 2018 für Multiplikatoren der Politischen Bildung</p> <p>14. Europatagung im Vorfeld des Europatages 2018 (9.5.2018) und der österreichischen EU - Ratspräsidentschaft (1.7.- 31.12.2018)</p> <p>Zeitpunkt: Donnerstag, 12.April 2018, 09.45 Uhr bis ca. 17.45 Uhr</p> <p>Tagungsorte:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) HAUS DER EUROPÄISCHEN UNION 2) BUNDESKANZLERAMT 3) PARLAMENT
Nr.:	351F8SBC08
Vortragende:	Salesny Anton, Bauer Christian, Pfeifer Petra
Datum:	10UE SS2018

Titel:	Europaquiz Politische Bildung
Inhalt:	<ul style="list-style-type: none"> - Durchführung des Landeswettbewerbes Europaquiz Politische Bildung - Informationsvermittlung zum aktuellen politischen Geschehen - Siegerehrung
Nr.:	351F8SPP02, 351 F6WBC04
Vortragende:	Bauer Christian, Bauer Armin, u.a.
Datum:	UE6 WS2016, SS2018

5. Oberösterreich

PH Oberösterreich²²²

Titel:	Wo fängt Europa an, wo hört es auf – Osteuropa im Fokus
Inhalt:	Region: Braunau/Ried/ Freistadt-Perg Die Grenze Europas im Osten Ukraine- Hintergründe des Zerfalls Roma in der Slowakei Bosnien- zwei Entitäten in einem Land Baltikum- geschichtliche Hintergründe
Nr.:	26F6URBR05, 26F5MRFR26
Vortragende:	Hochradl Erika, Zeugner Klaus, Mayr Wilfried
Datum:	UE3 WS 2015/16

Titel:	e-twinning für AnfängerInnen: Internet-Partnerklassen europaweit
Inhalt:	Sie haben eine Idee für ein Projekt und suchen Gleichgesinnte? Sie möchten Kontakte zu Schulen innerhalb Österreichs (aTwinning) oder in Europa (eTwinning) aufbauen? Sie möchten mit Lehrern von Partnerschulen gemeinsam arbeiten? Mit der kostenlosen, sicheren online Plattform e/aTwinning können Projekte in allen Gegenständen durchgeführt werden. Man ist an keine bestimmte Projektdauer gebunden und braucht keine speziellen Computerkenntnisse.
Nr.:	26F6ÜFEU01
Vortragende:	Zeugner Klaus, Kellermair Daniela
Datum:	UE4 SS 2016

Titel:	PB-Zukunft EU: Chancen und Risiken
Inhalt:	Wir beleuchten folgende Schwerpunkte: Wie demokratisch ist die EU? EU Institutionen, Lobbying, Transparenz Wie gerecht ist Europa? Verteilung, Kluft zwischen Arm und Reich, Menschenrechte Ist Europa noch in der Krise? Arbeitslosigkeit, Fiskalpakt, Freihandelsabkommen, Finanz- und Troikapolitik Praktische Übungen und Methoden begleiten den gesamten Seminarablauf.
Nr.:	26F6SZPB04
Vortragende:	Mach Karin, Vorbach Judith
Datum:	UE4 SS 2016

Titel:	EU-Materialien „Lust auf Europa“
--------	----------------------------------

²²²PH Oberösterreich: <https://www.ph-online.ac.at/ph-ooe/webnav.ini>

Inhalt:	<p>Die Referentin stellt Unterrichtsmaterialien zur EU vor. (handlungsorientiert, EVA – Methoden)</p> <p>Jede/r Teilnehmer/in erhält ein Materialienpaket in Klassenstärke für den sofortigen Einsatz im Unterricht!</p> <p>Die Materialien werden vorgestellt und Einsatzmöglichkeiten im Unterricht mit EVA-Methoden werden erprobt.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Texte unterschiedlicher Schwierigkeitsstufen für heterogene Schüler/innengruppen • Materialien zum eigenständigen Arbeiten • Materialien für den Einsatz im Fachunterricht (GW, GS, D), im Projektunterricht, in Suppliertunden
Nr.:	26F5ÜRLS19, 26FÜRKI23, 26F5MRRO37
Vortragende:	Schönauer Claudia, Hochradl Erika, Littringer Marianne, Aigner Roas-Maria
Datum:	UE4 WS 2015/16, WS2016/17

Titel:	GW – Europäische Union 1
Inhalt:	EU-Referendum in GB; Umbrüche im Arabischen Raum - Herausforderungen für Europa; Europa im Internet - wo finde ich Informationen; Der Schengenraum - Herausforderungen durch die Abschottung europäischer Länder
Nr.:	26F6A1GW06
Vortragende:	Lumetzberger Kurt
Datum:	UE8 WS2016/17

Titel:	GW – Europäische Union 2
Inhalt:	Die EU als global player; Die Beziehungen der Schweiz zur EU; Die Europaregion Donau-Moldau; EU-USA-TTIP: Partner oder Konkurrenten
Nr.:	27FA1GW12
Vortragende:	Lumetzberger Kurt
Datum:	UE8 SS2017

Titel:	EU- Workshop Erasmus+ Anträge
Inhalt:	Kennen lernen der Arbeit in EU Projekten. Praktische Entwicklung von Projektideen. Praktische Tipps für die Antragstellung
Nr.:	27F7A2EU02
Vortragende:	Gutjahr Gisela
Datum:	UE8 WS 2016/17

Titel:	EU- Naturwissenschaft unterrichten und die Möglichkeiten im Erasmus+ Programm
Inhalt:	Kennen lernen der Arbeit in EU Projekten. Praktische Entwicklung von Projektideen. Praktische Tipps für die Antragstellung
Nr.:	27F7A2EU03
Vortragende:	Gutjahr Gisela
Datum:	UE8 SS2017

Titel:	Brexit und seine Auswirkungen auf die EU und GB
Inhalt:	Die in Wien arbeitende britische Politologin Melanie Sully wird über die Ursachen des Brexit sprechen, sowie darüber, wie das Leben von Millionen von Menschen in Europa davon betroffen wird.
Nr.:	26F7SFEU02
Vortragende:	Ettl Karin, Sully Melanie
Datum:	UE4 SS2017

Titel:	Die Zukunft der Demokratie in Europa
Inhalt:	In der Veranstaltung wird der Vortragende darauf eingehen, dass einerseits die Demokratie noch nie so unbestritten war wie heute, andererseits aber durch autoritäre Tendenzen gefährdet scheint.
Nr.:	26F7SFEU04
Vortragende:	Kagerer Ursula, Pelinka Anton
Datum:	UE4 SS2017

Titel:	Ist die EU noch zu retten?
Inhalt:	Die europäische Union steckt in ihrer schwersten Krise seit dem Beginn der europäischen Zusammenarbeit vor 60 Jahren. Der Brexit, der Aufstieg rechtspopulistischer Parteien quer durch Europa, die Wahl Donald Trumps zum amerikanischen Präsidenten, die Eurokrise und die Flüchtlingswelle stellen eine Vielzahl an Herausforderungen dar, gleichzeitig schwindet der Wille zur Zusammenarbeit. ORF – Chefreporter Roland Adrowitzer, selbst langjähriger Brüssel – Korrespondent, analysiert den Zustand des europäischen Projekts.
Nr.:	26F7SFPB11
Vortragende:	Ettl Karin, Adrowitzer Roland
Datum:	UE4 SS2017

Titel:	Alles was RECHT ist
Inhalt:	Nach dem Motto "Making law simple" wird rechtliches Grundwissen zu folgenden Themen vermittelt: - Recht im Alltag

	<ul style="list-style-type: none"> - Wie entsteht ein Gesetz - Jugendstrafrecht - Europarecht/ EU für die 8. Schulstufe <p>Diese Fortbildung bietet einen Überblick über KOSTENLOSE SCHULWORKSHOPS, die engagierte Jusstudenten vom Projekt "Legal Literacy" an Schulen halten und gebucht werden können.</p>
Nr.:	26E7MRBR03, 26FMRPE17, 26F7MRR004
Vortragende:	Hochradl Erika, Reich Thomas, Luger Johanna
Datum:	UE4 WS 2017/18

Titel:	GW-GW für Jung- und Neulehrer/innen- Thema Europa
Inhalt:	In diesem Seminar werden vor allen Jung- und Neulehrer/innen angesprochen. Referent/innen sind ebenfalls meist Jung- oder Neulehrer/innen. Die Themen beziehen sich auf die EU und den Raum Europa.
Nr.:	26F7SZGW06
Vortragende:	Zeugner Klaus u.a.
Datum:	UE13 WS 2017/18

Titel:	GW-EU 2- aktuelle Themen
Inhalt:	Wieviel "Brexit" verträgt Europa; Ab wann wäre der Schrumpfungsprozess für die EU eine Katastrophe? Wie hat sich die Beziehung zwischen der EU und dem Baltikum entwickelt? Wie soll die zukünftige Entwicklung der EU aussehen? Wohin geht die Reise? Die EU und die Türkei - welche Auswirkungen werden die aktuellen Entwicklungen der Türkei auf das Verhältnis zur EU langfristig haben?
Nr.:	27F8A1GW08
Vortragende:	Lumetzberger Kurt
Datum:	UE8 SS2018

Titel:	Wozu EU?
Inhalt:	Europa in der Krise!? Im Seminar wird den Fragen nachgegangen, was die Ursachen der Krise sind und ob diese überhaupt überwindbar sind. Themen sind auch das Demokratiedefizit, der Rechtsruck, Nationalismus, Brexit, Chancengerechtigkeit, Freihandel, EU-Institutionen und tagesaktuelle Themen. Praktische Übungen und Methoden begleiten den gesamten Seminarablauf.
Nr.:	26F8SZEU01
Vortragende:	Kagerer Ursula, Vorbach Judith
Datum:	4 UE WS 2017/18, WS 2018/19

Titel:	Europawahl 2019 – Das Europäische Parlament
Inhalt:	Im Seminar werden neben einer Rückschau auf die Präsidentschaft Österreichs in der Europäischen Union (2. Hälfte 2018) Aufgaben des Europäischen Parlaments sowie die Wahl zum Europäischen Parlament im Jahr 2019 besprochen.
Nr.:	26F9SZEU02
Vortragende:	Zeugner Klaus, Weber Thomas
Datum:	3 UE WS 2018/19

Titel:	HTL meets Europe
Inhalt:	Die Interaktionalisierung der Arbeitswelt erfordert von unseren Schüler/innen neue Qualifikationen hinsichtlich Mobilität und Flexibilität. Durch das Programm Erasmus+ können mehrwöchige Arbeitspraktika, strategische Schulpartnerschaften für Schüler/innen und Lehrer/innen gefördert werden. Dieses Seminar hat die Programme und Werkzeuge von Erasmus+ zum Inhalt. Zielgruppe: Lehrer/innen aller Unterrichtsgegenstände.
Nr.:	27F8B2L29E
Vortragende:	Weissensteiner Gernot
Datum:	8 UE WS 2018/19

Private pädagogische Hochschule der Diazöse Linz²²³

Titel:	Ist die Idee Europa in Gefahr?
Inhalt:	Das Seminar widmet sich aktuellen Herausforderungen, denen sich Europa und die EU stellen müssen. Inhaltliche Schwerpunkte des Seminars sind: <ul style="list-style-type: none"> • Flucht und Migration – Folgen für die EU • Desintegration – Konsequenzen des Brexit für Europa • Der Populismus verändert Europa • Die politische und wirtschaftliche Zukunft der EU Im Rahmen des Seminars geht es auch um didaktische Umsetzungsmöglichkeiten sowie um die Frage, wie man Schüler/-innen in die Zukunftsdebatte einbinden kann.
Nr.:	FFD17WL049
Vortragende:	Kranzmüller Andreas, Dialer Doris, Kremser Gregor
Datum:	12UE WS 2017

²²³ PH Linz: <https://www.ph-online.ac.at/ph-linz/webnav.ini>

6. Kärnten ²²⁴

Titel:	Brexit und Folgen
Inhalt:	Vortrag und Diskussion
Nr.:	F2LW01A015
Vortragende:	Doris Schneeweiß, Norbert Wohlbemuth
Datum:	4 SE WS 2017

Titel:	Kärntner Gespräche zur demokratiepolitischen Bildung 2017: „Vive l'Europe – es lebe Europa!“
Inhalt:	Unter dem Titel "Vive l'Europe - es lebe Europa" beschäftigen sich die diesjährigen Kärntner Gespräche mit der Idee eines gemeinsamen Europas, die aufgrund der Entwicklungen der jüngsten Vergangenheit zu zerbrechen droht: Außen(-politisch) gefordert, im Inneren von nationalistischen Bewegungen bedroht und ökonomisch sowie sozial gespalten, zeigt sich uns ein eher düsteres Bild von einem geeinten Europa. Anstatt einen Nachruf zu formulieren, wollen wir nun die Gelegenheit nutzen - 60 Jahre nach Unterzeichnung der römischen Verträge, über die einstigen Visionen neu nachzudenken: Wie liest sich ein Europa gestalten, das das Vertrauen und die Begeisterung seiner BürgerInnen verdient? Ein Europa, das einer gelebten demokratischen Gesellschaft entspricht und für soziale Gerechtigkeit eintritt. Ein Europa, das sich seiner Rolle in der Welt bewusst ist und für eine nachhaltige globale Entwicklung sowie für die Wahrung der Menschenrechte steht. Diese und andere Aspekte stehen im Mittelpunkt dieser Veranstaltung.
Nr.:	E2LW01B011
Vortragende:	Scherling Josefine Margit, Nagy Hajnalka
Datum:	8 UE WS 2017

224 PH Kärnten: <https://www.ph-online.ac.at/ph-ktn/webnav.ini>

7. Steiermark

PH Steiermark²²⁵

Titel:	Europäische Union
Inhalt:	<p>Folgende gesellschaftliche und ökonom. Entwicklungen werden thematisiert:</p> <ul style="list-style-type: none"> • EUROPASKEPSIS UND EUROSKEPTISCHE PARTEIEN • EU-REFERENDUM IN GB • SEPARATISMUS IN EUROPA: SCHOTTLAND, KATALONIEN, FLANDERN, VENETIEN, PADANIEN... • Die wirtschaftliche Entwicklung der GIPS-länder (Griechenland, Irland, Portugal, Spanien)
Nr.:	142.GW030
Vortragende:	Pötz Alois
Datum:	8UE WS 2015/16

Titel:	Aktuelle Entwicklungen und Probleme in der EU
Inhalt:	<p>Thematisierung tagesaktuelle Entwicklungen in der EU. Nach momentanen Stand werden folgende Themen angefragt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Flüchtlingspolitik in der EU • Quo vadis, EU? • Rechtliches zu EU-Austritt und den wirtschaftlichen Folgen
Nr.:	621.0GW06
Vortragende:	Walter Fink
Datum:	8UE WS 2016/17

Titel:	Basisschulung EU-Bildungsprogramme: Unterrichts- und Standortattraktivierung durch internationale Bildungskooperationen
Inhalt:	<p>Welche EU-Förderprogramme und Kooperationsmöglichkeiten gibt es?</p> <p>Wie starte ich eine EU-Kooperation?</p> <p>Mit welchem Zeitaufwand ist zu rechnen, wie minimiere ich ihn?</p> <p>Wie finde ich geeignete Schulpartner?</p> <p>Ist es sinnvoll Sprachreisen durch EU-Schulpartnerschaften zu ersetzen?</p> <p>Wie wird aus meiner Projektidee ein EU-förderfähiges Projekt wird?</p> <p>Wo gibt es Information und Support?</p> <p>Wie kann Lehrerfortbildung und Jobshadowing mit EU-Förderung für einen Schulstandort organisiert werden?</p> <p>Welche EU-Programme passen für meinen Schultyp?</p> <p>Wie setze ich einen effizienten Schwerpunkt Internationalisierung für meine Schule?</p>

²²⁵PH Steiermark: <https://www.ph-online.ac.at/phst/webnav.ini>

Nr.:	661.8IN01
Vortragende:	Vogl Heiko, Pichlbauer Maria
Datum:	8UE WS2016/17

Titel:	Aktuelle Entwicklungen und Probleme in der EU
Inhalt:	Thematisierung tagesaktuelle Entwicklungen in der EU unter besonderer Berücksichtigung der EU-Ratspräsidentschaft Österreichs und dem Brexit. Das Detailprogramm wird den aktuellen Entwicklung angepasst und vor der LV ausgesandt.
Nr.:	621.8GW09
Vortragende:	Fink Wolfgang, Stefan Schaller
Datum:	8UE WS 2017

Titel:	Umbruch in Europa
Inhalt:	Dialog mit EU-Entscheidungsträgern: Aktuelle Entwicklungen im Bereich der europapolitischen Bildung Prioritäten für die Zukunft der EU Bearbeitung der Themen im Unterricht Methoden
Nr.:	631.0ST28
Vortragende:	PH, k.A.
Datum:	6UE WS 2017

Titel:	Die EU im Unterricht - ARGE IWK-GWS-GEO
Inhalt:	Die Lehrveranstaltung gibt eine Einführung in die Europapädagogik und bereitet auf die Umsetzung von europapädagogischen Inhalten im GWS, IWK und GEO Unterricht vor. Anschließend Erfahrungsaustausch für BMHS Lehrer ARGE GEO/GWS/IWK Sich der Interessen- und Zielkonflikte pluralistischer Gesellschaften in Europa bewusst werden. Die Notwendigkeit der interdisziplinären Betrachtung und Auseinandersetzung bei europäischen Fragestellungen erkennen. Die wesentlichen Funktionsweisen und Aufgaben der Europäische Union als supranationale Rechtsgemeinschaft kennen und sie als Problemlösungsplattform wahrnehmen. Europapädagogischen Ansätzen im Unterricht vermitteln können.
Nr.:	631.8DU14
Vortragende:	Luger Michael, Tafner Georg
Datum:	8UE WS2017

Titel:	Bundesweiter EU Lehrgang
Inhalt:	<p>Der Besuch des Hochschullehrgangs "Europa und Bildung" dient der Entwicklung von „Europakompetenzen“ von Pädagoginnen/Pädagogen zur Stärkung des Europabewusstseins und der Umsetzung von Europäischen Bildungsprojekten an Schulen als Multiplikatorinnen/Multiplikatoren dieser Themen.</p> <p>Der Fokus des Lehrgangs liegt auf folgenden Bereichen:</p> <ul style="list-style-type: none"> .) Europapolitische Bildung .) Stärkung von Europabewusstsein an der eigenen Schule .) Europäische Zusammenarbeit in der Bildung: Internationalisierung der eigenen Schule (EU – Projekte) <p>Hinweis: Der Hochschullehrgang beinhaltet eine Exkursion nach Brüssel und eine Exkursion nach Wien. Die dafür anfallenden Kosten sind von den Teilnehmerinnen/Teilnehmern selbst zu tragen.</p>
Nr.:	662.9EU00
Vortragende:	Lindhofer Susanne, Pichlbauer Maria, Vogl Heiko
Datum:	150UE WS 2018

KPH (Kirchlich Pädagogische Hochschule) Graz²²⁶

Titel:	LehrerInnentag: eTwinning
Inhalt:	Mehr als 300.000 Pädagoginnen und Pädagogen aus ganz Europa sind derzeit auf der Internetplattform www.etwinning.net registriert. Die Plattform bildet das Herzstück der Aktion eTwinning, die ein Teil des Programms Erasmus+ der Europäischen Kommission ist. eTwinning verfolgt das Ziel, mit einfachen Mitteln die Zusammenarbeit zwischen den europäischen Schulen zu stärken und dabei den Einsatz der modernen Kommunikations- und Informationstechnologien zu fördern. Mindestens zwei Schulen gehen mit eTwinning eine Partnerschaft ein, arbeiten an einem gemeinsamen Projekt und tauschen Ideen und Erfahrungen aus. Kommuniziert wird hauptsächlich über das Internet. Die einfach zu bedienende Plattform (www.etwinning.net) bietet dabei mit ihren zahlreichen Tools und Arbeitsbereichen die entsprechende Unterstützung.
Nr.:	000420R203
Vortragende:	Straßegger Ulrich, Pichlbauer Maria
Datum:	UE4, SS 2017

Titel:	Fachtagung Globales Lernen - Wie viel Demokratie verträgt die Welt?
--------	---

²²⁶ KPH Graz: <https://www.ph-online.ac.at/kphgraz/webnav.ini>

Inhalt:	Wie viel Demokratie verträgt die Welt? Nach einer Welle von Demokratisierungsbewegungen sind wir heute weltweit mit Tendenzen zur Ent-Demokratisierung und zu strikt antidemokratischen Bewegungen konfrontiert. Autoritäre Lösungen in Zeiten der Krise finden wir auch in Europa. Die Weiterentwicklung von Demokratie wird meist in einem nationalen/europäischen Rahmen diskutiert. Angesichts globaler Krisen stellt sich jedoch die Frage nach dem Potenzial von Demokratie für globale Konfliktlösungen und für den notwendigen sozialökologischen Wandel. Politische Bildung und Globales Lernen stehen vor der großen Herausforderung, demokratische Werte wie Freiheit, Gleichheit und Solidarität in ihrer globalen / transnationalen Dimension in Bildungsprozesse zu integrieren.
Nr.:	000600s200
Vortragende:	Prügger Walter, Berndt Constanze, u.a.
Datum:	UE4, WS 2015/16

8. Salzburg²²⁷

Titel:	Schulentwicklung: Profilbildung
Inhalt:	Die Kollegenschaft des Akademischen Gymnasiums entwickelt Strategien zur Schärfung der verschiedenen Zweige des Standortes (EUROPA-Klassen, COOL-Klassen und HUM-Klassen).
Nr.:	SCH501SA01
Vortragende:	Institut für FWB
Datum:	UE4, WS 2017

Titel:	Europa im GW-Unterricht: Kompetenzen und Methoden
Inhalt:	<ul style="list-style-type: none"> - Vielfalt Europas, Schwerpunkt Osteuropa - aktuelle Themen bezüglich Europäischer Union - Aktionsformen des Unterrichts - überfachliche Kompetenzen
Nr.:	113003GH03
Vortragende:	Griesebner Hannelore, Zeugner Klaus
Datum:	UE7, SS 2017

²²⁷ PH Salzburg: <https://www.ph-online.ac.at/phsalzburg/webnav.ini>

Titel:	Aktuelle Wirtschaftslage und Konjunkturausblick in Österreich
Inhalt:	<p>Im Seminar werden unter anderem folgende Fragen erörtert:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Ist die Wirtschaftskrise überstanden? Wie funktionieren die geldpolitischen Maßnahmen der EZB und haben sie ihr Ziel erreicht? - Wie sehen die neuen Fiskalregeln in Europa aus ... können wir damit eine erneute Schuldenkrise vermeiden? - Warum fällt Österreich beim Wirtschaftswachstum derzeit...
Nr.:	113007BF25
Vortragende:	Baier Fritz
Datum:	UE4, WS 2015/16

Titel:	Exit Europa?
Inhalt:	<ul style="list-style-type: none"> - Aktuelle Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Brexit - Herausforderungen für ein soziales Europa - Populismus und Renationalisierung in Europa - Die EU als Global Player - Angebote für Lehrer/innen von Seiten der ÖGfE und EDIC
Nr.:	114007SA06
Vortragende:	Blauberger Michael, Toncic-Sorinj Yvonne
Datum:	UE8, WS 2017

9. Burgenland²²⁸

Lehrplanbezug:	
Titel:	Europaquiz 2016: LehrerInnen für politische Bildung
Inhalt:	Vorbereiten, Durchführen und Nachbereiten des Europaquiz
Nr.:	J10S16HT03, J10S17HT00, J10S18PN02
Vortragende:	Horvath Teresa, Brenner Werner, Grassl Michael, Hoffmann Anita
Datum:	UE8, SS2016, SS2017, SS2018

²²⁸ PH Burgenland: <https://www.ph-online.ac.at/ph-bgld/webnav.ini>

Positiv zu erwähnen:

Lehrplanbezug:	
Titel:	Bundesweiter EU Lehrgang
Inhalt:	<p>Der Besuch des Hochschullehrgangs "Europa und Bildung" dient der Entwicklung von „Europakompetenzen“ von Pädagoginnen/Pädagogen zur Stärkung des Europabewusstseins und der Umsetzung von Europäischen Bildungsprojekten an Schulen als Multiplikatorinnen/Multiplikatoren dieser Themen.</p> <p>Der Fokus des Lehrgangs liegt auf folgenden Bereichen:</p> <ul style="list-style-type: none"> .) Europapolitische Bildung .) Stärkung von Europabewusstsein an der eigenen Schule .) Europäische Zusammenarbeit in der Bildung: Internationalisierung der eigenen Schule (EU – Projekte) <p>Hinweis: Der Hochschullehrgang beinhaltet eine Exkursion nach Brüssel und eine Exkursion nach Wien. Die dafür anfallenden Kosten sind von den Teilnehmerinnen/Teilnehmern selbst zu tragen.</p>
Nr.:	662.9EU00
Vortragende:	Lindhofer Susanne, Pichlbauer Maria, Vogl Heiko
Datum:	150UE WS 2018